

# Geschäftsbericht MLP AG 2011



## Vorausschauende Aussagen

Diese Unterlagen enthalten unter anderem gewisse vorausschauende Aussagen und Informationen über zukünftige Entwicklungen, die auf Überzeugungen des Vorstands der MLP AG sowie auf Annahmen und Informationen beruhen, die der MLP AG gegenwärtig zur Verfügung stehen. Worte wie „erwarten“, „einschätzen“, „annehmen“, „beabsichtigen“, „planen“, „sollten“, „könnten“ und „projizieren“ sowie ähnliche Begriffe in Bezug auf das Unternehmen sollen solche vorausschauenden Aussagen anzeigen, die insoweit gewissen Unsicherheitsfaktoren unterworfen sind. Viele Faktoren können dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse der MLP AG sich wesentlich von den Zukunftsprognosen unterscheiden, die in solchen vorausschauenden Aussagen getroffen wurden. Die MLP AG übernimmt keine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit, vorausschauende Aussagen zu aktualisieren oder zu korrigieren. Sämtliche vorausschauenden Aussagen unterliegen unterschiedlichen Risiken und Unsicherheiten, durch die die tatsächlichen Ergebnisse zahlenmäßig von den Erwartungen abweichen können. Die vorausschauenden Aussagen geben die Sicht zu dem Zeitpunkt wieder, zu dem sie gemacht wurden.

## **Inhalt**

<b>BERICHT DES AUFSICHTSRATS</b>	<b>4</b>
<b>LAGEBERICHT</b>	<b>8</b>
<b>Gesamtwirtschaftliche Situation</b>	<b>8</b>
<b>Branchensituation und Wettbewerbsumfeld</b>	<b>9</b>
<b>Unternehmenssituation</b>	<b>13</b>
<b>Vergütungsbericht</b>	<b>23</b>
<b>Risikobericht</b>	<b>24</b>
<b>Prognosebericht</b>	<b>35</b>
<b>Nachtragsbericht</b>	<b>41</b>
<b>CORPORATE GOVERNANCE-BERICHT</b>	<b>42</b>
<b>JAHRESABSCHLUSS</b>	<b>56</b>
<b>GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 2011</b>	<b>57</b>
<b>BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011</b>	<b>58</b>
<b>ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011</b>	<b>60</b>
<b>Allgemeine Angaben</b>	<b>60</b>
<b>Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>63</b>
<b>Erläuterungen zur Bilanz</b>	<b>66</b>
<b>Sonstige Angaben</b>	<b>72</b>
<b>BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS</b>	<b>86</b>
<b>VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER</b>	<b>87</b>
<b>FINANZKALENDER</b>	<b>88</b>
<b>IMPRESSUM/KONTAKT</b>	<b>89</b>

## **Bericht des Aufsichtsrats**

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2011 intensiv mit der Entwicklung des Unternehmens befasst und die ihm durch Gesetz und Satzung auferlegten Verpflichtungen in vollem Umfang wahrgenommen. Er hat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und überwacht.

Der Aufsichtsrat befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr eingehend mit der wirtschaftlichen Entwicklung, der finanziellen Lage, den Perspektiven und der weiteren Strategie des Unternehmens und unterstützte den Vorstand hierbei. Schwerpunkt seiner Tätigkeit war im Geschäftsjahr 2011 insbesondere die Begleitung des Vorstands in der strategischen Weiterentwicklung der Gesellschaft sowie bei weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz.

In regelmäßigen Besprechungen haben Aufsichtsrat und Vorstand die Geschäftsentwicklung, die Strategie und die wichtigsten Geschäftsereignisse erörtert und gemeinsam beraten. In alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in schriftlichen und mündlichen Berichten zeitnah, umfassend und kontinuierlich über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte, die Lage und die Gesamtentwicklung des Konzerns einschließlich der Risikolage und Risikotragfähigkeit sowie des Risikomanagements und der Compliance unterrichtet. Dabei hat sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit der Unternehmensführung durch den Vorstand überzeugt.

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2011 in fünf ordentlichen und zwei außerordentlichen Sitzungen, an denen mit Ausnahme von zwei Sitzungen jeweils alle Mitglieder persönlich oder in einem Fall per Telefon zugeschaltet teilnahmen. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wurde der Aufsichtsrat zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert. Soweit erforderlich, erfolgte die Beschlussfassung auch im Wege von Umlaufbeschlüssen.

Darüber hinaus fanden drei Sitzungen des Personal- und zwei Sitzungen des Bilanzprüfungsausschusses statt, an denen jeweils alle Ausschussmitglieder teilnahmen. Außerdem trafen sich der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstandsvorsitzende zu regelmäßigen Gesprächsterminen, in denen sie Einzelthemen erörtert haben. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtete die übrigen Mitglieder umfassend über die Inhalte dieser Gespräche mit dem Vorstand.

### **Aufsichtsratssitzungen und wesentliche Beschlussfassungen**

In der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 17. Februar 2011 wurde über die weitere Strategie und das Budget für das Geschäftsjahr 2011 sowie über die Ausweitung des laufenden Effizienzprogramms sowie über ein umfangreiches Investitionsprogramm beraten.

Gegenstand der Aufsichtsratssitzung vom 22. März 2011 waren die – durch Sitzungen des Bilanzprüfungsausschusses vorbereitete – Prüfung und Billigung des Jahresabschlusses sowie des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2010. Die Abschlussprüfer haben an der Sitzung teilgenommen und berichteten ausführlich über den Verlauf und das Ergebnis ihrer Jahresabschluss- sowie der Konzernabschlussprüfung. Nach eingehender Diskussion billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat den Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages mit der Feri Finance AG für Finanzplanung und Research (ab 2. Januar 2012 firmierend unter Feri AG) und die Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft beschlossen.

Im April 2011 wurde im Rahmen einer Telefonkonferenz eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung abgehalten. Darin wurden die Beschlussfassung über die weitere Strategie und das Budget für das Geschäftsjahr 2011 sowie die Entscheidung über die Ausweitung des laufenden Effizienzprogramms und ein umfangreiches Investitionsprogramm vorbereitet. Den endgültigen Beschluss hierüber hat der Aufsichtsrat im Anschluss im Wege eines Umlaufbeschlusses gefasst.

In der ordentlichen Aufsichtsratssitzung am 10. Mai 2011 war im Wesentlichen die Erörterung der Ergebnisse und der Geschäftsentwicklung im ersten Quartal 2011 Gegenstand der Tagesordnung.

Die Ergebnisse des zweiten Quartals und die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr sowie die Berichterstattung der Internen Revision und des Risikocontrollings (inkl. des Berichts über das Wesentlichkeitskonzept, die Risikostrategie und das Risikotragfähigkeitskonzept) standen in der ordentlichen Aufsichtsratssitzung vom 9. August 2011 auf der Tagesordnung.

Im Mittelpunkt der Novembersitzung standen die Ergebnisse des dritten Quartals und der ersten neun Monate. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat die Verlängerung des Vertrages von Herrn Muhyddin Suleiman als Vorstandsmitglied beschlossen.

In der Sitzung am 13. Dezember 2011 war neben der Beschlussfassung über die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG die Einhaltung der Regelungen des Corporate Governance Kodex im MLP-Konzern ein wesentlicher Diskussionsgegenstand. Über den Corporate Governance-Prozess sowie die aktuelle Entsprechenserklärung wurde ausführlich Bericht erstattet. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat die Strategie und das Budget für das Geschäftsjahr 2012 ausführlich behandelt und verabschiedet.

### **Ausschüsse des Aufsichtsrats**

Der Aufsichtsrat wurde in 2011 regelmäßig über die Arbeit seiner Ausschüsse unterrichtet.

Der Personalausschuss tagte im Berichtszeitraum dreimal. Gegenstand der Sitzungen war die Verlängerung der Bestellung von Herrn Muhyddin Suleiman. Des Weiteren waren die Rückdeckung von Pensionsansprüchen sowie die abschließende Umstellung der Vorstandsanstellungsverträge auf das neue Vergütungsmodell Gegenstand der Sitzungen.

Der Bilanzprüfungsausschuss hielt im Geschäftsjahr 2011 zwei ordentliche Sitzungen ab. An seinen Sitzungen nahmen auch Vertreter des Abschlussprüfers teil, die dem Ausschuss ausführlich Bericht erstatteten. Der Bilanzprüfungsausschuss erörterte in Gegenwart der Abschlussprüfer sowie des Vorstandsvorsitzenden und des Finanzvorstands die Abschlüsse der MLP AG und des MLP-Konzerns sowie den Gewinnverwendungsvorschlag. Gegenstand ausführlicher Beratungen waren auch die Beziehungen zum Abschlussprüfer, die Vorschläge zur Wahl des Abschlussprüfers, seine Vergütung, der Prüfungsauftrag und die Kontrolle der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Über die Arbeit der Internen Revision sowie über rechtliche und regulatorische Risiken und Reputationsrisiken wurde dem Bilanzprüfungsausschuss berichtet.

### **Corporate Governance**

Der Aufsichtsrat behandelt regelmäßig die Anwendung der Corporate Governance-Grundsätze.

Im abgelaufenen Jahr hat der Aufsichtsrat insbesondere in seiner Sitzung am 13. Dezember 2011 erneut ausführlich die Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 erörtert.

In der Sitzung am 13. Dezember 2011 überprüfte das Gremium anhand eines den Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung zur Verfügung gestellten Evaluierungsbogens die

Effizienz seiner Tätigkeit. Dabei überprüfte der Aufsichtsrat u. a. die Verfahrensabläufe im Aufsichtsrat, den Informationsfluss zwischen den Ausschüssen und dem Aufsichtsratsplenum, die Notwendigkeit und inhaltliche Ausgestaltung der eigenen Fort- und Weiterbildung sowie die rechtzeitige und inhaltlich ausreichende Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat. Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz wurden analysiert.

In der gleichen Sitzung hat sich der Aufsichtsrat der MLP AG des Weiteren davon überzeugt, dass die Gesellschaft im vergangenen Geschäftsjahr die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß ihrer Entsprechenserklärung nach § 161 AktG erfüllt hat und auch zukünftig grundsätzlich den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 entsprechen wird. Aufsichtsrat und Vorstand haben im Dezember eine Entsprechungserklärung gemäß § 161 AktG für das Geschäftsjahr 2011 abgegeben und den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

Interessenkonflikte sind im Berichtszeitraum nicht aufgetreten. Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance bei MLP einschließlich einer Darstellung der Entsprechenserklärung vom 13. Dezember 2011 ist dem Corporate Governance-Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat zu entnehmen. Zudem stehen alle relevanten Informationen auf unserer Homepage im Internet unter [www.mlp-ag.de](http://www.mlp-ag.de) zur Verfügung.

### **Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011**

Der Jahresabschluss sowie der Lagebericht der MLP AG zum 31. Dezember 2011 wurden vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2011 wurden gemäß § 315a HGB auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegung nach IFRS, wie sie in der EU anzuwenden ist, aufgestellt. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berlin hat jeweils zum 31. Dezember 2011 den Jahresabschluss und den Lagebericht der MLP AG nach handelsrechtlichen Grundsätzen sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht nach IFRS-Grundsätzen geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Abschlussprüfer hat die Prüfung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Abschlussunterlagen mit dem Lagebericht, die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer und der Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Bilanzprüfungsausschuss des Aufsichtsrats hat sich intensiv mit diesen Unterlagen beschäftigt und dem Aufsichtsrat über seine Prüfung Bericht erstattet. Der Abschlussprüfer berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlägen. Dabei hat der Bilanzprüfungsausschuss auch das Risikomanagementsystem, die Rechnungslegungsprozesse und die Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssysteme sowie die Beziehungen zum Abschlussprüfer, die Vorschläge zur Wahl des Abschlussprüfers, seine Vergütung, den Prüfungsauftrag und die Kontrolle der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers sowie der von ihm erbrachten zusätzlichen Leistungen geprüft. Auch der Aufsichtsrat hat die Unterlagen und Berichte eingehend geprüft und ausführlich darüber beraten. In Anwesenheit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berlin, die über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtete, wurden in der Sitzung des Aufsichtsrats am 20. März 2012 die Prüfungsberichte umfassend behandelt. In dieser Sitzung hat der Vorstand die Abschlüsse der MLP AG und des Konzerns sowie das Risikomanagementsystem, die Rechnungslegungsprozesse, die Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagement- und Revisionssystems erläutert und detailliert über Umfang, Schwerpunkte und Kosten der Abschlussprüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers angeschlossen und auf der Grundlage des abschließenden Ergebnisses der Prüfung durch den Bilanzprüfungsausschuss und seiner eigenen Prüfung festgestellt, dass keine Einwendungen zu erheben sind. Daher hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 20. März 2012 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Lagebericht der MLP AG und den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht nach IFRS gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Dem Vorschlag des Vorstands, für das Geschäftsjahr 2011 eine Dividende von 0,60 € je Aktie auszuschütten, schloss sich der Aufsichtsrat nach eigener Prüfung an. Bei seinen Überlegungen wurden sowohl die Liquiditätssituation und Finanzplanung der Gesellschaft als auch das Aktionärsinteresse am Ergebnis einbezogen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den jeweiligen Unternehmensleitungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Beraterinnen und Beratern im MLP-Konzern für ihren hohen persönlichen Einsatz und ihre Leistung im Geschäftsjahr 2011.

Wiesloch, im März 2012

Der Aufsichtsrat

Dr. Peter Lütke-Bornefeld

Vorsitzender

# Lagebericht

## Gesamtwirtschaftliche Situation

### Rahmenbedingungen

Die MLP-Gruppe ist das führende unabhängige Beratungshaus in Deutschland. Der MLP-Konzern entwickelt seit mehr als 40 Jahren ganzheitliche Finanzkonzepte für Akademiker und ist dabei in den Geschäftsfeldern Altersvorsorge, Vermögensmanagement, Gesundheitsvorsorge, Sachversicherung, Finanzierung und Banking aktiv. Zudem betreut der MLP-Konzern Firmenkunden und institutionelle Investoren.

Auch im Geschäftsjahr 2011 erzielte der MLP-Konzern nahezu 100 % seiner Erlöse in Deutschland. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, bei der Beurteilung des Geschäftserfolgs die volkswirtschaftliche Entwicklung vor allem in Deutschland zu beachten.

Zur Beurteilung der Rahmenbedingungen werden ausgewählte Indikatoren genutzt. Relevant für den Geschäftserfolg des MLP-Konzerns sind besonders das Wirtschaftswachstum, die Arbeitsmarktentwicklung, die Veränderung der Nettoeinkommen, die Sparquote und das allgemeine Konsumklima.

### Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Entgegen der zunächst optimistischen Erwartung entwickelte sich die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr nur verhalten. Ereignisse wie das verheerende Erdbeben in Japan, die europäische Schuldenkrise, die Schwäche der amerikanischen Konjunktur und die Zweifel an der Stabilität des Bankensystems haben die Investitionsbereitschaft im Jahresverlauf erheblich gedämpft. In der Konsequenz wurden die zunächst positiven Konjunkturprognosen der Forschungsinstitute im zweiten Halbjahr teilweise deutlich nach unten korrigiert. So hat der Internationale Währungsfonds in seinem „Weltwirtschaftsausblick“ das globale Wirtschaftswachstum mit nur noch 4,0 % nach 5,1 % im Jahr 2010 ausgewiesen. In der Eurozone hielten die Wirtschaftsexperten nur noch ein Wachstum von 1,7 % für realistisch (2010: 1,8 %).

Die deutsche Wirtschaft entwickelte sich 2011 zwar weniger dynamisch als erwartet, zeigte sich jedoch trotz der negativen Einflüsse aus dem Ausland relativ robust. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg laut ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2011 um 3,0 % (3,7 % im Vorjahr). Trotz dieser stabilen Entwicklung blieben die Zukunftserwartungen vieler Bürger vor allem aufgrund der vorausgegangenen Finanzkrise aber weiterhin negativ.

Getragen wurde die deutsche Wirtschaft im Berichtsjahr vor allem durch eine gute Auftragslage in der Industrie und eine stabile Binnennachfrage. Die Bürger waren konsumfreudig; zum Jahresende stieg der Konsumklimaindex kontinuierlich an. Der Index der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) gilt als der wichtigste Indikator für das Konsumverhalten der deutschen Verbraucher und die konjunkturelle Stabilität.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich im Berichtsjahr von seiner freundlichen Seite. Die Unternehmen stellten 2011 wieder mehr Arbeitskräfte ein. Daher nahm die Arbeitslosenquote von 7,1 % im Vorjahr auf 6,6 % ab. Vor allem gut ausgebildete Arbeitskräfte fanden neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Unter den arbeitslos gemeldeten Personen blieb der Anteil der Akademiker 2011 weiter auf einem geringen Niveau. Im Berichtsjahr hatten nur 3,0 % der als arbeitslos gemeldeten Personen einen akademischen Bildungshintergrund (3,1 % in 2010). Die Zielkundengruppe des MLP-Konzerns – die Akademiker und andere anspruchsvolle Kunden – profitierten somit besonders von der Arbeitsmarktbelebung 2011.



Mit der besseren Beschäftigungssituation erhöhten sich im vergangenen Jahr auch die Nettoeinkommen der Bürger. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3,2 %. Die Sparquote entwickelte sich weiter stabil und erreichte 11,4 % nach 11,1 % im Vorjahr. Mit der Sparquote wird der prozentuale Anteil vom verfügbaren Nettoeinkommen bezeichnet, der nicht für den Konsum verwendet, sondern gespart wird. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sparten die privaten Haushalte in Deutschland 181,38 Mrd. € nach 180,81 Mrd. € im Vorjahr.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Wirtschaftsdaten in Deutschland im Jahr 2011 mit der stabilen Binnenkonjunktur, der gesunkenen Arbeitslosigkeit, den gestiegenen Nettoeinkommen und der stabilen Sparquote grundsätzlich als positiv zu bewerten waren. In diesem Umfeld konnte der MLP-Konzern die Erlöse in den Geschäftsfeldern Krankenversicherung, Vermögensmanagement, Finanzierung und Sachversicherung teilweise deutlich steigern.

Anspruchsvoll blieben die Marktbedingungen vor allem in der Altersvorsorge. Denn in diesem Geschäftsfeld spielen die langfristigen Zukunftserwartungen der Bürger eine wesentliche Rolle. Diese wurden im Jahr 2011 unter anderem durch die Diskussionen rund um die europäische Schuldenkrise und die bevorstehende Eintrübung der Konjunktur negativ beeinträchtigt. Damit beeinflusste die persönlich empfundene Unsicherheit weiterhin die grundsätzliche Einsicht in die Notwendigkeit privater und betrieblicher Vorsorge. Dennoch gelang es dem MLP-Konzern, durch eine intensive Kundenbetreuung leicht steigende Erlöse zu erzielen.

## **Branchensituation und Wettbewerbsumfeld**

Der MLP-Konzern berät Privat- und Firmenkunden sowie institutionelle Kunden langfristig in sämtlichen Finanzfragen. Dabei fließen dem MLP-Konzern aus den drei Kerngeschäftsfeldern Altersvorsorge, Gesundheitsvorsorge und Vermögensmanagement rund 86 % der Umsatzerlöse zu. Etwa 9 % unserer Erlöse erzielt der Konzern mit dem Abschluss von Sachversicherungen, Finanzierungen und sonstigen Beratungsleistungen. Weitere 5 % der Erlöse sind dem Zinsgeschäft zuzuordnen. Regulatorische oder gesellschaftliche Änderungen, die die Kerngeschäftsfelder betreffen, sowie Trends im Kundenverhalten beeinflussen die Ertragslage erheblich. Im Jahr 2011 wirkten sich sowohl neue regulatorische Anforderungen als auch das Kundenverhalten auf das Geschäft des MLP-Konzerns aus.

### **Altersvorsorge**

Im vergangenen Jahr war der demografische Wandel mit seinen Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Sozialversicherungssysteme wieder ein wichtiges Thema in Deutschland. Vertreter aus der Politik, der Deutschen Rentenversicherung und der privaten Versicherungswirtschaft ermutigten die Bürger kontinuierlich, sich nicht nur auf die staatlichen Alterssicherungssysteme zu verlassen, sondern eigenverantwortlich für die Zeit nach dem aktiven Berufsleben vorzusorgen. Durch die steigende Lebenserwartung der Bürger und die geringe Zahl der Geburten verändert sich die Bevölkerungsstruktur und die umlagenfinanzierte Sozialversicherung gerät zunehmend an ihre Leistungsgrenzen: Immer weniger berufstätige junge Menschen müssen über ihre Beiträge die Renten alter Menschen finanzieren. Folglich wird das Niveau der gesetzlichen Renten in Deutschland in den kommenden Jahren sinken. Das Bundesarbeitsministerium informierte die Bürger 2011 über einen voraussichtlichen Rückgang der gesetzlichen Renten um 10 % bis zum Jahr 2025 – wobei dieser Prozentsatz den Kaufkraftverlust nicht berücksichtigt.

In der Zukunft wird es jedenfalls eine wachsende Zahl von Menschen in unserem Land geben, die ihren Lebensunterhalt im Alter nicht mehr über die staatliche Rente bestreiten können. In der Bevölkerung ist diese Botschaft angekommen. In einer Postbankstudie zum Anlegerverhalten in der Altersvorsorge des Berichtsjahres war zu lesen, dass schon 50 % der 16-

bis 29-Jährigen damit rechnen, im Alter zumindest sparsam sein zu müssen. 21 % gehen sogar davon aus, dass sie ihren Lebensunterhalt „nicht mehr aus eigenen Mitteln“ bestreiten können.

Um zukünftige Altersarmut so weit wie möglich zu vermeiden, regt die Regierung die Bürger mit Zuschüssen und Steuervergünstigungen zur eigenverantwortlichen Vorsorge an. Die kapitalgedeckte private Altersvorsorge funktioniert nach dem sogenannten 3-Schichten-Modell:

1. Basisvorsorge: Gesetzliche Rente und Basis-Rente
2. Zusatzvorsorge: Riester-Rente und betriebliche Altersversorgung
3. Private Renten- und Lebensversicherung

Mit der zertifizierten Basis-Rente, umgangssprachlich auch Rürup-Rente genannt, können Bürger ihre Altersvorsorge unabhängig von der gesetzlichen Rentenversicherung aufbauen. Der Leistungskatalog und die steuerliche Absetzbarkeit der Basis-Rente sind eng an das Konzept der gesetzlichen Rente angelegt. Die Basis-Rente ist für alle offen; also auch für Selbstständige und Freiberufler, die nicht der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterliegen.

2011 konnte das im Laufe des Jahres in eine Basisvorsorge eingezahlte Kapital als Sonderausgabe zu 72 % bis zu einer Gesamtsumme von 20.000 € pro Person von der Einkommensteuer abgesetzt werden. Doch trotz dieses erheblichen Steueranreizes fand die Basis-Rente auch im Berichtsjahr nicht den vom Gesetzgeber erwarteten Anklang bei der deutschen Bevölkerung. Bis zum Stichtag 31. Dezember 2011 wurden lediglich 207.600 neue Basis-Rentenverträge abgeschlossen (2010: 218.200). Das entspricht einem Rückgang von 4,9 %.

Auch bei den Riester-Neuverträgen stagnierten die Absatzzahlen branchenweit.

Insgesamt hat die Branche im Altersvorsorgegeschäft trotz Steuervergünstigungen und staatlicher Zuschüsse nur ein moderates Wachstum verzeichnet. Auch die Absenkung des Garantiezinses auf 1,75 % ab 2012 hat nicht zu einer signifikant erhöhten Nachfrage im Berichtsjahr geführt. Nach den vorläufigen Zahlen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) legte die Beitragssumme des Neugeschäftes im Gesamtjahr auf 166,0 Mrd. € (157,4 Mrd. €) zu.

Der MLP-Konzern vermittelte im Geschäftsjahr 2011 eine Beitragssumme von 5,2 Mrd. €, ein Plus von 4 % gegenüber dem Vorjahr (2010: 5,0 Mrd. €). Damit hat der MLP-Konzern seinen Marktanteil unter nach wie vor herausfordernden Rahmenbedingungen mit 3,2 % (3,2 %) stabil gehalten. Entgegen dem Branchentrend interessierten sich die Kunden auch verstärkt für Einmaleinzahlungen in Altersvorsorgeverträge. Daher konnte der MLP-Konzern sein Einmalbeitragsgeschäft 2011 steigern.

Positiv zu dieser Entwicklung hat die betriebliche Altersversorgung beigetragen. Dieser Altersvorsorgeform kommt – wie es angestrebt wurde – innerhalb der Erlösstruktur des MLP-Konzerns eine wachsende Bedeutung zu. Als mittlerweile einer der führenden unabhängigen Berater für betriebliche Vorsorge in Deutschland konnte der MLP-Konzern sein Geschäft mit laufenden Beiträgen im Geschäftsjahr 2011 nochmals deutlich ausbauen.

Die wesentlichen Gründe für diesen Geschäftserfolg waren:

- 2011 ließen die unternehmerischen Kunden die Rückschläge aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 begann, hinter sich.
- Die gute Konjunktur belebte den Arbeitsmarkt deutlich und eröffnete damit neues Potenzial für die betriebliche Altersversorgung.

- Die Unternehmen nutzten die betriebliche Altersversorgung verstärkt als Argument im Wettstreit um Fachkräfte und waren daher an Beratung interessiert.
- Es wurden neue Branchenlösungen für Freiberufler und die IT-Branche im Markt verankert.

Unter dem Strich steigerte der MLP-Konzern in Zusammenarbeit mit der Tochtergesellschaft TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH (TPC) den Anteil der betrieblichen Altersversorgung an der insgesamt durch den MLP-Konzern vermittelten Beitragssumme auf rund 13 % (2010: 9 %).

### **Gesundheitsvorsorge**

Die Branchenentwicklung in der Kranken- und Pflegeversicherung war 2011 erneut von der Sorge vieler Menschen geprägt, im Krankheits- und Pflegefall nicht ausreichend abgesichert zu sein. Wie der mit dem Institut für Demoskopie Allensbach Ende November 2011 veröffentlichte 6. MLP-Gesundheitsreport darlegt, sind gerade einmal 16 % der Bundesbürger davon überzeugt, dass die heutige Versorgung für alle Bevölkerungsschichten aufrechterhalten werden kann. Die große Mehrheit rechnet hingegen in den nächsten zehn Jahren mit zusätzlichen Belastungen und Einschränkungen: 79 % erwarten steigende Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung, 78 % höhere Zuzahlungen für Medikamente. Dabei rechnen auch immer mehr Bürger damit, dass es zu einer „Zwei-Klassen-Medizin“ kommt. Schon heute sorgt sich mehr als jeder Zweite um seine finanzielle Absicherung im Pflegefall.

Folglich sind auch im Geschäftsjahr wieder viele Menschen aus dem gesetzlichen Krankenkassensystem ausgeschieden, um sich privat zu versichern. Wem aufgrund seiner finanziellen Situation der Wechsel von der gesetzlichen in die private Krankenversicherung 2011 noch versperrt war, hat sein empfundenen Risiko zumindest mithilfe von Krankenzusatzversicherungen reduziert. Neben der zunehmend skeptischen Wahrnehmung der staatlichen Absicherung hat sich eine gesetzliche Änderung positiv ausgewirkt: Seit dem 1. Januar 2011 können gesetzlich versicherte Angestellte bereits nach einmaligem Überschreiten der sogenannten Jahresarbeitsentgeltgrenze von 49.500 € (2011) in die private Vollversicherung wechseln; zuvor waren es drei Jahre.

Branchenweit war deshalb eine hohe Nachfrage nach privaten Krankenversicherungsverträgen gegeben. Nach Angaben des Verbands der Privaten Krankenversicherung erhöhte sich die Zahl der Vollversicherten im ersten Halbjahr 2011 um 54.000 Personen auf insgesamt 8,95 Mio. Menschen. Damit fällt das Neugeschäft um über 20 % stärker aus als im ersten Halbjahr 2010. Zudem wurden bis Mitte 2011 netto 118.700 neue Zusatzversicherungen abgeschlossen – deutlich mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum mit 77.000.

Der MLP-Konzern hat im Geschäftsjahr ebenfalls deutlich von den gelockerten gesetzlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit dem Wechsel von der gesetzlichen Krankenkasse in die private Krankenversicherung profitiert. Da die Berater des MLP-Konzerns generell raten, in jungen Jahren vorsorglich einen sogenannten Optionstarif abzuschließen, um den derzeitigen Gesundheitszustand im Falle eines späteren Eintritts in eine private Kasse zu fixieren, konnten viele der Kunden des MLP-Konzerns 2011 in eine private Krankenversicherung wechseln.

Kunden, die weiterhin gesetzlich versichert blieben, informierten die Berater verstärkt über Zusatzkrankensicherungen. Die Neuabschlüsse im MLP-Konzern im Berichtsjahr konzentrierten sich hier vor allem auf Zahnzusatzversicherungen, Krankenhauszusatzversicherungen und Pflegezusatzversicherungen.

### **Vermögensmanagement**

Eine repräsentative Umfrage des Forsa-Instituts belegt, dass der Wunsch der Anleger nach Sicherheit deren Verhalten im Geschäftsjahr 2011 maßgeblich geprägt hat. Volatile Kapitalmärkte und die Schuldenkrise in Europa machten den Bürgern Sorgen. Vor diesem Hintergrund gaben in der Umfrage 62 % der Befragten an, mit ihrer Geldanlage vor allem Werterhalt erzielen zu wollen.

Viele Anleger scheuten zudem vor Neuanlagen zurück. Dem Bundesverband Investment und Asset Management e. V. zufolge verringerte sich das von Fondsgesellschaften in Deutschland verwaltete Vermögen bis Ende 2011 entsprechend um etwa 2,5 % und erreichte 1.783,0 Mrd. € nach 1.829,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2010.

Die Sichteinlagen bei Banken erhöhten sich laut vorläufigen Zahlen der Bundesbank hingegen bis November 2011 um 0,5 % auf 446,3 Mrd. €, das kurzfristige Termingeld stieg im gleichen Zeitraum um 11,6 % auf 483,9 Mrd. €. Die Anleger wollten ihr Geld möglichst flexibel parken. Insgesamt belief sich das Geldvermögen der Haushalte in Deutschland auf rund 5 Billionen € (2010: 4,7 Billionen €).

Im MLP-Konzern entwickelte sich das Vermögensmanagement im Berichtszeitraum trotz der Turbulenzen an den Kapitalmärkten positiv. Zum Jahresende 2011 lag das innerhalb des MLP-Konzerns verwaltete Vermögen bei 20,2 Mrd. € gegenüber 19,8 Mrd. € zum Jahresende 2010. Vor allem das Neugeschäft mit institutionellen Investoren trug zu diesem Ergebnis bei.

Der Zugewinn neuer Mandate ist für den MLP-Konzern ein Beweis dafür, dass der Markt den konsequenten Ausbau der Kernkompetenz Vermögensmanagement mit der im Berichtsjahr erfolgten Komplettübernahme der Feri AG (bis 1. Januar 2012 firmierend unter Feri Finance AG für Finanzplanung und Research) honoriert. Der Tätigkeitsschwerpunkt von Feri liegt in den Feldern Vermögensberatung und -verwaltung, Wirtschaftsforschung und Rating. Die Übernahme der renommierten Gesellschaft war für den MLP-Konzern ein wichtiger strategischer Meilenstein.

Feri hat eine starke Stellung im deutschen und internationalen Vermögensverwaltungsmarkt und die Marke genießt ein hohes Ansehen. Gemeinsam mit Feri ist der MLP-Konzern in die erste Liga der Vermögensmanager aufgestiegen. Die Gruppe ist das größte unabhängige Vermögensberatungshaus Deutschlands. Zum Jahresende 2011 stieg der Marktanteil des MLP-Konzerns gemessen am verwalteten Vermögen um 4,7 % auf 1,1 %.

## **Wettbewerb**

Die Wettbewerbssituation in der deutschen Finanzdienstleistungsbranche hat sich 2011 gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Nach wie vor weist die Branche mit einer großen Zahl von Banken, Versicherungen, freien Vermögensberatern und Finanzvermittlern eine heterogene Struktur auf. Die Kunden treffen auf Berater mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau. Für Verbraucher ist es daher kaum möglich, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Beratern und Vermittlern klar zu erkennen. Der Gesetzgeber war auch im Berichtszeitraum darum bemüht, den Verbraucher- und Anlegerschutz weiter auszubauen – ein Anliegen, das der MLP-Konzern generell unterstützt.

Auf dem Weg dahin wurde im April 2011 das Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz, umgangssprachlich Anlegerschutzgesetz, verabschiedet. Danach müssen Anlageberater neue Sachkundevorschriften erfüllen und sich ab 2012 in ein von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) neu eingerichtetes Register eintragen lassen. Bei Falschberatung kann die BaFin künftig Verwarnungen aussprechen und der Bank für eine Zeit von bis zu zwei Jahren verbieten, den betroffenen Berater in der Anlageberatung einzusetzen. Zudem sind seither Banken dazu verpflichtet, ihren Kunden im Rahmen der Beratung Produktinformationsblätter mit allen wichtigen Produktinformationen auszuhändigen. Diese Vorschriften beziehen sich auf Wertpapierdienstleister wie den MLP-

Konzern. Für den bislang weitgehend unregulierten Teil des Marktes, der nicht unter die Bankenaufsicht fällt, hat der Bundestag im Oktober das Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagerechts verabschiedet, das unter anderem Sachkundevorschriften für die Vermittlung von offenen und geschlossenen Fonds durch gewerbliche Vermittler vorsieht und die Informations-, Beratungs- und Dokumentationspflichten von Bankinstituten weitgehend auf diesen Markt überträgt.

Der MLP-Konzern hat vieles, was der Gesetzgeber nun mit Regelwerken vorgibt, bereits seit Jahren umgesetzt und profitiert deshalb von der frühzeitigen Ausrichtung des Unternehmens auf künftige Anforderungen. Aus den gesetzlichen Änderungen im Berichtsjahr ergibt sich deshalb ein nur geringer Anpassungsbedarf für den MLP-Konzern.

Doch trotz des Engagements des Gesetzgebers, den Finanzdienstleistungsmarkt verbraucherfreundlicher zu gestalten, konnten auch 2011 längst nicht alle Probleme gelöst werden. Nach wie vor werden die verschiedenen Vertriebswege der Branche nicht konsequent gleichwertig behandelt. So ist für die Aufsicht der Banken – zu denen auch der MLP-Konzern aufgrund der Vollbanklizenz zählt – die BaFin zuständig. Dagegen unterliegen freie Vermittler lediglich der kommunalen Gewerbeaufsicht. Die Gewerbeämter sind jedoch aus Sicht des MLP-Konzerns für diese anspruchsvolle Aufgabe bisher weder personell noch fachlich gerüstet.

Als ganzheitlich ausgerichteter Finanz- und Vermögensberater befürwortet der MLP-Konzern eine auf Qualität und Transparenz ausgerichtete Marktregulierung. Daher hat das Unternehmen auch im Geschäftsjahr 2011 an der politischen Meinungsbildung mitgewirkt. Das Ziel dabei war es, den Anlegerschutz zu stärken und einheitliche Vorgaben für alle Finanzdienstleister zu erreichen. Außerdem plädiert der MLP-Konzern für die Einführung gesetzlich geschützter Berufsbilder.

Nach wie vor sind unabhängige Finanzberater im vermittelten Neugeschäft von Lebensversicherungen sehr erfolgreich. Der Vertriebswege-Survey 2011 der Unternehmensberatung Towers Watson zeigt, dass die unabhängigen Vermittler im Absatz von Lebensversicherungen der dritt wichtigste Vertriebskanal für die Branche sind. Deren Marktanteil lag nach aktuellen Zahlen in 2010 bei 25,8 % (2009: 27,3 %). Die Banken erreichten einen Marktanteil von 32,1 % (2009: 28,7 %) und die Ausschließlichkeitsvertreter einen Marktanteil von 27,7 % (2009: 29,6 %). Auch bei privaten Krankenversicherungen sind unabhängige Vermittler nach Angaben von Towers Watson mit einem Marktanteil von 40,4 % (2009: 39,6 %) der zweit wichtigste Vertriebskanal. Diese Ergebnisse stimmen zuversichtlich für die Zukunft.

## **Unternehmenssituation**

### **Geschäftsmodell**

Der MLP-Konzern ist das führende unabhängige Beratungshaus für Finanzberatung in Deutschland. Unterstützt durch ein umfangreiches Research berät die Gruppe Privat- und Firmenkunden sowie institutionelle Investoren. Kernpunkt des Beratungsansatzes ist die Unabhängigkeit von Versicherungen, Banken und Investmentgesellschaften.

Gründungsidee und nach wie vor wichtige Basis des Geschäftsmodells ist die langfristige Beratung von Akademikern und anderen anspruchsvollen Kunden. Für sie entwickelt der MLP-Konzern ganzheitlich angelegte Finanzkonzepte, die alle Aspekte der privaten und betrieblichen Altersvorsorge, der Gesundheitsvorsorge, des Vermögensmanagements, der Versicherung, der Finanzierung und des Bankings einschließen. Die zur MLP AG gehörende Feri-Gruppe betreut darüber hinaus institutionelle Investoren und große Privatvermögen aus dem In- und Ausland.

Der MLP-Konzern setzt konsequent auf langfristige Kundenbeziehungen. Der Kunde und der für ihn zu erzielende Nutzen stehen im Mittelpunkt des Handelns. Die Berater des MLP-Konzerns lernen ihre späteren Mandanten meist während des Studiums kennen und pflegen diese Beziehung über Jahrzehnte. In den Beratungsgesprächen erfragen die Berater zunächst die Wünsche und die Pläne der Kunden, informieren sich über deren wirtschaftlichen Hintergrund und filtern dann die für den jeweiligen Kunden passenden Lösungen aus dem breiten Marktangebot heraus. Ziel ist ein langfristig tragfähiges und maßgeschneidertes Finanzkonzept, mit dem die Kunden ihre finanziellen Ziele erreichen.

Dass das Geschäftsmodell sehr gut funktioniert, beweist der MLP-Konzern seit mehr als 40 Jahren. Seit der Gründung im Jahr 1971 konzentriert sich das Unternehmen auf die Beratung von Akademikern. Das Unternehmen weiß, welchen Bedarf Akademiker und deren Angehörige haben, und bedient diesen entsprechend. Im Berichtsjahr zählten besonders Humanmediziner, Zahnmediziner, Apotheker, Juristen, Ingenieure, Informatiker sowie Natur- und Wirtschaftswissenschaftler zu den Privatkunden des Konzerns.

Akademiker stellen generell hohe Ansprüche an die Qualität ihrer Finanzberatung und fordern einen hohen Grad an Transparenz. Deshalb ist es für den MLP-Konzern selbstverständlich, dass die Kunden die Finanzkonzepte und die damit verbundenen Produktempfehlungen verstehen und nachvollziehen können. Im Geschäftsjahr wurde die Transparenz des Produktauswahlprozesses daher nochmals gesteigert und für jeden nachvollziehbar im Internet dargestellt.

Die Produktauswahl erfolgt unabhängig, denn der MLP-Konzern ist nicht von Banken, Versicherungen oder Investmentgesellschaften abhängig.

Eine wichtige Grundlage bei der Produktauswahl bildet eine innovative Vergleichsmethode, die der MLP-Konzern in den vergangenen Jahren gemeinsam mit dem Institut für Finanz- und Aktuarwissenschaften (ifa) an der Universität Ulm entwickelt hat. Sie misst bei Vorsorgeprodukten die Eintrittswahrscheinlichkeit verschiedener Renditen während der Vertragslaufzeit – und zwar unter Berücksichtigung der jeweils anfallenden Kosten. Das Chancen-Risiko-Profil spielt dabei rund 10.000 Kapitalmarktszenarien durch. Damit stellt das Unternehmen bestmöglich sicher, dass die ausgewählten Produkte zur individuellen Risikoneigung des Kunden passen.

Dank der Research-Einheiten ist der MLP-Konzern darüber hinaus jederzeit umfangreich über das Geschehen an den Kapitalmärkten informiert. Die Spezialisten des MLP-Konzerns beobachten die Trends an den Märkten kontinuierlich und geben die wichtigsten Informationen regelmäßig an die Berater weiter. Auf diese Weise sind die Geschäftsstellen stets auf dem neuesten Stand.

Stabile Kundenbeziehungen setzen natürlich voraus, dass sich die Berater kontinuierlich weiterbilden. Deshalb hat die Aus- und Weiterbildung innerhalb des MLP-Konzerns strategische Bedeutung. Es wird kontinuierlich investiert, um den Wissensstand der Berater auf hohem Niveau zu halten und weiter auszubauen. Es werden höchste Standards angestrebt.

Trotz der hohen Bankendichte in Deutschland konnte der MLP-Konzern die Bruttoneukundenzahl auch im Jahr 2011 wieder um 34.600 steigern. Insgesamt hat der MLP-Konzern zum 31.12.2011 794.500 Kunden betreut (2010: 774.500).

Als verlässlicher Partner für seine Kunden entwickelt der MLP-Konzern seine Dienstleistungspalette kontinuierlich weiter. Dabei wurde vor allem unser Vermögensmanagement nachhaltig gestärkt:

- 2006 hat der Konzern 56,6 % an der renommierten Feri AG für Vermögensberatung und -verwaltung übernommen.

- Seit 2007 verfügt die MLP Finanzdienstleistungen AG über eine Vollbanklizenz.
- 2011 hat MLP die noch ausstehenden Anteile an der Feri AG übernommen und damit einen strategischen Meilenstein in der Unternehmensgeschichte gesetzt.

Gemessen am verwalteten Vermögen ist der MLP-Konzern zum größten unabhängigen Beratungshaus in Deutschland avanciert. Inzwischen kann den Kunden die komplette Bandbreite des Vermögensmanagements angeboten werden – angefangen von der Kontoführung bis hin zu hochkarätigen Dienstleistungen wie die Führung von Family Offices. Diese stellen sich in den Dienst großer Familienvermögen, die meist aus Privat-, Betriebs- und Stiftungsvermögen bestehen. Die Vermögensinhaber wollen durch die Beratung durch Spezialisten den Familienbesitz über Generationen sichern und optimieren. Durch Feri begleitet der MLP-Konzern heute viele wohlhabende Familien auf diesem Weg.

Auch institutionelle Investoren erhalten durch die Unternehmen der Feri-Gruppe ein komplettes Dienstleistungsspektrum – von der Entwicklung maßgeschneiderter Anlagestrategien über deren Umsetzung bis hin zur regelmäßigen Risikosteuerung und -kontrolle.

Firmenkunden bietet der MLP-Konzern eine unabhängige Beratung und Konzeption in sämtlichen Themenkomplexen der betrieblichen Vorsorge und Vergütung sowie des Asset- und Risikomanagements. Zusammen mit dem Tochterunternehmen TPC betreut die Gruppe Firmen jeder Größenordnung von der Bedarfsanalyse über die Konzeption und Umsetzung bis hin zur ständigen Überprüfung und Anpassung ihrer betrieblichen Vorsorge.

## Strategie

Der MLP-Konzern zielt auf ein profitables Wachstum und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes – zum Wohle der Kunden, Mitarbeiter und Aktionäre. Dazu betreibt der MLP-Konzern ein aktives Wertmanagement. Ausgehend von einer klaren Positionierung – unabhängiges Beratungshaus für Finanz- und Vermögensberatung – wird die Dynamik der Wachstumsbereiche im deutschen Finanzdienstleistungsmarkt genutzt. Für Privatkunden entwickelt der Konzern ganzheitliche Finanzkonzepte, die die Bereiche Alters- und Gesundheitsvorsorge, Vermögensmanagement, Finanzierung, Versicherung und Banking umfassen. Daneben bietet der MLP-Konzern maßgeschneiderte Lösungen für große Vermögen, institutionelle Investoren und Firmenkunden. Aufgrund des qualitätsorientierten Geschäftsmodells hat die Kundenzufriedenheit eine hohe Bedeutung für die künftige Unternehmensentwicklung.

Im Rahmen einer profitablen Wachstumsstrategie werden die Kernkompetenzen kontinuierlich gestärkt. Neben organischem Wachstum hat sich der MLP-Konzern grundsätzlich auch für Zukäufe offen gezeigt. Im Kerngeschäft, der Betreuung von Akademikern und anderen anspruchsvollen Kunden in der MLP Finanzdienstleistungen AG, wird der Konzern aber aus heutiger Sicht in absehbarer Zeit nicht als Käufer aktiv. Denn entweder werden zu hohe Kaufpreise verlangt oder es besteht ein hoher zusätzlicher Investitionsbedarf. Hinzu kommen oftmals große kulturelle Unterschiede – nicht zuletzt in Bezug auf die Beraterqualifikation und die Kundenbetreuung.

Im Segment des Tochterunternehmens Feri AG sind dagegen kleinere Akquisitionen weiterhin denkbar – sowohl im Geschäft mit vermögenden Privatkunden als auch mit institutionellen Investoren. Im Berichtsjahr wurden zunächst planmäßig die noch ausstehenden Anteile an der Feri AG übernommen.

Das renommierte Unternehmen ergänzt das Leistungsportfolio des MLP-Konzerns perfekt: Durch die Akquisition wurden nicht nur rund 200 institutionelle Investoren und eine beträchtliche Zahl an großen Familienvermögen in der Größenordnung ab 5 Mio. € hinzugewonnen, sondern hochwertige Vermögensstrategien auch für die gesamte Kundschaft

erschlossen. Dies ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil in den kommenden Jahren immer mehr Kunden des MLP-Konzerns die Altersgruppe ab 40 Jahren erreichen, in der eine anspruchsvolle Vermögensberatung eine sehr hohe Bedeutung hat. Dies eröffnet interessante Potenziale.

Aus heutiger Sicht sind keine strategischen Finanzierungsmaßnahmen notwendig. Die Kapitalausstattung und Liquidität des Konzerns sind so gut, dass Akquisitionen voraussichtlich keines außerordentlichen Finanzierungsbedarfs bedürfen.

Angesichts des nach wie vor herausfordernden Marktumfelds vor allem in der Altersvorsorge und des sich rasant wandelnden regulatorischen Umfelds untermauert der MLP-Konzern seine Strategie des profitablen Wachstums durch ein umfangreiches Effizienzmanagement. Anfang April 2011 wurde ein umfangreiches Investitions- und Effizienzprogramm auf den Weg gebracht, das die bis dahin geplanten Effizienzmaßnahmen weiter forciert hat. Im Mittelpunkt des Programms stehen zudem Investitionen zur Stärkung künftigen Wachstums. Zu den Maßnahmen gehören neben der Neuausrichtung der Zentrale in Wiesloch unter anderem eine noch effektivere Unterstützung der MLP-Berater sowie eine weitere Optimierung von Prozessen. Daneben wurde eine deutliche Erhöhung der Sichtbarkeit an den Geschäftsstellen-Standorten angestoßen. Durch dieses Programm ist im Berichtszeitraum eine einmalige Sonderbelastung angefallen. Abgesehen von diesem einmaligen Sondereffekt hat das Effizienzprogramm aber auch schon im Berichtsjahr die bereinigten Fixkosten weiter gesenkt. Für das Jahr 2012 erwartet der MLP-Konzern eine weitere Kostenreduzierung (siehe auch Prognosebericht).

## **Organisation und Struktur**

Innerhalb des MLP-Konzerns hat die MLP AG die Holding-Funktion. Gegenstand der Gesellschaft ist die Leitung der Unternehmensgruppe. Sie legt die strategischen Ziele fest und sichert die aufeinander abgestimmte Geschäftspolitik des Konzerns. Durch die Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG verfügt der MLP-Konzern über eine Vollbanklizenz und berät Privat- und Firmenkunden zudem unabhängig als Versicherungsmakler. Darüber hinaus werden durch die Tochtergesellschaft Feri AG vor allem vermögende Privatkunden und institutionelle Anleger betreut.

Die operative Geschäftstätigkeit des Konzerns ist in Segmente unterteilt und wird im Wesentlichen über die Tochtergesellschaften MLP Finanzdienstleistungen AG und die Feri-Gruppe ausgeführt. Zum Ende des Geschäftsjahres 2011 gehörten mehrheitlich folgende maßgebliche Unternehmen zum Konzern:

- MLP Finanzdienstleistungen AG
- Feri AG (einschließlich ihrer Tochtergesellschaften) (bis 1. Januar 2012 firmierend unter Feri Finance AG für Finanzplanung und Research)
- TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH
- ZSH GmbH Finanzdienstleistungen

Darüber hinaus hält die MLP Finanzdienstleistungen AG seit Dezember 2007 49,8 % an der MLP Hyp GmbH. Dieses Unternehmen wurde zusammen mit dem Immobilienfinanzierungsmakler Interhyp AG ins Leben gerufen, um die Vermittlung von Immobilienfinanzierungen über diese Plattform abzuwickeln.

Im Vorstand der MLP AG gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr zwei Veränderungen. Zum 1. Februar 2011 hat Reinhard Loose das Amt als Finanzvorstand angetreten, nachdem ihn der Aufsichtsrat im November 2010 berufen hat. Zum 31. März 2011 ist Ralf Schmid, Chief Operating Officer (COO) des MLP-Konzerns sowie Mitglied im Vorstand der MLP AG und der



Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG, in freundschaftlichem Einvernehmen aus beiden Gremien ausgeschieden, um sich einer neuen beruflichen Herausforderung zu widmen. Seine Aufgaben wurden auf die übrigen Mitglieder des Vorstands verteilt.

#### **Angaben gemäß § 289 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB)**

##### **Zusammensetzung des Kapitals**

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt am Stichtag 31. Dezember 2011 107.877.738 € und ist eingeteilt in 107.877.738 auf den Inhaber lautende Stammstückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1 € je Aktie.

##### **Beschränkungen der Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffend**

Beschränkungen der Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffend bestehen bei den Aktien der MLP AG nicht.

##### **Beteiligung am Kapital**

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) hat jeder Aktionär, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten der Gesellschaft erreicht, überschreitet oder unterschreitet dies der Gesellschaft und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mitzuteilen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Mitteilungspflicht sind 3 %. In diesen erläuternden Bericht sind Beteiligungen aufzunehmen, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten. Der MLP AG wurden zwei Beteiligungen mitgeteilt, die direkt oder indirekt 10 vom Hundert der Stimmrechte überschreiten:

Dr. h. c. Manfred Lautenschläger <sup>1)</sup>	25.205.534	23,36%
Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH	22.618.932	20,97%
Harris Associates L.P.	10.813.991	10,02%

Der MLP AG bekannter Stand zum 31.12.2011

<sup>1)</sup> Gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG sind Herrn Dr. h.c. Manfred Lautenschläger davon die 22.618.932 Stimmrechte (= 20,97 % am Grundkapital der MLP AG) der Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH zuzurechnen.

##### **Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnis verleihen**

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnis verleihen, bestehen nicht.

##### **Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben**

Soweit die MLP AG in der Vergangenheit im Rahmen ihres Mitarbeiterbeteiligungsprogramms Aktien an Mitarbeiter ausgegeben hat, wurden die Aktien den Mitarbeitern unmittelbar übertragen. Die begünstigten Mitarbeiter können bzw. konnten die ihnen aus den ausgegebenen Aktien zustehenden Kontrollrechte unmittelbar nach den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung ausüben.

## **Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern**

Die Bestellung und die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands sind in den §§ 84 und 85 AktG geregelt. Die Satzung sieht vor, dass der Vorstand aus mindestens zwei Personen besteht. Die Mitglieder des Vorstands werden höchstens für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung. Über die Zahl der Vorstandsmitglieder, ihre Bestellung und den Widerruf ihrer Bestellung sowie den Abschluss, die Änderung und die Kündigung der mit den Vorstandsmitgliedern abzuschließenden Anstellungsverträge entscheidet der Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat kann einen Vorstandsvorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorstandsvorsitzende ernennen.

## **Änderung der Satzung**

Gemäß § 179 Abs. 1 AktG bedarf jede Satzungsänderung eines Beschlusses der Hauptversammlung. Abweichend von § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG sieht § 17 Abs. 4 der Satzung vor, dass Beschlüsse zur Satzungsänderung durch die Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der Stimmen des bei der Beschlussfassung stimmberechtigten Grundkapitals gefasst werden können, soweit nicht nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften eine größere Mehrheit erforderlich ist. Der Aufsichtsrat ist allerdings gemäß § 21 der Satzung zur Vornahme von Satzungsänderungen berechtigt, die die Fassung betreffen.

## **Befugnis des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen**

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Mai 2010 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 19. Mai 2015 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 22 Mio. € zu erhöhen und mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre bei Aktienaushaben gegen Sacheinlagen auszuschließen.

Wird das Grundkapital gegen Bareinlagen erhöht, ist den Aktionären ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand wurde jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, wenn der Ausgabebetrag den Börsenpreis von Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung gilt jedoch nur mit der Maßgabe, dass die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 S. 4 AktG ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten dürfen, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung (genehmigtes Kapital).

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 10. Juni 2011 ist die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG des Weiteren ermächtigt, bis zum 9. Dezember 2013 bis zu 10 % des Grundkapitals im Zeitpunkt der Ermächtigung zu erwerben. Auf der Grundlage dieser Ermächtigung hat die Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2011 keine Aktien oder Derivate zum Erwerb eigener Aktien erworben.

### **Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen**

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen, bestehen nicht.

### **Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebotes mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern getroffen sind**

Die Dienstverträge zwischen der Gesellschaft und dem Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, und den Mitgliedern des Vorstands, den Herren Manfred Bauer, Reinhard Loose und Muhyddin Suleiman, enthalten eine Klausel, wonach sie für den Fall, dass ein Dritter, der im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses weniger als 10 % an MLP beteiligt war, eine Beteiligung von mindestens 50 % der Stimmrechte erwirbt, berechtigt sind, ihren Vertrag mit einer Frist von einem Monat zu kündigen. Üben sie dieses Kündigungsrecht aus, ist MLP verpflichtet, ihnen eine Vergütung zu bezahlen, die dem Vierfachen eines Jahresfestgehalts entspricht, wenn der Vertrag nicht von ihnen infolge des „change of control“ gekündigt worden wäre, sofern die Kündigung des Vertrages mehr als zwei Jahre vor der regulären Beendigung des Vertrages erfolgt. Bei sämtlichen Mitgliedern des Vorstands entspricht die im Fall eines „change of control“ zu zahlende Vergütung maximal dem Zweifachen der Durchschnittsvergütung der gesamten Vergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres vor der Beendigung ihres Vertrages und der voraussichtlichen Gesamtvergütung für das bei Beendigung laufende Geschäftsjahr. Der Dienstvertrag von Herrn Dr. Schroeder-Wildberg hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012, der Dienstvertrag von Herrn Bauer läuft bis zum 30. April 2015, der von Herrn Reinhard Loose läuft bis zum 31. Januar 2014 und der von Herrn Suleiman läuft bis zum 3. September 2017. Bei Beendigung des Vertrages in den zwei Jahren vor der regulären Beendigung wird die Abfindung nur pro rata temporis geschuldet.

### **Angaben gemäß § 289a Handelsgesetzbuch (HGB)**

Die Angaben zur Unternehmensführung nach § 289a HGB haben wir auf unserer Internetseite [www.mlp-ag.de](http://www.mlp-ag.de) unter der Rubrik Corporate Governance zugänglich gemacht. Zusätzlich sind sie im Corporate Governance-Bericht des Geschäftsberichts enthalten.

### **Ertragslage**

Im Geschäftsjahr 2011 wurden, wie bereits im Vorjahr, sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 11,8 Mio. € erzielt. Diese resultierten im Wesentlichen aus der Vermietung von Gebäuden an verbundene Unternehmen.

Der Personalaufwand ist im Berichtszeitraum von 5,9 Mio. € auf 8,3 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg ist primär durch die einmaligen Sonderbelastungen im Rahmen des Investitions- und Effizienzprogramms zu erklären. Das Programm hat MLP im April 2011 zur Stärkung künftigen Wachstums aufgelegt. Die Abschreibungen auf Anlagevermögen lagen in der Berichtsperiode mit 4,4 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau von 4,7 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der MLP AG blieben im Berichtszeitraum mit 10,7 Mio. € auf dem Vorjahresniveau (10,4 Mio. €). Höhere Aufwendungen für Instandhaltung – im Rahmen der Modernisierung unserer Gebäude – konnten beispielsweise durch Einsparungen bei den Aufwendungen für Beratung, Repräsentation und Werbung sowie Versicherungsbeiträge ausgeglichen werden.

Im Wesentlichen wird die Ertragslage der MLP AG durch die Geschäftsentwicklung der größten Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG beeinflusst. Für sie besteht genauso ein Gewinnabführungsvertrag wie mit der Feri AG.

In der Berichtsperiode stieg das Finanzergebnis um 13,0 Mio. € von 43,6 Mio. € auf 56,6 Mio. €. Zu diesem Zuwachs trug im Wesentlichen die erstmalige Gewinnabführung durch die Feri AG bei. Diese Abführung ist im Berichtsjahr erhöht bedingt durch einen Sondereffekt aufgrund von durchgeführten Umstrukturierungsmaßnahmen. Gleichzeitig haben sich die Erträge aus dem Gewinnabführungsvertrag der MLP Finanzdienstleistungen AG vor allem aufgrund einmaliger Sonderbelastungen im Rahmen des konzernweiten Investitions- und Effizienzprogramms reduziert.

Damit stieg das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 34,2 Mio. € auf 45,1 Mio. €. Der Steueraufwand lag im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 16,1 Mio. € (12,7 Mio. €) deutlich über dem Vorjahr. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Korrektur eines Steuererstattungsanspruchs (siehe Anhang). Der Jahresüberschuss belief sich somit auf 28,8 Mio. € (21,5 Mio. €).

Insgesamt hat sich unsere qualitative Umsatzprognose für den MLP-Konzern im Berichtsjahr nahezu vollständig erfüllt. Auch unsere Effizienzmaßnahmen verlaufen weiterhin planmäßig. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Vertrauenskrise bei Anlegern sind wir mit der Geschäftsentwicklung im Jahr 2011 zufrieden.

## **Beteiligungen**

Die Provisionserträge der MLP Finanzdienstleistungen AG, die den wesentlichen Teil der Umsätze der Gesellschaft ausmachen, stiegen deutlich an und erreichten 444,9 Mio. € (421,1 Mio. €). Der stärkste Zuwachs zeigte sich dabei im Bereich Krankenversicherung, in dem die Provisionserträge um über 30 % auf 77,8 Mio. € zulegten. Die Sorge vor unzureichender Versorgung im Krankheitsfall bewegte viele Kunden dazu, privat vorzusorgen. Auch in der Finanzierung konnten wir die Erträge deutlich um etwa 11 % steigern. Sie erreichten 12,8 Mio. € nach 11,6 Mio. € im Vorjahr. In der Sachversicherung verzeichnete MLP ein leichtes Wachstum von 4 % auf 27,1 Mio. €.

Im Bereich Altersvorsorge stiegen die Provisionserlöse leicht um 2 % auf 283,0 Mio. €. In diesem Geschäftszweig spielen vor allem die langfristigen Zukunftserwartungen der Bürger eine wesentliche Rolle. Diese wurden im Jahr 2011 durch die Turbulenzen an den Kapitalmärkten und die Diskussionen rund um die europäische Schuldenkrise weiterhin negativ beeinträchtigt. Dennoch gelang es MLP, durch eine intensive Kundenbetreuung auch in diesem Umfeld gute Ergebnisse zu erzielen. Der Bereich Vermögensmanagement verbuchte dagegen einen leichten Rückgang von 43,7 Mio. € auf 41,3 Mio. €. Grund dafür war die Verunsicherung vieler Anleger im Zuge der Verwerfungen an den Kapitalmärkten.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit der MLP Finanzdienstleistungen AG sank aufgrund einmaliger Sonderbelastungen im Rahmen des konzernweiten Investitions- und Effizienzprogramms von 43,0 Mio. € auf 34,3 Mio. €.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr führt die Gesellschaft 34,1 Mio. € (43,0 Mio. €) an die MLP AG ab.

Die Gesamterlöse des Segments Feri betragen nach den Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss von MLP 46,6 Mio. € (41,2 Mio. €).

## Vermögenslage

Die Bilanzsumme der MLP AG hat sich von 437,4 Mio. € zum Ende des Geschäftsjahres 2010 auf 434,7 Mio. € zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres leicht reduziert.

Auf der Aktivseite der Bilanz ist das Sachanlagevermögen im Wesentlichen bedingt durch planmäßige Abschreibungen nur geringfügig von 61,3 Mio. € auf 57,2 Mio. € zurückgegangen.

Die Position Finanzanlagen enthält Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Wertpapiere des Anlagevermögens. Der Anstieg im Berichtsjahr resultiert aus der Übernahme der restlichen Anteile an der Feri AG.

Die Position „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ hat sich in der Berichtsperiode leicht reduziert. Sie belief sich zum Jahresende 2011 auf 61,9 Mio. € (64,4 Mio. €). Dabei sind die Forderungen gegen verbundene Unternehmen von 44,2 Mio. € auf 55,6 Mio. € angestiegen. Der Posten beinhaltet größtenteils Forderungen gegen die MLP Finanzdienstleistungen AG sowie gegen die Feri AG im Zusammenhang mit den zwischen den Gesellschaften und der MLP AG bestehenden Ergebnisabführungsverträgen. Gegenläufig wirkte sich der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände von 20,2 Mio. € auf 6,3 Mio. € aus. Die Ertragsteuererstattungsansprüche sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer.

Die Position „Sonstige Wertpapiere“ hat sich auf 0,0 Mio. € reduziert (15,8 Mio. €). Hierbei handelte es sich um ein durch Feri verwaltetes Depot, welches im Geschäftsjahr 2011 planmäßig aufgelöst wurde.

Die Position „Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks“ hat sich im Wesentlichen durch die Kaufpreiszahlung für die restlichen 43,4 % an Feri von 50,6 Mio. € reduziert. Sie erreichte zum Bilanzstichtag 105,9 Mio. € (146,9 Mio. €).

Auf der Passivseite der Bilanz reduzierte sich das Eigenkapital leicht von 419,7 Mio. € auf 416,1 Mio. €. Die Gründe dafür sind die Ausschüttung der Dividende von 32,4 Mio. € sowie der Jahresüberschuss von 28,8 Mio. € in 2011.

Die Rückstellungen lagen in der Berichtsperiode mit 14,7 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres (12,0 Mio. €). Dabei haben sich die sonstigen Rückstellungen von 4,0 Mio. € auf 5,8 Mio. € erhöht, was im Wesentlichen auf eine höhere Rückstellung im Personalbereich zurückzuführen ist. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich von 7,5 Mio. € auf 7,8 Mio. € erhöht. Die Steuerrückstellungen erhöhten sich um 0,5 Mio. € auf 1,0 Mio. €.

## Liquidität, Dividende und Aktienrückkaufprogramm

Zum Bilanzstichtag verfügte die MLP AG über liquide Mittel (Kassenbestand) in Höhe von 105,9 Mio. € (146,9 Mio. €). Liquiditätserhöhend wirkte sich unter anderem die Ergebnisabführung der Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 43,0 Mio. € aus. Die liquiden Mittel reduzierten sich durch die Zahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 2010. Diese belief sich auf 0,30 € je Aktie (Gesamtvolumen 32,4 Mio. €). Die Liquidität wurde darüber hinaus durch den Kauf der restlichen Anteile der Feri AG reduziert. Des Weiteren reduzierte der Saldo aus Steuererstattungen und Steuerzahlungen die liquiden Mittel um 4,2 Mio. €.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die Verbindlichkeiten der MLP AG deutlich reduziert werden. Nach 5,7 Mio. € zum 31. Dezember 2010 beliefen sie sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 nur noch auf 4,0 Mio. €. Hierzu hat im Wesentlichen der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten von 3,3 Mio. € auf 1,0 Mio. € beigetragen. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Es entspricht der Unternehmenspolitik von MLP, die Aktionäre angemessen am Erfolg zu beteiligen. Dividendenzahlungen erfolgen je nach Finanz- und Ertragslage sowie nach dem zukünftigen Barmittelbedarf. Trotz der einmaligen Sonderbelastungen durch das Investitions- und Effizienzprogramm im Berichtsjahr kann MLP aufgrund der hervorragenden Eigenkapitalausstattung und Liquidität die verlässliche Dividendenpolitik der vergangenen Jahre weiter fortsetzen. Vorstand und Aufsichtsrat der MLP AG schlagen der Hauptversammlung 2012 vor, die Dividende von 0,30 € je Aktie für das Geschäftsjahr 2010 auf insgesamt 0,60 € je Aktie für das Geschäftsjahr 2011 zu erhöhen.

## **Vergütungsbericht**

Die Gesamtvergütung des Vorstands setzt sich aus mehreren Vergütungsbestandteilen zusammen. Hierbei handelt es sich um feste und variable Vergütungen, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie um Altersversorgungen.

Aufsichtsratsmitglieder erhalten neben dem Ersatz ihrer Auslagen, die grundsätzlich auch Weiterbildungen einschließen, eine feste Vergütung. Nähere Einzelheiten einschließlich der individualisierten Vergütungen enthält der Vergütungsbericht, der im Kapitel „Corporate Governance“ des Geschäftsberichts zu finden ist. Dieser Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts.

# Risikobericht 2011

## Anwendungsbereich

Nach § 91 Abs. 2 AktG hat die MLP AG geeignete Maßnahmen zu treffen, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig erkannt werden – insbesondere durch Einrichtung eines Überwachungssystems. Dies umfasst auch die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements und einer Internen Revision.

Neben den aktienrechtlichen Anforderungen ist die MLP AG im Rahmen der Gruppensteuerung als nachgeordnetes Unternehmen in die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation der MLP-Finanzholding-Gruppe gemäß § 25a Abs. 1 und 1a KWG einzubinden. Die Organisation beinhaltet insbesondere ein angemessenes und wirksames Risikomanagement, auf dessen Basis die Risikotragfähigkeit laufend sicherzustellen ist. Das Risikomanagement umfasst neben Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit die Festlegung von Strategien sowie die Einrichtung interner Kontrollverfahren. Organisatorisch befindet sich das Risikomanagement der MLP-Finanzholding-Gruppe in der MLP Finanzdienstleistungen AG, die das übergeordnete Unternehmen im Sinne von § 10a Abs. 3 KWG darstellt.

Im Rahmen der internen Kontrollverfahren sind zum einen ein internes Kontrollsystem, zum anderen eine unabhängige Interne Revision vorzuhalten, wobei das interne Kontrollsystem insbesondere eine aufbau- und ablauforganisatorische Regelung mit klarer Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung und Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken beinhaltet.

Der aufsichtsrechtliche Konsolidierungskreis der MLP-Finanzholding-Gruppe nach § 10a KWG besteht aus der MLP AG, Wiesloch, der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch, der Feri AG, Bad Homburg v. d. Höhe (bis 1. Januar 2012 firmierend unter Feri Finance AG für Finanzplanung und Research), der Feri Trust GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, der Feri Institutional & Family Office GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, der Feri Investment Services GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, sowie der ZSH GmbH Finanzdienstleistungen, Heidelberg.

Im Rahmen des Risikomanagements werden zudem die Feri EuroRating Services AG, Bad Homburg v. d. Höhe, die Tochtergesellschaften der Feri AG mit Sitz in Luxemburg sowie die TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH, Hamburg, in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nach § 25a Abs. 1a KWG eingebunden.

## Risiko- und Chancenmanagement

### Zielsetzung

Unternehmerisches Handeln ist untrennbar mit der Übernahme von Risiken verbunden. Risiko bedeutet für die MLP AG die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne. Diese Gefahr kann durch interne oder externe Faktoren ausgelöst werden. Da es nicht möglich sein wird, alle Risiken zu eliminieren, muss ein der Renditeerwartung angemessenes Risiko angestrebt werden. Risiken sollen dabei so früh wie möglich identifiziert werden, um schnell und in angemessenem Umfang darauf reagieren zu können. Darüber hinaus können in diesem Rahmen auch unternehmerische Chancen rechtzeitig erkannt und wahrgenommen werden. Insbesondere im Produktmanagement und -einkauf werden für die einzelnen Produktparten gezielt unternehmerische Chancen am Markt identifiziert und eine Umsetzung unter Abwägung von Erfolgsaussichten und Risiken geprüft und initiiert.

In der MLP AG bestehen Risiken aus der Ergebnisentwicklung der Tochterunternehmen bzw. der Ergebnisstabilität im Beteiligungsportfolio. Durch Ergebnisabführungsverträge ist die MLP AG



unmittelbar an der geschäftlichen Entwicklung und den Risiken von Tochtergesellschaften beteiligt. Negative Ergebnisentwicklungen in den Tochtergesellschaften können zudem Abschreibungsbedarf auf die Beteiligungsbuchwerte bei der MLP AG auslösen. Risiken aus der Ergebnisentwicklung der Tochterunternehmen begegnet der Konzern mit geeigneten Instrumenten im Controlling. Durch das standardisierte Berichtswesen erhalten die Entscheidungsträger regelmäßig aktuelle Informationen über den Konzern und über die Geschäftsentwicklung in allen wichtigen Konzerngesellschaften. Sie können so kontinuierlich risikosteuernd eingreifen.

Immobilienrisiken können sich aus negativen Wertveränderungen und Mietpreisentwicklungen von direkt von der MLP AG gehaltenen Immobilien ergeben. Diese können durch eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der Immobilie oder einen allgemeinen Marktwertverfall (z. B. eine Immobilienkrise) hervorgerufen werden. Für die Immobilien werden auf Objektebene regelmäßig die Marktwerte beobachtet.

Das konzernweite Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem der MLP-Finanzholding-Gruppe wird als Grundlage für ein konzernweites aktives Risikomanagement eingesetzt. Hierdurch wird eine angemessene Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken gewährleistet. Das Risikomanagement ist dabei wesentlicher Bestandteil des wertorientierten Führungs- und Planungssystems in der MLP-Finanzholding-Gruppe. Darüber hinaus soll die im Konzern verankerte Risikokultur nachhaltig gestärkt und eine bereichsübergreifende Kommunikation risikorelevanter Sachverhalte stetig gefördert werden.

### **Risikogrundsätze**

Der Vorstand legt die Geschäfts- und Risikostrategie und hieraus abgeleitet die Risikobereitschaft auf Konzernebene unter Beachtung der Risikotragfähigkeit fest. Hieraus werden Rahmenbedingungen für das Risikomanagement in der MLP-Finanzholding-Gruppe abgeleitet. Die Risikobereitschaft wird dabei regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die nachfolgenden in Konsistenz zur Geschäftsstrategie stehenden Grundsätze beschreiben die zentralen Rahmenbedingungen für das Risikomanagement der MLP-Finanzholding-Gruppe:

#### ***Der Vorstand ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und deren Weiterentwicklung verantwortlich:***

Diese Verantwortung umfasst insbesondere die Festlegung angemessener Strategien und die Einrichtung angemessener interner Kontrollverfahren und somit die Verantwortung für alle wesentlichen Elemente des Risikomanagements. Die Festlegung der Geschäfts- und Risikostrategie kann dabei nicht delegiert werden. In der Verantwortung des Vorstands liegt die Umsetzung der Strategien, die damit verbundene Beurteilung der Risiken sowie – zu ihrer Begrenzung – die Ergreifung und Überwachung von erforderlichen Maßnahmen zur Begrenzung dieser Risiken.

#### ***Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie:***

Der Vorstand legt die Risikostrategie für die MLP-Finanzholding-Gruppe fest. Die Risikostrategie spiegelt die Risikobereitschaft bzw. die „Risikotoleranz“ angesichts der angestrebten Höhe des Risiko-/Performance-Verhältnisses wider. Der Vorstand stellt sicher, dass ein alle wesentlichen Risikoarten umfassender Ansatz in den Unternehmen integriert ist und geeignete Schritte zur Umsetzung der Risikostrategie unternommen werden.

#### ***MLP fördert ein starkes Risikobewusstsein und lebt eine ausgeprägte Risikokultur:***

Ein starkes, alle Bereiche umfassendes Risikobewusstsein und eine entsprechende Risikokultur werden durch adäquate Organisationsstrukturen gefördert. Risikobewusstsein über den eigenen Zuständigkeitsbereich hinaus ist unerlässlich. Die Angemessenheit des Risikomanagementsystems wird laufend überprüft, gegebenenfalls erforderliche Anpassungen werden zeitnah durchgeführt. Adäquate Datensicherheit und Qualitätsstandards sind etabliert und werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

***MLP verfolgt eine umfassende Risikokommunikation und -berichterstattung:***

Erkannte Risiken werden offen und uneingeschränkt an die betreffende Führungsebene berichtet. Der Vorstand wird umfassend und rechtzeitig (falls erforderlich ad hoc) über das Risikoprofil der in der MLP-Finanzholding-Gruppe relevanten Risiken sowie über Gewinne und Verluste informiert. Der Aufsichtsrat erhält die für die Erfüllung seiner gesetzlichen Verpflichtungen erforderlichen Informationen. Die interne Risikokommunikation und -berichterstattung wird durch umfassende, externe Veröffentlichungen ergänzt, um den Interessen der Aktionäre der MLP AG und des Kapitalmarkts angemessen zu entsprechen und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu genügen.

**Risikokapitalmanagement und Stresstests**

***Risikotragfähigkeit***

Das Risikokapitalmanagement ist ein integraler Bestandteil der Gruppensteuerung in der MLP-Finanzholding-Gruppe. Dass die Risikonahme jederzeit im Einklang mit der Kapitalausstattung steht, wird durch die aktive Steuerung der ökonomischen Kapitaladäquanz auf Basis der internen Risikomesswerte sowie der bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen sichergestellt.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen, um unter Berücksichtigung von Risiko-/Return-Aspekten Renditen zu erzielen. Damit sollen insbesondere Risiken vermieden werden, die die Fortführbarkeit des Geschäftsmodells gefährden könnten.

Der Vorstand legt dabei auf der Grundlage der geschäftspolitischen Ziele die Kapitalausstattung fest und steuert das Risikoprofil in einem angemessenen Verhältnis zur Risikodeckungsmasse. Der Fokus liegt dabei auf den für die MLP-Finanzholding-Gruppe wesentlichen Risiken, die mindestens jährlich im Rahmen einer gruppenweiten Risikoinventur (Risikoprofil) identifiziert werden. Dabei werden die im Rahmen standardisierter Verfahren ermittelten Risikokennzahlen mit konzernweit gültigen Schwellenwerten abgeglichen. Das gruppenweite Risikoprofil stellt die Grundlage sowohl für das Risikokapitalmanagement als auch für die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse dar.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals sind die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen.

Die Risikotragfähigkeit war in der MLP-Finanzholding-Gruppe in 2011 durchgängig gegeben.

***Stresstests***

Zur besonderen Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse werden zudem regelmäßige Stresstests in der MLP-Finanzholding-Gruppe durchgeführt. So wurden umfangreiche Analysen sowohl auf der Ebene der einzelnen Risikoarten als auch risikoartenübergreifend implementiert. Dabei werden insbesondere auch die Auswirkungen möglicher Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Bei der Durchführung der standardisierten Stresstests werden die wesentlichen Risikotreiber dabei so skaliert, dass sie überdurchschnittlich negative ökonomische Situationen widerspiegeln. Mithilfe der implementierten Stresstests wird somit insbesondere überprüft, ob die Risikotragfähigkeit der MLP-Finanzholding-Gruppe unter ungünstigen ökonomischen Rahmenbedingungen weiterhin sichergestellt werden kann. Dabei werden auch die marktwertigen Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätsslage untersucht.

## **Organisation**

### ***Funktionstrennung***

Unser Risikomanagement folgt klar definierten Grundsätzen, welche im gesamten Konzern verbindlich anzuwenden sind und deren Einhaltung wir fortlaufend überprüfen. Eine klare aufbau- und ablauforganisatorische Trennung zwischen den einzelnen Funktionen und Tätigkeiten des Risikomanagements wird dabei sichergestellt.

Die Organisation des Risikomanagements und die damit einhergehenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten haben wir sowohl auf Konzernebene als auch auf der Ebene der Konzerngesellschaften in Übereinstimmung mit aufsichtsrechtlichen Vorgaben definiert und dokumentiert. Für das Risikomanagement auf Gruppenebene werden seitens der MLP Finanzdienstleistungen AG als übergeordnetes Institut angemessene ablauforganisatorische Vorkehrungen getroffen, die auch den Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements auf der Ebene der einzelnen Konzerngesellschaften vorgeben. Die Aufbau- und Ablauforganisation wird regelmäßig durch die Interne Revision überprüft und beurteilt und an interne und externe Entwicklungen zeitnah angepasst.

### ***Konzern-Risiko-Manager***

Der Konzern-Risiko-Manager ist für die Risikoüberwachungs- und -steuerungsaktivitäten im MLP-Konzern verantwortlich. Er wird fortlaufend über die Risikosituation im Konzern informiert und berichtet diese regelmäßig an den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat.

### ***Risikosteuerungs- und -controllingprozesse***

Die Risikosteuerung in der MLP-Finanzholding-Gruppe und deren dezentrale operative Umsetzung in den Geschäftseinheiten erfolgen auf der Grundlage der Risikostrategie. Die für die Risikosteuerung verantwortlichen Einheiten treffen Entscheidungen zur bewussten Akzeptanz, Reduzierung, Übertragung oder Vermeidung von Risiken. Dabei beachten sie die zentral vorgegebenen Rahmenbedingungen.

Insbesondere das Risikocontrolling ist für die Identifikation und Beurteilung von Risiken sowie die Überwachung der Verlustobergrenzen verantwortlich. Damit einher geht die Berichterstattung der Risiken an den Vorstand und an die risikosteuernden Geschäftseinheiten. Angemessene Frühwarnsysteme unterstützen dabei die Überwachung der Risiken, identifizieren potenzielle Probleme im Frühstadium und ermöglichen damit eine zeitnahe Maßnahmenplanung.

Durch entsprechende Richtlinien und eine effiziente Überwachung wird zudem sichergestellt, dass die regulatorischen Anforderungen an das Risikomanagement und -controlling eingehalten werden.

Die eingesetzten Methoden zur Risikobeurteilung entsprechen dem aktuellen Erkenntnisstand und orientieren sich an der Praxis der Bankenbranche sowie den Empfehlungen der Bankenaufsicht. Die mit den Risikomodellen ermittelten Ergebnisse sind zur Steuerung der Risiken uneingeschränkt geeignet. Die Messkonzepte unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung durch das Risikocontrolling sowie durch die Interne Revision und

Wirtschaftsprüfer. Trotz sorgfältiger Modellentwicklung und regelmäßiger Kontrolle können dennoch Konstellationen entstehen, die zu höheren Verlusten führen als durch die Risikomodelle prognostiziert.

### ***Controlling überwacht Ergebnisentwicklung***

Das Controlling ist für die fortlaufende Überwachung der Ergebnisentwicklung verantwortlich. Dabei werden Umsatz- und Ergebnisgrößen den entsprechenden Plangrößen gegenübergestellt und somit fortlaufende Transparenz für den Vorstand geschaffen.

Der Analysehorizont des strategischen Controllings umfasst die nächsten zwei bis vier Jahre. Dabei werden Umsatz- und Ergebnistrends insbesondere unter Berücksichtigung von Veränderungen wirtschaftlicher oder gesetzlicher Rahmenbedingungen analysiert und in Zielgrößen für die einzelnen Geschäftsbereiche überführt. Entsprechende Simulationen machen potenzielle Ertrags- und Ergebnisrisiken mit den maßgeblichen Werttreibern für den Vorstand transparent.

### ***Internes Kontrollsystem im Rechnungslegungsprozess***

Das Konzernrechnungswesen ist zentraler Ansprechpartner in allen Bilanzierungsfragen sowohl auf Einzelgesellschafts- wie auf Konzernebene. Die Finanzbuchhaltung fungiert als zentrale Verarbeitungsstelle aller rechnungsrelevanten Informationen. Den korrekten Arbeitsablauf unterstützen Stellenbeschreibungen, Stellvertreterregelungen und Arbeitsanweisungen. Ergänzend stehen Prozessbeschreibungen sowie diverse Checklisten zur Verfügung. Sämtliche vorgenannten Regelungen sowie Anweisungen sind im Organisationshandbuch veröffentlicht, welches permanent aktualisiert wird und jedem Mitarbeiter zugänglich ist. Zur Vermeidung von dolosen Handlungen und Missbrauch gibt es Funktionstrennungen sowie laufende und nachgelagerte Kontrollen im Sinne eines „4-Augen-Prinzips“. Die Bilanzierung nach der aktuellen Rechtslage wird durch die laufende Fortbildung der Mitarbeiter sichergestellt.

### ***Interne Revision***

Ein wichtiges Element des internen Kontrollsystems ist die Interne Revision, die über Auslagerungsverträge in den wesentlichen Konzernunternehmen Überwachungs- und Kontrollaufgaben wahrnimmt. Sie führt hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und interner Vorgaben systematisch und regelmäßig risikoorientierte Prüfungen durch. Darüber hinaus überwacht die Interne Revision sowohl die Funktionstrennung und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems als auch die Behebung der getroffenen Prüfungsfeststellungen. Die in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement festgelegten besonderen Anforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision werden konzernweit erfüllt.

Die Interne Revision arbeitet im Auftrag des Vorstands weisungsfrei und unbeeinflusst als konzernweit zuständige prozessunabhängige Instanz.

### ***Risikoberichterstattung***

Eine aussagekräftige Risikoberichterstattung ist die Basis für eine sachgerechte und erfolgreiche Unternehmenssteuerung. Hierzu besteht ein umfassendes internes Reporting-System, das eine zeitnahe Information der Entscheidungsträger über die aktuelle Risikosituation sicherstellt. Risikoreports werden in festgelegten Intervallen generiert oder, wenn notwendig, ad hoc erstellt. Darüber hinaus bilden Planungs-, Simulations- und Steuerungsinstrumente mögliche positive und negative Entwicklungen auf die wesentlichen Wert- und Steuerungsgrößen des Geschäftsmodells und ihre Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab.

Adressaten der Risikoberichterstattung sind die steuernden Einheiten, der Vorstand sowie der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren umfänglich informiert.

## **Darstellung der Risiken**

### **Finanzwirtschaftliche Risiken**

#### **Adressenausfallrisiken**

Das Adressenausfallrisiko ist das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners.

Das Adressenausfallrisiko umschließt das Kontrahentenrisiko und das spezifische Länderrisiko.

Die Adressenausfallrisiken bei der MLP AG resultieren im Wesentlichen aus den Eigengeschäftsaktivitäten. Wesentliche Länderrisiken bestehen nicht, da sich die Geldanlage hauptsächlich auf in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Kreditinstitute beschränkt.

Den Ausfallrisiken wird aus unserer Sicht angemessen Rechnung getragen.

#### **Marktpreisrisiken**

Die MLP-Finanzholding-Gruppe versteht unter Marktpreisrisiken die Unsicherheit über die Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inkl. Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten. Die Marktpreisrisiken setzen sich aus dem Marktpreisrisiko im engeren Sinne und dem Marktliquiditätsrisiko zusammen.

Marktrisiken entstehen in der MLP AG hauptsächlich aus den Eigengeschäftsaktivitäten.

Mögliche Auswirkungen unterschiedlicher Zinsentwicklungsszenarien werden in der MLP-Finanzholding-Gruppe über Planungs- und Simulationsrechnungen abgebildet. Die Risiken und deren Auswirkungen werden unter Annahme vielschichtiger Zinsszenarien transparent gemacht. In diesem Rahmen werden auch die Barwertveränderungen aller Positionen des Anlagebuches im Verhältnis zu den Eigenmitteln unter Ansatz der seitens der Bankenaufsicht vorgegebenen Zinsschritte abgebildet. Die Simulation erfolgt automatisiert über alle zinstragenden und zinsensitiven Positionen. Somit wird die Steuerung des Zinsrisikos sichergestellt. Dabei blieb die für die MLP-Finanzholding-Gruppe ermittelte Wertveränderung im Berichtszeitraum stets deutlich unter der aufsichtsrechtlichen Meldeschwelle von 20 %.

Im Bestand der MLP AG befindliche Aktien, Anleihen oder Fonds können durch Marktzinsschwankungen oder Bonitätsveränderungen einem Kursrisiko ausgesetzt sein. Über eine ständige Überwachung und Bewertung unseres Portfolios werden mögliche Ergebnisauswirkungen starker Kursschwankungen frühzeitig adressiert. So stellen wir eine zeitnahe Reaktion auf Marktveränderungen sicher.

Der spekulative Einsatz von Finanzinstrumenten mit dem Ziel kurzfristiger Gewinnerzielung wurde im Berichtsjahr nicht durchgeführt und ist auch künftig nicht vorgesehen.

#### **Liquiditätsrisiken**

Unter Liquiditätsrisiken versteht die MLP-Finanzholding-Gruppe die Unsicherheit hinsichtlich einer unzureichenden oder nur zu erhöhten Konditionen möglichen Verfügbarkeit von Geldmitteln zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen oder zur Reduzierung von

Risikopositionen. Liquiditätsrisiken können dabei sowohl aus internen als auch aus externen Risikofaktoren resultieren.

Bei der Steuerung des Liquiditätsrisikos stellt die MLP-Finanzholding-Gruppe auf zwei unterschiedliche Sichtweisen ab: eine dispositive und eine strukturelle Sichtweise.

#### *Dispositive Liquiditätssteuerung*

Die zentralen Instrumente und Steuerungsgrößen der dispositiven Liquiditätssteuerung sind zum einen die stichtagsbezogenen Aufstellungen der Geldanlagen und Refinanzierungsquellen im Eigengeschäft im Rahmen der Gelddisposition, zum anderen die Liquiditäts- und Beobachtungskennzahlen der Liquiditätsverordnung. Darüber hinaus wird im Rahmen der Liquiditätssteuerung der Umfang der täglichen Nettomittelzu- bzw. -abflüsse beobachtet und in die Risikobewertung einbezogen.

#### *Strukturelle Liquiditätssteuerung*

Die Liquiditätsablaufbilanz ist zentrales Instrument der strukturellen Liquiditätssteuerung und zudem Vorstufe auf dem Weg zur ökonomischen Betrachtung der Refinanzierungsmehrkosten. Sie zeigt für jeden Zeithorizont einen Überschuss bzw. einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht somit die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Der Liquidity Value at Risk, der die Refinanzierungsmehrkosten zur Schließung offener Liquiditätspositionen ausweist, ist ein weiteres wesentliches Instrument der strukturellen Liquiditätssteuerung und findet Eingang in das Risikokapitalmanagement.

Neben der im Normalszenario angenommenen Entwicklung haben wir Stressszenarien definiert, um einen möglichen erhöhten Liquiditätsbedarf infolge einer negativen Veränderung des Marktumfeldes zu simulieren, um gegebenenfalls frühzeitig notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Zur Absicherung einer möglichen kurzfristigen Liquiditätsunterdeckung haben wir zusätzlich angemessene Kreditlinien im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich vereinbart.

### **Operationelle Risiken**

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die operationellen Risiken werden dezentral konzernweit in den einzelnen Organisationseinheiten identifiziert und bewertet. Hierzu wird zum einen mindestens jährlich eine Risikoinventur durchgeführt. In diesem Rahmen analysieren und beurteilen Experten aller Fachbereiche die wesentlichen operationellen Risiken anhand von Self-Assessments. Diese gliedern sich in eine Risikopotenzialeinschätzung zur Identifikation und Beurteilung der wesentlichen Risiken sowie in daraus resultierende Maßnahmenvorschläge. Weiterhin werden die in der MLP-Finanzholding-Gruppe auftretenden Schäden laufend erfasst und analysiert. Die Sammlung der Schadensdaten ermöglicht es, Verlustereignisse zu identifizieren und zu beurteilen, um so Trends und Konzentrationen operationeller Risiken erkennen zu können. Die Ergebnisse werden im Risikocontrolling zusammengeführt, plausibilisiert und dem Vorstand sowie den steuernden Einheiten zur Verfügung gestellt.

Für die Quantifizierung der operationellen Risiken verwendet die MLP-Finanzholding-Gruppe derzeit den Basisindikatoransatz gemäß §§ 270 ff. SolvV. Gemäß § 331 SolvV wird nachfolgend das Verfahren zur Ermittlung der für die operationellen Risiken zu unterlegenden Eigenmittel erläutert: Im Rahmen des Basisindikatoransatzes erfolgt die Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Anrechnungsbetrages für das operationelle Risiko nach einem festgelegten Ermittlungsschema.

Der Anrechnungsbetrag beträgt danach 15 % der durchschnittlichen Bruttoerträge der letzten drei Geschäftsjahre, wobei nur positive Bruttoerträge berücksichtigt werden.

### **Risiken aus internen Verfahren**

Die Aufbau- und Ablauforganisation bei der MLP AG ist im Organisationshandbuch verbindlich geregelt. Die Reduzierung operationeller Risiken aus internen Verfahren und damit einhergehend eine Verringerung der Verlusthäufigkeit und -höhe wird in erster Linie durch die laufende Verbesserung der Geschäftsprozesse sowie dem Ausbau des internen Kontrollsystems erreicht. Weitere Sicherungsmaßnahmen sind u. a. der Risikotransfer durch den Abschluss von Versicherungen und der Verzicht auf risikoträchtige Produkte. Darüber hinaus stehen zur Sicherung der Fortführung des Geschäftsbetriebes für die wesentlichen Bereiche und Prozesse umfassende Notfall- und Business Continuity-Pläne bereit.

Das Business Continuity Management (BCM) identifiziert mögliche kritische Unternehmensprozesse, deren Störung oder Ausfall erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der MLP-Finanzholding-Gruppe haben könnten. Hierzu werden geeignete Maßnahmen definiert, die den geregelten Geschäftsbetrieb unter festgelegten Standards sichern sollen. Dies beinhaltet auch eine schriftliche Notfallplanung, die bei Eintritt von schweren Betriebsstörungen Verluste auf ein Minimum reduziert und den laufenden Geschäftsbetrieb sichert. Die kritischen Prozesse sowie die Wirksamkeit der definierten Maßnahmen unterliegen einer ständigen Überwachung und Weiterentwicklung des Business Continuity Managements. Entsprechende Dokumentationen stehen den Geschäftsbereichen und Mitarbeitern zur Verfügung.

### **Personalrisiken**

Die MLP-Finanzholding-Gruppe legt besonderen Wert auf qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte insbesondere auch in den Backoffice-Bereichen. Die personelle Ausstattung und die ausreichende Qualifikation der Mitarbeiter werden durch die verantwortlichen Fachbereiche sichergestellt. Mit einer umfangreichen Personalplanung und gezielten Personalmarketingmaßnahmen verringern wir das Risiko von personellen Engpässen.

Mitarbeiter, die mit vertraulichen Informationen arbeiten, verpflichten sich, die entsprechenden Vorschriften einzuhalten und mit den Informationen verantwortungsvoll umzugehen. Eine klare Trennung von Management- und Kontrollfunktionen begrenzt das Risiko von Verstößen gegen interne und externe Vorschriften. Definierte Vertretungs- und Nachfolgeregelungen gewährleisten, dass auch bei unvorhergesehenen Ausfällen von Mitarbeitern die Aufrechterhaltung der erforderlichen Arbeitsabläufe sichergestellt werden kann.

### **IT-Risiken**

Um mögliche Risiken aus dem IT-Bereich effektiv zu minimieren, verfolgt die MLP-Finanzholding-Gruppe eine IT-Strategie. Bei der Auswahl unserer IT-Systeme entscheiden wir uns überwiegend für branchenspezifische Standardsoftware namhafter Anbieter. Falls erforderlich, werden geschäftsspezifische Eigenentwicklungen durch qualifizierte interne und externe Spezialisten erstellt. Die vor Inbetriebnahme durchgeführten umfangreichen Systemtests und Abnahmeprozesse sollen die einwandfreie Funktion unserer IT-Systeme sicherstellen. Die Auslagerung unseres Rechenzentrumsbetriebes an führende Dienstleistungsunternehmen mit verschiedenen Standorten, Back-up-Prozesse und eine definierte Notfallplanung sollen unseren Datenbestand vor einem möglichen Datenverlust sichern und die Verfügbarkeit und Konsistenz gewährleisten. Wir schützen unsere IT-Systeme vor einem unberechtigten Zugriff durch unsere Zugangs- und Berechtigungskonzepte, einen umfangreichen Virenschutz sowie weitere umfassende Sicherheitsmaßnahmen.

### **Risiken aus externen Ereignissen**

Aufgrund der Konzentration auf die Geschäftsprozesse des Makler- und Bankgeschäftes, der Kostenoptimierung und der Skalierbarkeit nimmt die MLP-Finanzholding-Gruppe für Standard-Services die Dienstleistungen externer Partner in Anspruch. Wesentliche Outsourcing-Aktivitäten werden dabei in das Risikomanagement verzahnt. Die Outsourcing-Aktivitäten sind somit in die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse eingebunden. Die MLP-Finanzholding-Gruppe hat dabei die Verantwortung für die ausgelagerten Prozesse klar geregelt. Somit können die potenziell aus ausgelagerten Geschäftsaktivitäten erwachsenden organisatorischen, strukturellen und prozessualen Risiken gesteuert werden.

Darüber hinaus wurden zur Minimierung der Risiken aus externen Ereignissen wie Betrug, Einbruch, Diebstahl oder Schäden durch Naturereignisse, sofern sinnvoll, entsprechende Versicherungen abgeschlossen.

Über interne Sicherheitsvorkehrungen werden zudem Betrugsversuche sowie Einbruch und Diebstahl möglichst bereits im Vorfeld vereitelt.

Um die Aufrechterhaltung kritischer Prozesse in jedem Fall zu gewährleisten, wurden die möglichen Folgen externer Ereignisse im Rahmen des Business Continuity Managements (BCM) betrachtet und entsprechende Maßnahmenpläne erstellt. Ausgewählte Szenarien werden mindestens jährlich im Rahmen der Stresstests betrachtet und analysiert.

### **Rechtliche Risiken**

Die Steuerung der Rechtsrisiken wird durch unsere Rechtsabteilung wahrgenommen. Ihre Aufgabe besteht neben der Beratung bei Unternehmensentscheidungen und der Gestaltung von Geschäftsprozessen auch in der Begleitung und Bewertung von laufenden Rechtsstreitigkeiten. Mögliche rechtliche Risiken werden in einem frühen Stadium erkannt und Lösungsmöglichkeiten zu deren Minimierung, Begrenzung oder Vermeidung aufgezeigt. Die Rechtsabteilung koordiniert die Beauftragung und Einbindung von externen Rechtsanwälten. Im Rahmen der Risikomitigation prüft und überwacht die Rechtsabteilung den vorhandenen Versicherungsschutz und veranlasst gegebenenfalls notwendige Anpassungen.

Die derzeit gegen MLP anhängigen oder angedrohten Verfahren stellen nach unserer Prüfung keine Risiken dar, die den Fortbestand von MLP gefährden könnten. Die im Wesentlichen wortgleichen, von einer Anwaltskanzlei ab August 2007 für 32 Mandanten erhobenen Klagen auf Schadensersatz wegen angeblich falscher Kapitalmarktinformationen in den Jahren 2000 – 2002 werden nach Überzeugung des Vorstands der MLP AG keinen Erfolg haben. Zwei dieser Klagen wurden bereits zurückgenommen.

Darüber hinaus hat MLP im Januar 2012 eine negative Feststellungsklage gegen einige Altgesellschafter der Feri AG eingereicht. Ziel der Klage ist eine gerichtliche Feststellung, dass behauptete Ansprüche nicht bestehen. Nach Einschätzung von MLP entbehren die Ansprüche, die im Nachgang der Übernahme der restlichen Anteile an der Feri AG im April 2011 behauptet wurden, jeder rechtlichen Grundlage.

### **Steuerliche Risiken**

Sich abzeichnende Entwicklungen im Steuerrecht werden fortwährend überprüft und hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf die MLP-Finanzholding-Gruppe untersucht. Die steuerlichen Anforderungen an das Unternehmen werden von internen und externen Experten in Übereinstimmung mit den steuerlichen Regelungen und den hierzu von der Finanzverwaltung ergangenen Schreiben geprüft.



## **Allgemeine Geschäftsrisiken**

### **Gesamtwirtschaftliche Risiken**

Veränderungen in den ökonomischen und politischen Faktoren können Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und die Entwicklung der MLP-Finanzholding-Gruppe haben. Wir beobachten daher fortwährend nationale und internationale Entwicklungen im politischen, ökonomischen und regulatorischen Umfeld sowie konjunkturelle Entwicklungen und Anforderungen am Finanzdienstleistungsmarkt. Dabei unterstützt uns insbesondere das in der Feri EuroRating gebündelte Wissen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland – wo die MLP-Finanzholding-Gruppe nahezu 100 % ihrer Erlöse erzielt – verlief zwar weniger dynamisch als erwartet, zeigte sich aber trotz der negativen Einflüsse aus dem Ausland relativ robust. Laut ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2011 wuchs die Wirtschaft in Deutschland um 3 %. Die stabile Konjunkturlage wirkte sich sehr positiv auf die Arbeitslosenquote aus. Die Nettoeinkommen der Haushalte sind im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Doch die weiterhin vorhandene Schuldenkrise in Europa sowie die Probleme der amerikanischen Ökonomie können sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auswirken.

Die MLP-Finanzholding-Gruppe kann aus den konjunkturellen Rahmendaten im nächsten Jahr kaum Rückenwind erwarten. Zwar wird sich die Privatkunden-Zielgruppe der Akademiker weiterhin einer vergleichsweise guten finanziellen Gesamtsituation erfreuen können. Jedoch werden sich auch unsere Kunden bei langfristig angelegten Sparplänen – wie sie für die Altersvorsorge notwendig sind – weiterhin zurückhaltend zeigen. Wir erwarten allerdings eine Fortsetzung der leicht positiven Tendenz aus dem Geschäftsjahr 2011 in diesem Beratungsfeld.

### **Umfeld- und Branchenrisiken**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Wettbewerbssituation für den Vertrieb von Finanzdienstleistungen in Deutschland weiter intensiviert und die Konsolidierung des stark fragmentierten Marktes beschleunigt. Gesellschaftliche Änderungen sowie neue regulatorische Anforderungen und erkennbare Trends im Kundenverhalten stellen erhebliche Einflussfaktoren auf das Geschäft der MLP-Finanzholding-Gruppe dar. Zudem gehen wir weiterhin davon aus, dass sich der Wettbewerb um qualifizierte Finanzberater verstärkt.

Die MLP-Finanzholding-Gruppe ist für die anstehenden Veränderungen gut gerüstet. Die Qualität unserer Beratung, unser Fokus auf ausgewählte Kundengruppen und unsere Unabhängigkeit geben uns eine sehr gute Marktposition.

Die MLP-Finanzholding-Gruppe konzentriert sich im Rahmen ihrer Geschäftsaktivitäten auf die Bereiche Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie Vermögensmanagement. Auch für diese Märkte ist die Wirtschaftskrise zum bestimmenden Faktor für die weitere Entwicklung geworden. Kunden müssen vor allem in den Bereichen Altersvorsorge und Vermögensmanagement langfristige Anlageentscheidungen treffen. Nach wie vor sind insbesondere Privatkunden stark verunsichert und zeigen deshalb eine anhaltende Zurückhaltung bei längerfristigen Investitionsentscheidungen.

### **Unternehmensstrategische Risiken**

Unternehmensstrategische Risiken bestehen im Wesentlichen in der Fehleinschätzung künftiger Marktentwicklungen und daraus abgeleitet in einer Fehlausrichtung der unternehmerischen Aktivitäten. Strategische Risiken resultieren zudem aus unerwarteten Veränderungen der Markt- und Umfeldbedingungen mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage.

Die unternehmensstrategische Steuerung ist originäre Aufgabe des Vorstands. Auf der Basis von intensiven Beobachtungen des Wettbewerbsumfelds werden Veränderungen und Entwicklungen der nationalen und internationalen Märkte und des Geschäftsumfelds analysiert und Maßnahmen zur langfristigen Sicherung und zum nachhaltigen Ausbau des Unternehmenserfolgs abgeleitet.

Dabei werden anhand einer vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren Zielgrößen festgelegt, deren Einhaltung laufend überwacht wird. Die strategische Positionierung wird dabei auf Basis der Soll-Ist-Vergleiche regelmäßig kritisch hinterfragt.

Mit der Konzentration auf die unabhängige, ganzheitliche und lebenslange Beratung für Akademiker und andere anspruchsvolle Kunden sind wir am Markt gut positioniert. Unser Anspruch ist es, die Nummer eins bei unseren Kunden zu sein – also ihr erster Ansprechpartner in sämtlichen Fragen eines ganzheitlichen Finanzmanagements.

Die starke Marktposition im Segment der Studenten und Akademiker gewährleistet einen kontinuierlichen weiteren Aufbau des Kundenstamms durch Gewinnung von Neukunden. Darüber hinaus gewährleisten die langjährigen, engen Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden eine weitere Durchdringung des vorhandenen Kundenbestands.

Um unsere Kunden qualifiziert auf höchster Ebene beraten zu können wird auf die Auswahl und Schulung unserer Berater größter Wert gelegt. Die nachhaltige Bindung einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Berater an das Unternehmen sowie die Sicherstellung einer geringen Beraterfluktuation sind wesentliche Voraussetzungen für das zukünftige Wachstum der MLP-Finanzholding-Gruppe.

Angesichts des nach wie vor herausfordernden Marktumfelds vor allem in der Altersvorsorge und im Vermögensmanagement und vor dem Hintergrund des sich rasant wandelnden regulatorischen Umfelds untermauert die MLP-Finanzholding-Gruppe ihre Strategie des profitablen Wachstums durch ein umfangreiches Effizienzmanagement. Im Berichtsjahr wurden wichtige Schritte hin zu einer weiteren, dauerhaften Fixkostensenkung gegangen.

Alle wesentlichen Werttreiber des MLP-Geschäftsmodells werden durch ein umfassendes zentrales und dezentrales Controlling laufend analysiert und gesteuert. Die durch den Vorstand festgelegte Konzernstrategie und deren Maßnahmen werden im Rahmen von Budget- und Langfristplanungen abgebildet, um deren Auswirkungen auf die Geschäftslage zu analysieren. In laufenden Reportings wird der prognostizierte Verlauf nachgehalten, um bei negativen Abweichungen schnell gegensteuern zu können.

Kernbestandteil der Gesamterträge und des Cashflows in der MLP-Finanzholding-Gruppe sind Provisionen. Über unsere Planungs- und Simulationsinstrumente analysieren wir die Auswirkungen aus potenziellen Veränderungen von Provisionsmodellen sowie mögliche regulatorische Eingriffe in die Kostenberechnung der von der MLP-Finanzholding-Gruppe vermittelten Produkte oder der steuerlichen Behandlung unseres Vertriebskonzepts.

## **Sonstige Risiken**

### **Reputationsrisiken**

Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das aus einem Ansehensverlust der MLP-Finanzholding-Gruppe insgesamt oder einer oder mehrerer operativer Einheiten bei Anspruchsberechtigten, Anteilseignern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der Öffentlichkeit erwächst. Wir sind insbesondere der Gefahr ausgesetzt, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist,

das öffentliche Vertrauen in unsere Gruppe negativ beeinflusst wird. Wir minimieren potenzielle Beratungsrisiken durch die Sicherstellung einer fortlaufend hohen Beratungsqualität, die wir unter anderem durch IT-gestützte Beratungstools sicherstellen. Auch die Beratungsgespräche mit unseren Kunden und die daraus resultierenden Ergebnisse werden umfassend dokumentiert.

Darüber hinaus sind keine weiteren sonstigen Risiken bekannt, die einen wesentlichen Einfluss auf den Fortbestand der MLP AG haben könnten.

## **Zusammenfassung**

Im Wesentlichen wird die Geschäftsentwicklung der MLP-Finanzholding-Gruppe durch finanzwirtschaftliche, operationelle und allgemeine Geschäftschancen und -risiken beeinflusst. Durch unser Risikomanagementsystem stellen wir die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation unserer wesentlichen Risiken in der laufenden und zukünftigen Entwicklung sicher. Die gelieferten Informationen haben ausnahmslos die zeitnahe Einleitung und Priorisierung von Risikomanagementmaßnahmen gewährleistet.

Die MLP-Finanzholding-Gruppe hat sich im Jahr 2011 stets im Rahmen ihrer ökonomischen Risikotragfähigkeit bewegt. Darüber hinaus wurden die gesetzlichen und bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen zu jedem Zeitpunkt vollumfänglich erfüllt. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

Unser Business Continuity Management sichert auch bei möglichen Störungen einen geregelten Geschäftsbetrieb. Über unsere Risikoüberwachungs- und -steuerungssysteme und die konsequente Ausrichtung unseres Geschäftsmodells an der Risikotragfähigkeit können wir gewährleisten, dass die im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit eingegangenen Risiken mit entsprechenden Risikokapitalien unterlegt sind.

Das Risikomanagementsystem wird insbesondere hinsichtlich der Entwicklung des Volumens und der Komplexität unseres Geschäftes ständig weiterentwickelt. Die Wirksamkeit unseres Risikomanagements und dessen aufsichtsrechtliche Umsetzung werden auch durch externe Prüfer und durch die Interne Revision turnusmäßig überprüft.

Die dargestellten Risiken und solche, die uns noch nicht bekannt sind oder bis zum jetzigen Zeitpunkt als unwesentlich eingeschätzt wurden, könnten einen negativen Einfluss auf unsere im Ausblick abgegebenen Prognosen haben.

Es sind keine Risiken bekannt, die einen wesentlichen Einfluss auf den Fortbestand der MLP AG haben könnten.

## **Prognosebericht**

### **Künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung**

Der MLP-Konzern konzentriert sich auf die Finanz- und Vermögensberatung in Deutschland. Er erzielt dort nahezu 100 % seiner Erlöse. Daher setzen die deutschen Konjunkturdaten den Rahmen für die Geschäftsperspektiven des Konzerns.

Nach unserer Einschätzung erhalten die Unternehmen in Deutschland im Jahr 2012 nur wenige positive Impulse von außen. Es ist zu erwarten, dass die Schuldenkrise in Europa und die Probleme der amerikanischen Ökonomie negativ auf das Wirtschaftsgeschehen wirken.

Während die Konjunkturoxperten des Internationalen Währungsfonds (IWF) für das Weltwirtschaftswachstum von 4,0 % ausgehen (2011: 4,0 %), könnte Europa 2012 auf ein Wachstum von nur 1,4 % zurückfallen (2011: 1,7 %). Für Deutschland erwartet die Bundesregierung für 2012 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von nur noch 0,7 % nach 3,0 % im Vorjahr – Wirtschaftsforschungsinstitute sind teilweise noch pessimistischer. Deutschland muss sich also auf eine deutliche Konjunkturreintrübung einstellen.

Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird die Beschäftigungssituation noch vergleichsweise stabil bleiben. Sie erwartet 35.000 weniger Arbeitslose in 2012 verglichen mit 2011. Auch die verfügbaren Einkommen sollen weiter steigen, Schätzungen zufolge um 2,9 % (2011: 3,2 %). Für Akademiker, die meist höhere Gehälter beziehen, rechnen wir daher mit einer weiteren Status-quo-Verbesserung. Sie sollten von der beständigen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitnehmern und steigenden Gehältern deutlicher als andere Berufsgruppen profitieren.

Die Experten der Gesellschaft für Konsumforschung gehen angesichts dieses Szenarios von einem weiterhin starken Konsum der Bevölkerung aus. Sie erwarten, dass die Verbraucher ihr Geld lieber in langlebige Wirtschaftsgüter und Immobilienwerte investieren werden, als es am Finanzmarkt anzulegen.

Der MLP-Konzern kann somit aus den konjunkturellen Rahmendaten im nächsten Jahr kaum Rückenwind erwarten. Zwar wird sich die Privatkunden-Zielgruppe der Akademiker weiterhin einer vergleichsweise guten finanziellen Gesamtsituation erfreuen können. Jedoch werden sich Kunden bei langfristig angelegten Sparplänen – wie sie für die Altersvorsorge notwendig sind – auch weiterhin zurückhaltend zeigen. Der MLP-Konzern erwartet allerdings ein leichtes Wachstum im Beratungsfeld Altersvorsorge gegenüber dem Geschäftsjahr 2011. Generell gehen wir davon aus, dass viele Bürger in Deutschland bei Finanzentscheidungen weiter kurzfristig disponieren und auf längere Sicht im Rahmen der Vermögensanlage tendenziell reale Werte wie Immobilien bevorzugen werden.

Mittelfristig geht der Vorstand auch in der Altersvorsorge wieder von einem klaren Wachstumspfad aus. Gerade die gut verdienende Zielkundengruppe ist ohne private und betriebliche Vorsorge im Alter mit einer besonders großen Lücke zwischen Arbeitsgehalt und der zu erwartenden staatlichen Rente konfrontiert. Denn Menschen, die während ihres Berufslebens ein hohes Einkommen bezogen und einen bestimmten Lebensstandard genossen haben, beanspruchen dies auch im Alter.

Voraussetzung dafür ist aber, dass der Einzelne rechtzeitig eigenverantwortlich vorsorgt. Da gerade gut ausgebildete Arbeitnehmer vom erwarteten Fachkräftemangel besonders profitieren werden, etwa durch eine hohe Arbeitsplatzsicherheit und über Gehaltssteigerungen, sind die Chancen hoch, dass sie auch vermehrt in maßgeschneiderte Altersvorsorgekonzepte investieren werden.

## **Zukünftige Branchensituation**

### **Altersvorsorge**

Private Altersvorsorge ist ein wichtiges Gesellschaftsthema. Zunehmend mehr Menschen in Deutschland denken über ihre finanzielle Situation im Alter nach und machen sich Sorgen, wie sie im Alter auskömmlich leben können. Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums aus dem Jahr 2011 wird die gesetzliche Rente bis zum Jahr 2025 um etwa 10 % sinken – dabei hat das Bundesarbeitsministerium die Kaufkraftverluste bis zum Auszahlungsdatum nicht einbezogen. Auf diese Lücke werden die Bürger regelmäßig und eindringlich sowohl von staatlicher Stelle als

auch von Medien hingewiesen. Die private und betriebliche Vorsorge wird immer notwendiger, daran besteht kein Zweifel.

Den Bürgern ist diese Tatsache zwar bewusst, eigenverantwortliche Altersvorsorge ist allerdings ein sehr komplexes Thema: Basis-Rente, Riester-Rente, betriebliche Altersversorgung und private Rentenversicherung – für den Laien ist das Angebot kaum zu überschauen.

Qualifizierte Altersvorsorgeberatung ist jedoch in Deutschland Mangelware. Denn viele Finanzdienstleister sind anders als der MLP-Konzern noch immer auf den reinen Verkauf von Einzelprodukten ausgerichtet. Der MLP-Konzern hingegen differenziert sich vom Wettbewerb durch eine andere Philosophie: Er erarbeitet für Kunden ganzheitlich angelegte Vorsorgekonzepte und berücksichtigt dabei die persönlichen Ziele und die individuelle Risikoneigung des Kunden. Das Produkt kommt erst an zweiter Stelle. Welches geeignet ist, wird auf Basis des systematischen Produkt- und Partnerauswahlprozesses entschieden. Da wir von Produktpartnern unabhängig sind, können wir für jeden Bedarf die passenden Lösungen auswählen.

Ausgehend von diesem Konzept dürfte der MLP-Konzern von einer anziehenden Nachfrage nach privater Altersvorsorge in den kommenden Jahren überdurchschnittlich profitieren. So rechnet beispielsweise die Allianz in einer Studie damit, dass das in Vorsorgeprodukte in Deutschland investierte Kapital bis zum Jahr 2020 um jährlich 3,8 % steigt. Diese Umfragewerte werden von weiteren Studien untermauert. Das Ergebnis sei vorweggenommen: Der Vorsorgemarkt bietet noch enormes Potenzial.

So ist die in Deutschland relativ bekannte Riester-Rente von den Bürgern bislang nur zu einem Bruchteil angenommen worden, der Markt ist alles andere als gesättigt. Bisher haben erst rund 15 Mio. Bürger einen Riester-Vertrag. Profitieren könnten jedoch 36 Mio. Menschen.

Bei der Basis-Rente ist die Diskrepanz zwischen realisierten Abschlüssen und Marktpotenzial sogar noch größer. Trotz der steuerlichen Förderung haben nach den Zahlen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) bis zum Jahresende 2011 erst rund 1,5 Mio. Menschen von den mehr als 40 Mio. Selbstständigen und Arbeitnehmern die Basis-Rente für sich entdeckt (2010: 1,3 Mio.). Der Markt ist also erst zu rund 2 % ausgeschöpft. Die in eine Basis-Rente eingezahlten Beträge lassen sich bis zu einer Höhe von 20.000 € (Single) bzw. 40.000 € (Ehepaar) als Sonderausgabe von der Einkommensteuer absetzen.

Immerhin gewinnt der Absatz betrieblicher Altersvorsorgeprodukte entsprechend unserer Prognosen der Vorjahre weiter an Dynamik. Die Unternehmen realisieren zunehmend, dass sie ihre Attraktivität als Arbeitgeber durch das Angebot einer betrieblichen Altersversorgung erhöhen können. Gleichzeitig erkennen immer mehr Arbeitnehmer, dass sie mit der betrieblichen Altersversorgung heute Steuern sowie Sozialabgaben sparen und gleichzeitig ihr Altersbudget aufbessern. Trotzdem haben von den rund 41 Mio. Erwerbstätigen in Deutschland erst etwa 13 Mio. diesen interessanten Altersvorsorgeweg gewählt. Das Absatzpotenzial ist also auch hier groß.

Der MLP-Konzern besitzt beste Voraussetzungen, um mit dem Marktvolumen der betrieblichen Altersvorsorge in den nächsten Jahren zu wachsen. Der MLP-Konzern hat mit Tochtergesellschaften wie der TPC GmbH, Hamburg, und den speziell auf Fragen der betrieblichen Altersvorsorge geschulten Beratern hervorragende Argumente für die Ansprache von Unternehmen. Gespräche mit Unternehmern und Branchenvertretern in Deutschland stimmen zuversichtlich, dass in absehbarer Zeit auch im Mittelstand verstärkt Branchenlösungen fixiert werden.

Auch im Jahr 2012 wird sich der Vorsorgemarkt in Bezug auf Transparenz, Service und Produkte weiterentwickeln. Nach der Senkung des Garantiezinses werden viele Versicherer im Rahmen der notwendigen Neukalkulation ihre Produkte überarbeiten. Allerdings wird aus heutiger Sicht

nicht erwartet, dass es in diesem Bereich im kommenden Geschäftsjahr zu nennenswerten Produktinnovationen kommt.

## **Gesundheitsvorsorge**

Auf dem Gesundheitsvorsorgemarkt ist der Trend zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung ungebrochen. Die steigenden Kosten im Gesundheitswesen machen weitere Reformen mittel- und langfristig unumgänglich. Während seitens des Gesetzgebers lediglich die tradierten Strukturen nachgebessert werden, haben viele Bürger längst erkannt, dass die gesetzlich garantierten Gesundheitsleistungen in Zukunft weiter sinken und die Kosten zusätzlich steigen werden.

Wir gehen deshalb davon aus, dass immer mehr Menschen den Wunsch realisieren möchten, von der gesetzlichen Krankenkasse in die private Krankenversicherungswelt zu wechseln – zumindest mithilfe privater Zusatzversicherungen, beispielsweise für den Krankenhausaufenthalt oder Zahnbehandlungen. Entsprechend erwarten wir für 2012 wieder eine große Zahl an Kunden, die mithilfe der Berater des MLP-Konzerns die passende Kranken- oder Zusatzversicherung finden.

Ebenfalls Einfluss auf das Beratungsfeld Gesundheitsvorsorge hat eine Entscheidung, die der Bundestag im Oktober im Rahmen des Gesetzes zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagerechts getroffen hat: die Deckelung der Abschlussprovisionen und eine Verlängerung der Stornohaftungszeiten in der privaten Krankenversicherung. Die Neuregelung tritt zum 1. April 2012 in Kraft. Im Detail sieht sie vor, dass die Vermittlung einer privaten Krankenversicherung mit maximal neun Monatsbeiträgen Abschlussprovision vergütet werden darf. Zudem beträgt die Haftungszeit des Vermittlers für den Fall einer Kündigung des Versicherungsvertrages durch den Kunden künftig fünf Jahre. Diese Maßnahmen werden den Markt weiter verändern und das Geschäft für Teile der Branche deutlich erschweren. Für den MLP-Konzern als kundenorientierten Berater mit sehr geringen Stornoquoten und einer umfangreichen Bestandspflege sind die Auswirkungen dagegen aus heutiger Sicht überschaubar. Wir erwarten, dass im Vergleich zur heutigen Situation Bestandsvergütungen an Bedeutung gewinnen.

Anziehen wird nach unserer Ansicht auch das Interesse an privater Pflegevorsorge. Wir sind sicher, dass auch die Pflegezusatzversicherung wachsende Aufmerksamkeit in der gesellschaftlichen Diskussion der nächsten Jahre erfahren wird. In Deutschland müssen schon heute immer mehr Menschen ihre Angehörigen pflegen. Angesichts von Kosten in Höhe von rund 3.000 € pro Monat für die Unterbringung von Angehörigen in einem Pflegeheim bei Pflegestufe III – wovon die gesetzliche Pflegepflichtversicherung bestenfalls 1.510 € monatlich ersetzt – werden private Pflegezusatzversicherungen immer wichtiger.

Insgesamt sind die Absatzchancen im Markt der Gesundheitsvorsorge mittel- und langfristig positiv. Die Geschäftserwartung entspricht auch dem Ergebnis des Vertriebswege-Surveys der Unternehmensberatung Towers Watson vom November 2011. Demnach sind die unabhängigen Berater mit einem Marktanteil von 40,4 % bereits der zweitwichtigste Vermittler für private Krankenversicherungen in Deutschland. Lediglich Ausschließlichkeitsvertreter, also Vertreter, die nur eine einzige Versicherung vertreten, haben bislang mit 48,9 % einen höheren Marktanteil.

Wesentliche Innovationen im Markt der Gesundheitsvorsorge erwarten wir im anstehenden Geschäftsjahr nicht.

## **Vermögensmanagement**

Der Bedarf an hochwertigen Vermögensmanagementleistungen steigt weltweit. Mit Blick auf seinen Heimatmarkt sieht der MLP-Konzern für seine Privatkundenberatung und seine Tochtergesellschaft Feri im nächsten Jahr deshalb großes Wachstumspotenzial.

Laut dem World Wealth Report von Merrill Lynch Global Wealth Management und Capgemini vom Oktober 2011 beheimatet allein unser Land 924.000 Millionäre, 7,2 % mehr als im Vorjahr (862.000).

Zudem erwartet die Finanzbranche in den kommenden Jahren große Konten- und Depotumschichtungen. Zum einen im Rahmen des Generationenwechsels, zum anderen weil Schweizer Banken einen Teil ihrer Attraktivität für deutsche Großanleger durch das Steuerabkommen mit Deutschland verloren haben.

Wie der BBE-Branchenreport vom November 2011 zeigt, erwartet die Finanzbranche bis zum Jahr 2025 Vermögensumschichtungen im Rahmen von Erbschaften in Höhe von rund 2,1 Billionen € (Geld-, Immobilien und Gebrauchsvermögen). Dabei ist jeder Vermögenstransfer auch mit der Chance für Vermögensmanager verbunden, neue Mandate zu gewinnen. Zudem gehen Branchenexperten davon aus, dass deutsche Investoren künftig vermehrt Geld von Schweizer Bankkonten und Bankdepots abziehen.

Der Wettbewerb in der deutschen Finanzdienstleistungsbranche bleibt also auch künftig dynamisch. Wer erfolgreich sein will, muss gute Argumente haben, um Bestandskunden zu halten und neue Kunden zu gewinnen.

Dabei hat der MLP-Konzern vielen Wettbewerbern einiges voraus: Er liegt mit seiner ganzheitlichen Beratungsphilosophie im Trend des modernen Vermögensmanagements und bietet gruppenweit eine unabhängige Beratung. Zudem überzeugt die Expertise seiner Tochtergesellschaft Feri AG im Vermögensmanagement seit Jahren Fachwelt und Kunden. Der MLP-Konzern geht folglich davon aus, in den nächsten beiden Jahren vom Wachstumsmarkt Vermögensmanagement in Deutschland überproportional profitieren zu können.

Risiken könnten sich aus der Eskalation der europäischen Schuldenkrise ergeben. Wenn diese zu Kapitalmarkturbulenzen führt, die an die Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Jahr 2008 begann, heranreichen, könnte dies auch das Wachstum in diesem Beratungsfeld temporär begrenzen.

Wir gehen davon aus, dass sich im Vermögensmanagement im nächsten Jahr keine wesentlichen Innovationen im Markt ergeben.

## **Wettbewerb**

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Jahr 2008 begann, reguliert der Gesetzgeber die Finanzbranche deutlich stärker als früher – was der MLP-Konzern explizit unterstützt. Er will mit neuen Gesetzen verhindern, dass Bürger Vermögensverluste erleiden, weil sie Falschberatung Glauben schenken. Daher müssen schon heute Finanzdienstleister einem umfangreichen Regelwerk in der Kundenberatung folgen. Die Liste der Vorgaben reicht vom Sachkundenachweis für Anlageberater bis hin zur Begrenzung der Provisionshöhe für Vermittler von Krankenversicherungen.

Dieser Trend setzt sich in den kommenden Jahren durch neue Richtlinien der Europäischen Kommission fort – vor allem durch die sogenannte „MiFID II“. Ein Ziel der Richtlinie ist es, in der Geldanlageberatung die provisionsunabhängige Vergütung zu stärken. Der Entwurf der Richtlinie muss allerdings zunächst in den europäischen Gremien diskutiert und anschließend in nationales Recht überführt werden.

Der MLP-Konzern steht der Honorarberatung grundsätzlich positiv gegenüber und bietet sie schon heute in den Teilbereichen an, in denen Kunden zur Zahlung eines Honorars bereit sind. In der Breite wird die Honorarberatung jedoch noch immer von der Mehrzahl der Bürger in Deutschland abgelehnt. So sprachen sich im Vermögensbarometer 2011 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands 82 % der Befragten gegen die Honorarberatung aus. Viele äußern zudem die Sorge, dass sich ärmere Bevölkerungsschichten keine Finanzberatung mehr leisten können.

Als Beratungshaus mit dem Geschäftsmodell der ganzheitlichen, unabhängigen Kundenberatung unterstützt der MLP-Konzern generell jeden Schritt hin zu mehr Transparenz und Anlegerschutz. Allerdings ist es wichtig, darauf zu achten, dass weitere Maßnahmen im richtigen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen und nicht zu einer unnötigen Zunahme von Bürokratie führen.

Der MLP-Konzern plädiert generell für ein einheitliches Beratungsrecht für alle Beratergruppen und die Einführung gesetzlich geschützter Berufsbilder. Denn nur unter diesen Voraussetzungen kann der Kunde auf einen Blick erkennen, wer ihn berät – beispielsweise ein Vermittler, der sich auf ein einzelnes Beratungsfeld konzentriert und ausschließlich an einen Produktanbieter gebunden ist, oder ein Berater wie MLP, der aus dem breiten Marktangebot die jeweils für den Kunden passenden Produkte auswählt.

Der MLP-Konzern hat vieles, was der Gesetzgeber nun mit Regelwerken vorgibt, bereits seit Jahren fest im Vertrieb verankert. Dennoch entstehen durch neue Gesetzesvorgaben auch zusätzliche Kosten. Nicht zuletzt deshalb ist das fortlaufende Effizienzmanagement sehr wichtig.

Zusammengefasst werten wir die Voraussetzungen für unser künftiges Wachstum als gut. Eine qualitativ hochwertige Beratung in Finanz- und Vermögensfragen wird angesichts einer immer komplexer werdenden Produktwelt immer bedeutender. Als unabhängiger Finanz- und Vermögensberater betreibt der MLP-Konzern darüber hinaus ein wenig kapitalintensives Geschäftsmodell und ist gleichzeitig strikt auf die Wachstumsfelder des Marktes ausgerichtet: die Altersvorsorge, das Vermögensmanagement und die Gesundheitsvorsorge. Dies wird dem Konzern auch in künftigen Jahren profitables Wachstum ermöglichen. Eine Studie der Unternehmensberatung Towers Watson bestätigt diese Einschätzung: Die Branchenexperten gehen davon aus, dass der Marktanteil der unabhängigen Vermittler bis 2017 auf 30 % steigen wird (zum Vergleich: 2010: 25,8 %).

## **Voraussichtliche Geschäftsentwicklung**

Für das Geschäftsjahr 2012 steht eine deutliche Abkühlung der Konjunktur bevor. Deutsche Forschungsinstitute und Experten rechnen zwar nicht mit einer Rezession für Deutschland, prognostizieren aber ein im Vergleich zum Berichtsjahr deutlich geringeres Wirtschaftswachstum zwischen 0,3 % und 0,7 %. Trotzdem rechnet die Bundesregierung mit einer vergleichsweise stabilen Beschäftigungssituation und auch die verfügbaren Einkommen der Haushalte in der Bundesrepublik sollten weiter steigen. Risiken für die Konjunktur können sich vor allem aus dem weiteren Verlauf der Schuldenkrise einiger Staaten in der Euro-Zone ergeben.

In unseren Kernmärkten Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie Vermögensmanagement bestehen neben der schwächeren konjunkturellen Entwicklung weitere Herausforderungen, denn für Verbraucher setzt eine Investitionsentscheidung – gerade bei langfristigen Sparprozessen – ein solides Zukunftsvertrauen voraus. Dieses Vertrauen ist allerdings sowohl durch die Finanzkrise, die im Jahr 2008 begann, als auch durch die aktuellen Diskussionen rund



um Staatsverschuldung und Inflation negativ beeinträchtigt worden. Hinzu kommt eine zunehmende Volatilität an den Kapitalmärkten, die ebenfalls zu einer Verunsicherung der Anleger beiträgt. Insofern bleiben insbesondere in der Altersvorsorge als auch im Vermögensmanagement die Marktbedingungen kurzfristig herausfordernd.

Von dieser Entwicklung wird sich auch der MLP-Konzern nicht vollständig abkoppeln können. Wir erwarten allerdings für die Altersvorsorge einen moderaten Anstieg der Umsätze im Jahr 2012. Auch in der Krankenversicherung rechnen wir mit einem Umsatzplus; nach dem starken Wachstum 2011 gehen wir für 2012 nur von einer leichten Steigerung aus. Im Vermögensmanagement erwarten wir – nicht zuletzt aufgrund hervorragender Potenziale bei unserem Tochterunternehmen Feri – ein stärkeres Wachstum. Allerdings bestehen aufgrund des herausfordernden Marktumfelds Unsicherheiten für die weitere Entwicklung.

Auch im kommenden Geschäftsjahr wird der MLP-Konzern das erfolgreiche Effizienzmanagement der vergangenen Jahre weiter fortsetzen. Ziel ist es, die Fixkosten bis Ende 2012 weiter zu reduzieren.

Dadurch sollte sich auch die Ergebnissituation des Konzerns weiter verbessern. Auf Ebene des Einzelabschlusses sind weder bei der Feri AG noch bei der MLP Finanzdienstleistungen AG weitere Sondereffekte zu erwarten.

Die im Risikobericht dargestellten Risiken und solche, die uns noch nicht bekannt sind oder bis zum jetzigen Zeitpunkt als unwesentlich eingeschätzt wurden, könnten einen negativen Einfluss auf unsere im Ausblick abgegebenen Prognosen haben.

## **Nachtragsbericht**

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine nennenswerten Ereignisse mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ergeben.

Wiesloch, 13. März 2012

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Reinhard Loose

Manfred Bauer

Muhyddin Suleiman

# Corporate Governance-Bericht – Erklärung zur Unternehmensführung

Vorstand und Aufsichtsrat berichten jährlich im Geschäftsbericht gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex über die Corporate Governance des Unternehmens. Die nachfolgenden Ausführungen sind zugleich als Erklärung zur Unternehmensführung im Sinne des § 289a des Handelsgesetzbuches (HGB) zu verstehen.

## Einhaltung Corporate Governance Kodex

### Entsprechenserklärung im Wortlaut

„Vorstand und Aufsichtsrat der MLP AG erklären hiermit gemäß § 161 AktG, dass den Empfehlungen der Regierungskommission „Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 seit der letzten Entsprechenserklärung grundsätzlich entsprochen wurde. Nicht angewandt wurden lediglich die Empfehlungen aus den Ziffern 4.1.5, 4.2.3 Abs. 4 und Abs. 5, 5.1.2 Satz 2, 5.1.2 Satz 7, 5.4.1 Satz 2, 5.4.1 Abs. 2 und 3 und 5.4.6 Satz 4.

Die genannten Abweichungen beruhen auf folgenden Gründen:

#### Ziff. 4.1.5 (Beachtung von Vielfalt bei Führungskräften)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll der Vorstand bei der Besetzung von Führungspositionen auf Diversity achten und dabei eine angemessene Berücksichtigung von Frauen anstreben.

Der Vorstand wird seine Bemühungen um Vielfalt bei der Besetzung von Führungspositionen weiter verstärken und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen in den Führungsebenen im Unternehmen anstreben. Der Vorstand der MLP AG hat bereits in der Vergangenheit Maßnahmen mit der Zielsetzung einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie getroffen. Er wird diese Maßnahmen auch im Geschäftsjahr 2012 weiter auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und ggf. notwendige Veränderungen vornehmen bzw. weitere Maßnahmen treffen, um unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation der Gesellschaft eine angemessene Berücksichtigung von Frauen in den Führungsebenen des Unternehmens zu erreichen.

Noch immer ist in der Corporate Governance-Praxis nicht hinreichend geklärt, wie konkret und umfassend beschrieben ein Gesamtkonzept beschaffen sein muss, um den Anforderungen der Ziffer 4.1.5 des Kodex voll zu entsprechen. Aus diesem Grunde erklärt MLP vorsichtshalber, von dieser Empfehlung auch im Geschäftsjahr 2012 – wie schon im Geschäftsjahr 2011 – noch abzuweichen.

#### Ziff. 4.2.3 Abs. 4 und Abs. 5 (Abfindungs-Cap)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll bei Abschluss von Vorstandsverträgen darauf geachtet werden, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap). Für die Berechnung des Abfindungs-Caps soll auf die Gesamtvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und gegebenenfalls auch auf die voraussichtliche Gesamtvergütung für das laufende Geschäftsjahr abgestellt werden. Eine Zusage für Leistungen aus Anlass der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit infolge eines Kontrollwechsels (Change of Control) soll 150 % des Abfindungs-Caps nicht übersteigen.

MLP hat im Laufe des Geschäftsjahres 2011 die Anstellungsverträge mit den Mitgliedern des Vorstands vollständig auf ein neues Vergütungssystem umgestellt. Mit dieser Umstellung wird den vorgenannten Empfehlungen nun seitens MLP entsprochen. Allerdings ist MLP vor dieser Vertragsumstellung, also noch im Geschäftsjahr 2011 teilweise noch von diesen Empfehlungen abgewichen. Die Anstellungsverträge mit den Vorstandsmitgliedern, die vor dem 31. Juli 2009 abgeschlossen worden waren, sahen bei vorzeitiger Beendigung infolge der Abberufung bzw. Kündigung eines Vorstandsmitglieds ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes noch vor, eine Abfindung zu bezahlen, die maximal dem Vierfachen eines Jahresfestgehalts des betreffenden Vorstandsmitglieds entsprach, wobei im Falle einer Beendigung des Vertrages während der letzten beiden Jahre vor dem Ablauf des betreffenden Vorstandsanstellungsvertrages eine entsprechend reduzierte Abfindung pro rata temporis vorgesehen war. Im Geschäftsjahr 2011 wurden dann auch noch die letzten Anstellungsverträge mit den Mitgliedern des Vorstands angepasst, sodass MLP nunmehr dieser Empfehlung Folge leistet.

Eine Abfindungsregelung bei einvernehmlicher Vertragsaufhebung ist hingegen nicht vorgesehen. Abfindungsregelungen bei einvernehmlicher Vertragsaufhebung können vertragsrechtlich ohnehin nur eine Richtschnur geben, von der die Parteien jedoch jederzeit einvernehmlich abweichen könnten. Eine solche Regelung wäre aus diesem Grunde nicht mehr als ein Formalakt.

Daher wird MLP dieser Empfehlung im Jahr 2012 – wie schon im Jahr 2011 – nicht entsprechen.

Ziff. 5.1.2 Satz 2 (Vielfalt bei Zusammensetzung des Vorstands)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll der Aufsichtsrat bei der Zusammensetzung des Vorstands auch auf Vielfalt (Diversity) achten und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen anstreben.

Der Aufsichtsrat der MLP AG strebt für die Zukunft eine noch intensivere Beachtung von Vielfalt und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen bei der Besetzung von Vorstandspositionen an. Der Aufsichtsrat berücksichtigt in seinen Auswahlverfahren gezielt auch die Bewerbungen geeigneter Frauen. Er hat sich ferner in einer seiner Sitzungen im Geschäftsjahr 2010 mit der Berücksichtigung von Vielfalt im Vorstand befasst. Er wird sich im Geschäftsjahr 2012 weiter mit dieser Thematik befassen und ggf. notwendige Veränderungen an den bestehenden Auswahlprozessen vornehmen bzw. weitere Maßnahmen treffen, um unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation der Gesellschaft eine angemessene Berücksichtigung von Frauen auch im Vorstand des Unternehmens zu erreichen. Dessen ungeachtet beabsichtigt der Aufsichtsrat der MLP AG, seine Auswahlentscheidung auch in Zukunft ausschließlich am Maßstab der persönlichen und fachlichen Qualifikation auszurichten.

Es ist in der Corporate Governance-Praxis noch immer nicht hinreichend geklärt, wie konkret und umfassend beschrieben ein Gesamtkonzept beschaffen sein muss, um den Anforderungen der Ziffer 5.1.2 Satz 2 des Kodex voll und ganz zu entsprechen. Aus diesem Grunde erklärt MLP vorsichtshalber, von dieser Empfehlung auch im Geschäftsjahr 2012 – wie schon im Geschäftsjahr 2011 – noch abzuweichen.

Ziff. 5.1.2 Satz 7 (Altersgrenze für den Vorstand)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll für die Vorstandsmitglieder eine Altersgrenze festgelegt werden.

MLP ist hiervon im Jahr 2011 abgewichen. Eine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder ist nicht festgelegt. Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sollte sich ausschließlich an Kenntnissen, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen orientieren. MLP wird dieser Empfehlung daher im Jahr 2012 – wie im Jahr 2011 – nicht entsprechen.

Ziff. 5.4.1 Satz 2 (Altersgrenze für den Aufsichtsrat)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll bei Vorschlägen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt werden.

MLP ist hiervon im Jahr 2011 abgewichen. Eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder ist nicht festgelegt. Angesichts der in Ziffer 5.4.1 Satz 1 des Kodex geforderten Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen erscheint die Festlegung einer Altersgrenze nicht als sinnvoll. MLP wird dieser Empfehlung daher im Jahr 2012 – wie im Jahr 2011 – nicht entsprechen.

Ziff. 5.4.1 Absatz 2 und 3 (Benennung von konkreten Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll der Aufsichtsrat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele benennen, die unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation die internationale Tätigkeit des Unternehmens, potenzielle Interessenkonflikte, eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder und Vielfalt (Diversity) berücksichtigen. Diese konkreten Ziele sollen insbesondere eine angemessene Beteiligung von Frauen vorsehen. Vorschläge des Aufsichtsrats an die zuständigen Wahlgremien sollen diese Ziele berücksichtigen. Die Zielsetzung und der Stand der Umsetzung sollen im Corporate Governance-Bericht veröffentlicht werden.

MLP ist von dieser Empfehlung im Geschäftsjahr 2011 abgewichen. Der Aufsichtsrat der MLP AG hat sich in einer seiner Sitzungen im Geschäftsjahr 2010 mit dem Thema einer konkreten Zielsetzung für die Besetzung des Aufsichtsrats unter besonderer Berücksichtigung von Vielfalt befasst. Hinsichtlich der in Ziffer 5.4.1 Satz 1 des Kodex geforderten Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen der Mitglieder des Aufsichtsrats erscheint die Festlegung von konkreten Zielen im Sinne einer Frauenquote für den Aufsichtsrat mit Blick vornehmlich auf die satzungsgemäß geringe Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats derzeit nicht als sinnvoll. Eine Berichterstattung über etwaige konkrete Zielsetzungen kann somit derzeit auch im Corporate Governance-Bericht noch nicht erfolgen.

Aus diesem Grunde erklärt MLP, von dieser Empfehlung im Geschäftsjahr 2012 – wie auch bereits im Geschäftsjahr 2011 – abzuweichen.

Ziff. 5.4.6 Satz 4 (Erfolgsorientierte Vergütung des Aufsichtsrats)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sollen die Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten.

MLP ist hiervon im Jahr 2011 abgewichen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der MLP AG erhalten keine erfolgsorientierte Vergütung. Für eine erfolgsorientierte Aufsichtsratsvergütung fehlen bislang überzeugende Konzepte. MLP wird dieser Empfehlung daher im Jahr 2012 – wie auch schon im Jahr 2011 – nicht folgen.“

Im Dezember 2011 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz abgegeben und den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung vom 13. Dezember 2011 können Sie im Wortlaut auch unter [www.mlp-ag.de](http://www.mlp-ag.de) einsehen.

Mehr Informationen zum Thema Corporate Governance bei MLP finden Sie auch auf der vorgenannten Homepage.

## **Corporate Governance**

### ***Verantwortungsbewusstes und wertschöpfendes Management***

Durch die überwiegende Beachtung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 stärkt MLP fortlaufend das Vertrauen der Aktionäre, Kunden und Arbeitnehmer sowie der übrigen Interessengruppen in die Unternehmensführung. Verantwortungsbewusstes, auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtetes Management hat für uns einen hohen Stellenwert. Vorstand und Aufsichtsrat stehen dafür ein, dass MLP seine Corporate Governance konzernweit fortlaufend überprüft und weiterentwickelt.

## **Führungs- und Kontrollstruktur**

### ***Vorstand***

Als Leitungsorgan einer Aktiengesellschaft führt der Vorstand die Geschäfte und ist im Rahmen der aktienrechtlichen Vorschriften an das Interesse und die geschäftspolitischen Grundsätze des Unternehmens gebunden. Die Kompetenzen und Pflichten des Vorstands sind im Aktiengesetz, in der Satzung der MLP AG sowie in einer Geschäftsordnung und im Geschäftsverteilungsplan des Vorstands geregelt.

Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Entscheidungen des Vorstands werden grundsätzlich in regelmäßig stattfindenden Vorstandssitzungen getroffen. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst und entsprechend protokolliert.

Mitglieder des Vorstands sind die Herren Dr. Uwe Schroeder-Wildberg (Vorstandsvorsitzender), Manfred Bauer, Muhyddin Suleiman und seit dem 1. Februar 2011 Herr Reinhard Loose.

### ***Aufsichtsrat***

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand. Die Kompetenzen und Pflichten des Aufsichtsrats ergeben sich aus dem Aktiengesetz, der Satzung der MLP AG und einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat.

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in Sitzungen mit den notwendigen Mehrheiten gefasst, welche durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wird der Aufsichtsrat zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert. Soweit erforderlich, erfolgt die Beschlussfassung auch im Wege von Umlaufbeschlüssen oder fernmündlich. Über die Sitzungen wird jeweils eine Niederschrift gefertigt.

### ***Mitglieder des Aufsichtsrats***

Der Aufsichtsrat besteht derzeit aus sechs Mitgliedern, nämlich vier von der Hauptversammlung gewählten Vertretern der Anteilseigner sowie zwei von den Arbeitnehmern gewählten Arbeitnehmervertretern. Dem Aufsichtsrat gehören derzeit die Herren Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Dr. Claus-Michael Dill, Hans Maret und Norbert Kohler sowie Frau Maria Bähr an.

### ***Effizienz des Aufsichtsrats***

In Abwesenheit des Vorstands überprüfte der Aufsichtsrat im Jahr 2011 auch die Effizienz seiner eigenen Tätigkeit. Gegenstand der Effizienzprüfung waren insbesondere die Verfahrensabläufe im Aufsichtsrat, der Informationsfluss zwischen den Ausschüssen und dem Aufsichtsratsplenum sowie die rechtzeitige und inhaltlich ausreichende Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat. Im Rahmen einer intensiven und zielführenden Diskussion hat das Gremium weitere Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz erarbeitet.

### ***Aufsichtsratsausschüsse***

Der Aufsichtsrat der MLP AG hat Ausschüsse gebildet, um die Effektivität seiner Arbeit zu steigern. Der Personalausschuss bereitet die Beschlussfassungen über Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder mit der Gesellschaft vor. Der Bilanzprüfungsausschuss befasst sich mit der Überprüfung der Rechnungslegungsprozesse, des Risikomanagements sowie des Revisionsystems und der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Gleiches gilt für die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer sowie für die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und Honorarvereinbarungen. Zudem berät der Ausschuss den Jahresabschluss, den Konzernabschluss sowie die Lageberichte der MLP AG und des MLP-Konzerns und spricht gegenüber dem Aufsichtsrat eine Empfehlung zur Beschlussfassung aus. Der Aufsichtsrat hat auch einen Nominierungsausschuss gebildet, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge der Aufsichtsratsmitglieder an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt. Mitglieder der drei vorgenannten Ausschüsse sind jeweils die Herren Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Dr. Claus-Michael Dill und Hans Maret.

### ***Corporate Governance im Aufsichtsrat***

Vorstand und Aufsichtsrat der MLP AG befassten sich auch 2011 intensiv mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex und weiteren gesetzlichen Neuregelungen, die für die Arbeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse von Bedeutung gewesen sind. Die am 26. Mai 2010 beschlossenen Änderungen des Kodex waren erneut Gegenstand von Erörterungen im Aufsichtsrat. Dabei wurden die Änderungen analysiert und entsprechende Anpassungen in den internen Regularien und den Arbeitsabläufen des Aufsichtsrats angeregt bzw. deren Überprüfung erbeten.

### ***Kein Interessenkonflikt im Aufsichtsrat***

Der Aufsichtsrat verfügt nach seiner Einschätzung über eine angemessene Anzahl an Mitgliedern, die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder zu Mitgliedern des Vorstands stehen, die einen Interessenkonflikt begründen könnte. Der Aufsichtsrat erörterte die nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen im Hinblick auf die Rechnungslegung sowie interne Kontrollverfahren, die an den Vorsitzenden des Bilanzprüfungsausschusses gestellt werden. Der Vorsitzende des Bilanzprüfungsausschusses der MLP AG erfüllt die Anforderungen in vollem Umfang.

Weitere Angaben zu der Tätigkeit des Aufsichtsrats können dem Bericht des Aufsichtsrats entnommen werden.

### ***Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat***

Die Grundlage für eine transparente und verantwortungsvolle Unternehmensführung bildet ein intensiver Dialog zwischen Vorstand und Aufsichtsrat. Der Vorstand der MLP AG unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Lage des Konzerns einschließlich der Risikosituation, über das Risikomanagement und über Compliance. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wird der Aufsichtsrat zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert. Außerdem treffen sich der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstand zu regelmäßigen Gesprächen, in denen Einzelthemen erörtert werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats umfassend über die Inhalte seiner Gespräche mit dem Vorstand. Der Aufsichtsrat diskutierte mit dem Vorstand die Unternehmensplanung und die strategische Weiterentwicklung des Konzerns.

Wesentliche Rechtsgeschäfte des Vorstands bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung regelt die Geschäftsverteilung, die

Zustimmungsvorbehalte und die Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Weitere Einzelheiten über das Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat sind im Bericht des Aufsichtsrats enthalten.

## Transparenz

### Aktienbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat zum Bilanzstichtag

Am 31. Dezember 2011 setzte sich der Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Gesellschaft wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsmitglied	Aktienzahl 31.12.2010	Aktienzahl 31.12.2011
Dr. Peter Lütke-Bornefeld	40.000	50.000
Dr. h. c. Manfred Lautenschläger <sup>1)</sup>	25.205.534	25.205.534
Johannes Maret	-	100.000
Dr. Claus-Michael Dill	-	-
Maria Bähr	11.503	11.503
Norbert Kohler	94	94

<sup>1)</sup> inkl. Zurechnungen gemäß § 22 WpHG

Vorstandsmitglied	Aktienzahl 31.12.2010	Aktienzahl 31.12.2011
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	-	-
Manfred Bauer	11.254	11.254
Muhyddin Suleiman	-	-
Reinhard Loose	- <sup>2)</sup>	5.000

<sup>2)</sup> keine Angabe, da erst seit 2011 Mitglied des Vorstands der MLP AG

### Geschäfte mit Aktien der Gesellschaft (Directors' Dealings)

#### *Directors' Dealings*

Gemäß § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, diese Geschäfte dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen. Diese Pflicht gilt auch für Personen, die mit einer solchen Person in enger Beziehung stehen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden uns drei Transaktionen gemäß § 15a WpHG gemeldet, die Sie unserer Internetseite unter [www.mlp-ag.de](http://www.mlp-ag.de) entnehmen können.

## Compliance

### *Compliance-Regelungen*

Der Vorstand der MLP sorgt – in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex – dafür, dass die gesetzlichen Bestimmungen und unsere unternehmensinternen Richtlinien eingehalten und konzernweit beachtet werden.

Verantwortungsbewusstes Handeln unter Beachtung aller relevanten Gesetze und kapitalmarktrechtlichen Verhaltensvorschriften ist integraler Bestandteil unserer Unternehmenskultur und bildet die Basis für das Vertrauen, das uns Kunden, Aktionäre und Geschäftspartner entgegenbringen.

Dieses Prinzip ist fest in unseren internen Compliance-Leitlinien verankert. Unsere Compliance-Aktivitäten basieren auf einer konzernweiten Compliance-Strategie, die insbesondere durch präventive Maßnahmen Risiken aus der Nichteinhaltung von geltendem Recht, internen Standards und Prozessen verhindern soll. Im Interesse unserer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und von MLP unterstützt und berät Compliance den Vorstand dabei, für die Beachtung der gesetzlichen Verpflichtungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen und einheitliche Standards für alle Konzernunternehmen zu schaffen. Compliance steuert die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer internen Verhaltensstandards und kontrolliert die Durchsetzung der internen und externen Anforderungen. In regelmäßigen Schulungen werden alle Mitarbeiter des MLP-Konzerns mit den relevanten Vorschriften vertraut gemacht, um sie vor Regelverstößen zu bewahren und bei der Anwendung unserer Unternehmensleitlinien zu unterstützen. Compliance steht allen Mitarbeitern zudem als Ansprechpartner für Verdachtsmeldungen im Hinblick auf kriminelle Handlungen oder Verstöße gegen die Compliance-Regelungen zur Verfügung. Festgestellte Regelverstöße werden unverzüglich untersucht, umfassend aufgeklärt und genutzt, um identifizierte Schwachstellen zu beheben. Vorstand und Aufsichtsrat werden regelmäßig über alle relevanten Sachverhalte und die durch Compliance ergriffenen Maßnahmen informiert.

Ein umfassendes Regelwerk zur Compliance im MLP-Konzern erläutert unseren Organmitgliedern wie Mitarbeitern die gesetzlichen Vorschriften zum Insiderrecht und beschreibt die internen Leitlinien für die Ausführung ihrer Anlagegeschäfte. Die Compliance-Leitlinien dienen dabei auch der Sicherstellung des verantwortungsbewussten Umgangs mit sensiblen Informationen bei MLP und geben unseren Mitarbeitern den rechtlichen Rahmen für die Annahme und Gewähr von Einladungen und Geschenken vor. Um einer Beeinträchtigung von Kundeninteressen vorzubeugen, haben wir Grundsätze zur Vermeidung und Überwachung von Interessenkonflikten sowie zur Annahme und Gewähr von Zuwendungen erlassen, die wir regelmäßig überprüfen und an veränderte Bedürfnisse anpassen.

## **Unternehmensführungspraktiken**

### ***Definierte Unternehmenswerte***

Unter Einbeziehung einer Vielzahl der Mitarbeiter und Berater hat MLP seine Kernwerte definiert. Dabei wurden „Leistung“ und „Vertrauen“ als Werte identifiziert. Darauf aufbauend wurde anschließend das bestehende Unternehmensleitbild von MLP überarbeitet. In einem dritten Schritt sind daraus die folgenden Führungsgrundsätze für MLP entstanden:

MLP-Führungskräfte:

- verpflichten sich den Interessen der MLP-Kunden.
- leben die Kernwerte „Leistung“ und „Vertrauen“.
- setzen vereinbarte Ziele und Entscheidungen konsequent um.
- gestalten die Zukunft proaktiv.
- arbeiten offen und teamorientiert zusammen.
- sorgen für eine systematische Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung.

Als Beitrag zur Diskussion über die Qualität der Finanzberatung in Deutschland hat MLP im Jahr 2009 einen Beratungskodex als Leitlinie für die Kundenberatung vorgestellt. Dieser Kodex fasst die zum Teil seit mehreren Jahren geltenden Beratungs- und Betreuungsstandards bei MLP zusammen. Ziel ist es, die Transparenz gegenüber Kunden, Interessenten und Öffentlichkeit



weiter zu erhöhen. Sämtliche Leitlinien beruhen auf den MLP-Unternehmenswerten; sie prägen die Beziehung zwischen Mitarbeitern und Beratern sowie zu sämtlichen Stakeholdern. Die Leitlinien sind auf unserer Unternehmenswebsite unter [www.mlp-ag.de](http://www.mlp-ag.de) veröffentlicht.

Der Vorstand wird – entsprechend der Empfehlung des Corporate Governance Kodex in Ziffer 4.1.5 – seine Bemühungen um Vielfalt bei der Besetzung von Führungspositionen weiter verstärken und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen in den Führungsebenen im Unternehmen anstreben.

Eine Erläuterung der Geschäfts- und der Risikostrategie sowie des Risikomanagements findet sich im Risiko- und Offenlegungsbericht.

## **Informationen**

Die Aktionäre sind gesetzlich an grundlegenden Entscheidungen der MLP AG wie Satzungsänderungen oder der Ausgabe neuer Aktien beteiligt. Um die Aktionäre bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, bietet ihnen MLP an, Stimmrechte schriftlich durch von der Gesellschaft benannte weisungsgebundene Stimmrechtsvertreter oder per Briefwahl auszuüben. Über alle wesentlichen Inhalte der Hauptversammlung berichten wir auf unserer Website [www.mlp-ag.de](http://www.mlp-ag.de). Die Rede des Vorstandsvorsitzenden kann dort online abgerufen werden.

### ***Information aller Zielgruppen***

Zur umfassenden, gleichberechtigten und zeitnahen Information aller Zielgruppen über die Lage sowie wesentliche Veränderungen des Unternehmens setzen wir auch das Internet ein. Auf unserer Homepage [www.mlp-ag.de](http://www.mlp-ag.de) bieten wir – in Deutsch und Englisch – Zugriff auf Geschäfts- und Quartalsberichte, Pressemitteilungen, Telefonkonferenzen und Präsentationen. Unser Finanzkalender informiert über die für den Kapitalmarkt relevanten Termine. Mindestens einmal im Jahr veranstalten wir Analysten- und Medienkonferenzen. Ad-hoc-Mitteilungen veröffentlichen wir gemäß den gesetzlichen Anforderungen auf unserer Website. Dort informieren wir zudem umfassend über die Corporate Governance bei MLP. Unsere Entsprechenserklärung halten wir für mindestens fünf Jahre auf unserer Homepage zugänglich.

## **Rechnungslegung und Abschlussprüfung**

Die Konzernrechnungslegung erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, wurde von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer gewählt und hat den (Konzern-)Abschluss 2011 geprüft und den verkürzten Abschluss und den Zwischenlagebericht im Jahr 2011 einer prüferischen Durchsicht unterzogen (§§ 37w Abs. 5, 37y Nr. 2 WpHG). Der Aufsichtsrat hat sich vergewissert, dass die bestehenden Beziehungen zwischen den Abschlussprüfern und MLP oder ihren Organen keine Zweifel an der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers begründen. Der Aufsichtsrat der MLP AG erörtert dabei nicht nur den Jahres- und den Konzernjahresabschluss, sondern auch gemeinsam mit dem Vorstand die Halbjahres- und Quartalsfinanzberichte vor deren jeweiliger Veröffentlichung.

## **Vergütungsbericht**

Der nachfolgende Vergütungsbericht ist in Bezug auf die handelsrechtlichen Angabepflichten zugleich auch Teil des Lageberichts.

### ***Grundsätze der Vorstandsvergütung***

Mit dem zum 5. August 2009 in Kraft getretenen VorstAG hat der Gesetzgeber neue Anforderungen hinsichtlich der Festsetzung der Vorstandsvergütung geschaffen. Der Gesetzgeber verfolgt dabei das Ziel, die Vergütung des Vorstands an einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung auszurichten.

Das bisherige System der Vorstandsvergütung beim MLP-Konzern trug auch nach Einschätzung von Experten den Zielsetzungen der gesetzlichen Neuregelungen des VorstAG bereits weitgehend Rechnung. Gleichwohl hat sich der Aufsichtsrat im Jahr 2010 eingehend mit der Fortentwicklung des Vorstandsvergütungssystems bei MLP befasst und dabei ein neues Vergütungssystem beschlossen, welches seitdem bei der Bestellung bzw. der wiederholten Bestellung von Vorstandsmitgliedern zur Anwendung kommt.

Für die Verträge der einzelnen Mitglieder des Vorstands, die bereits vor dem 24. März 2010 Mitglied des Vorstands waren, namentlich die Herren Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und Muhyddin Suleiman, existierte ein gesetzlicher Bestandsschutz. Aus diesem Grunde unterhielt die Gesellschaft bislang zwei verschiedene Vergütungssysteme für die Mitglieder des Vorstands, die nachfolgend in zwei separaten Abschnitten beschrieben werden. Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 wurden die Verträge aller Mitglieder des Vorstands auf das neue System umgestellt.

### ***Vergütungsregelungen in der vor dem 24. März 2010 vereinbarten Form***

Die Mitglieder des Konzernvorstands hatten auf Basis der mit ihnen nach dem bisherigen Vergütungssystem geschlossenen Dienstverträge einen Anspruch auf eine fixe (erfolgsunabhängige) und eine variable (erfolgsbezogene) Vergütung. Bemessungsgrundlage für die variable Vergütung war das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT; Earnings before tax) des MLP-Konzerns nach den jeweils im Konzern angewandten (internationalen) Rechnungslegungsstandards. Entscheidend war das EBT, wie es sich jeweils ohne Kürzung um gewinnabhängige Tantiemen ergab. Sollten im Geschäftsjahr fortzuführende und aufgegebenen Geschäftsbereiche ausgewiesen werden, so setzte sich die Bemessungsgrundlage zusammen aus der Summe des EBT der fortzuführenden und aufgegebenen Geschäftsbereiche. Alle in direktem Zusammenhang mit der Aufgabe/Veräußerung von Geschäftsbereichen stehenden Kosten und Erträge wurden nicht in die Bemessungsgrundlage mit einbezogen. Die variable Vergütung ergab sich aus einem festgelegten Prozentsatz an der Bemessungsgrundlage. Begann oder endete das Anstellungsverhältnis im Laufe eines Geschäftsjahres, so wurde grundsätzlich die Tantieme für dieses Geschäftsjahr pro rata temporis gewährt.

Des Weiteren hatten die Vorstände Anspruch auf einen Dienstwagen zur unbeschränkten Nutzung sowie auf die Leistungen aus einer Todesfall- und Invaliditätsversicherung.

Zudem waren langfristige Vergütungskomponenten gegeben. Die Mitglieder des Vorstands waren am Long Term Incentive-Program („LTI“) 2008 bis 2010 beteiligt, welches durch Umstellung auf die neue Vergütungssystematik nicht fortbesteht. Die Ausgestaltung dieses Programms ist nachfolgend beschrieben.

In 2005 wurde erstmals ein Long Term Incentive-Programm aufgelegt, an dem neben den Vorständen unter anderem auch ausgewählte Führungskräfte des MLP-Konzerns beteiligt werden. Es handelt sich um einen kennzahlenbasierten Unternehmens-Performance-Plan. Dieser berücksichtigt sowohl das mehrjährige EBT als auch die Aktienkursentwicklung. Dabei können sogenannte Performance Shares (virtuelle Aktien) zugeteilt werden. Für die Vorstandsmitglieder erfolgte die Zuteilung durch den Aufsichtsrat. Die Auszahlung für die Tranche 2005 erfolgte in 2008, die Tranche 2006 ist in 2009, die Tranche 2007 in 2010 und die Tranche 2008 in 2011 verfallen. Für die in den Geschäftsjahren 2008 bis 2010 genehmigten Tranchen bemaß sich die Cash-Ausschüttung am dreifachen Ergebnis der betrieblichen

Geschäftstätigkeit (EBIT; Earnings before interest and tax) des der Gewährung vorausgehenden Geschäftsjahres (Performance-Hürde). Erst ab der Erreichung dieser Performance-Hürde hatten die Bezugsberechtigten einen Anspruch auf Barzahlung.

Ein Eigenkapitalausgleich war nicht vorgesehen. Der beizulegende Zeitwert der virtuellen Aktien wurde an jedem Stichtag unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsverfahrens neu ermittelt.

In seiner Sitzung vom 22. März 2011 beschloss der Aufsichtsrat, die LTI-Planbedingungen für die Tranche 2010 mit der Maßgabe anzupassen, dass die Auszahlung an die Mitglieder des Vorstands unter dem LTI-Programm einen Satz von 0,4 % des EBIT des MLP-Konzerns erreichen soll. Zur Erreichung dieses Beschlusses wurden folgende Anpassungen vorgenommen: Der Wachstumshebel wurde auf 3 % festgesetzt. Ein Wachstum der Bezugsgröße über die Performance-Hürde von je 3 % führte damit zu einer Zunahme der Anzahl der Performance Units von je 3 % von den 100 % Zuteilungsvolumen nach Erreichen der Hürde. Des Weiteren erfolgte eine Kappung der Auszahlung je Aktie bei 50 % über dem MLP-Aktienkurs der Gewährung. Die Performance-Hürde für die Tranche 2010 wurde auf 150 Mio. € festgeschrieben.

Bei einem Ausscheiden aus dem Unternehmen verfallen grundsätzlich die zugeteilten virtuellen Aktien.

Im Rahmen des Long Term Incentive-Programms erhielten die Mitglieder des Vorstands in den Jahren 2005 bis 2010 Performance Shares (virtuelle Aktien). Anzahl und Wert der virtuellen Aktien sind, soweit diese nicht ausbezahlt wurden oder verfallen sind, der folgenden Tabelle zu entnehmen.

#### Long Term Incentive-Programm – Vorstand

Alle Angaben in Stück	Tranche 2009	Tranche 2010
Beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung	7,59 €	7,54 €
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	65.876	66.313
Muhyddin Suleiman	39.526	39.788
<b>Gesamt</b>	<b>105.402</b>	<b>106.101</b>

Die Performance Share Units (PSU) der Tranche 2008 sind verfallen, da die für die LTI-Tranche maßgebliche Performance-Hürde nicht erreicht wurde.

Mit der Umstellung der Verträge aller Mitglieder des Vorstands mit Wirkung für 2011 auf das neue Vorstandsvergütungssystem entfällt eine Teilnahme am LTI.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung 2011 für Vorstände erfasste Aufwand für die Tranche 2010 beträgt 0 T€ (Vorjahr: 155 T€).

Die Mitglieder des Konzernvorstands Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und Muhyddin Suleiman besitzen ferner weiterhin einzelvertragliche betriebliche Versorgungszusagen. Es sind eine Altersrente ab Vollendung des 62. Lebensjahres, eine Invalidenrente, eine Witwenrente sowie eine Waisenrente zugesagt. Die Höhe der zugesagten Leistung beträgt 60 % des zuletzt bezogenen festen Monatsgehalts oder wird in Nachträgen zu den Anstellungsverträgen separat festgesetzt. Die Mitglieder des Konzernvorstands Manfred Bauer und Reinhard Loose erhielten dagegen arbeitgeberfinanzierte, beitragsorientierte Leistungszusagen zur betrieblichen Altersvorsorge.

Die Anstellungsverträge aller Konzernvorstände enthalten Change-of-Control-Klauseln, die zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigen, wenn

- sich Stimmrechtsanteile an der Gesellschaft entsprechend der §§ 21, 22 Wertpapierhandelsgesetz verändern.
- der Fall einer Umwandlung der Gesellschaft nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes eintritt. Dies gilt nicht für den Formwechsel der Gesellschaft, Ausgliederungen nach § 123 (3) UmwG und Verschmelzungen nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes, bei denen die Gesellschaft aufnehmender Rechtsträger ist.

Kündigt einer der Vorstände unter den vorgenannten Voraussetzungen, steht ihm seit der Anpassung der Anstellungsverträge mit Mitgliedern des Vorstands im Geschäftsjahr 2011 eine Abfindung in Höhe von maximal zwei Jahresvergütungen zu, sofern die Kündigung mehr als zwei Jahre vor Beendigung des Vertrages erfolgt. Danach gelten die Regeln pro rata temporis.

#### ***Vergütungsregelungen in der seit dem 24. März 2010 vereinbarten Form***

Das aufgrund der Vorgaben des VorstAG neu eingeführte Vorstandsvergütungssystem, das der Aufsichtsrat am 24. März 2010 verabschiedet hat, kam bei der Bestellung bzw. der wiederholten Bestellung von Mitgliedern des Vorstands ab diesem Zeitpunkt zur Anwendung. Dieses neue Vergütungssystem kam erstmals bei der Bestellung des Mitglieds des Vorstands, Herrn Manfred Bauer, zur Anwendung, der dem Vorstand seit dem 1. Mai 2010 angehört. Dieses System ist auch Grundlage des Anstellungsvertrages mit Herrn Reinhard Loose geworden, der im November 2010 mit Wirkung zum 1. Februar 2011 zum weiteren Mitglied des Vorstands bestellt wurde. Mit Wirkung für 2011 wurden die Verträge von Herrn Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und Herrn Muhyddin Suleiman umgestellt. Nachdem Herr Ralf Schmid seine Bestellung als Mitglied des Vorstands im März 2011 niedergelegt hatte, wurde das Anstellungsverhältnis einvernehmlich beendet. Somit sind alle bestehenden Vorstandsverträge seit 2011 auf das neue Vergütungssystem umgestellt.

Das so vereinbarte Vergütungssystem sieht ein festes Jahresgrundgehalt sowie eine variable Vergütung (Bonus) vor. Der Ausgangsbetrag für die Bonuszahlung bestimmt sich nach der Ergebnisrechnung des MLP-Konzerns nach den jeweils im MLP-Konzern angewandten (internationalen) Rechnungslegungsstandards. Bemessungsgrundlage ist dabei das EBIT des MLP-Konzerns in dem abgelaufenen Geschäftsjahr, für das die Bonuszahlung erfolgt. Entscheidend ist das EBIT, wie es sich jeweils ohne Kürzung um gewinnabhängige Tantiemen ergäbe. Sollten im Geschäftsjahr fortzuführende und aufgegebenen Geschäftsbereiche ausgewiesen werden, so setzt sich die Bemessungsgrundlage zusammen aus der Summe der EBITs der fortzuführenden und der aufgegebenen Geschäftsbereiche. Alle in direktem Zusammenhang mit der Aufgabe/Veräußerung von Geschäftsbereichen stehenden Kosten und Erträge werden nicht in die Bemessungsgrundlage mit einbezogen. Beginnt oder endet der Anstellungsvertrag im Laufe des Geschäftsjahres, erfolgt eine Kürzung des Ausgangsbetrages pro rata temporis.

Ein Anteil von grundsätzlich 45 % des so berechneten Bonus soll als Sofortauszahlung nach Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses der Gesellschaft zur Auszahlung kommen.

Der weitere Anteil von grundsätzlich 55 % soll als „aufgeschobene Zahlung“ erst nach Vorlage des Jahresabschlusses für das übernächste Geschäftsjahr nach dem Jahr der Sofortauszahlung zur Auszahlung kommen. Die Höhe der effektiv zur Auszahlung an das Vorstandsmitglied kommenden aufgeschobenen Zahlung unterliegt dabei der Anpassung nach oben und unten, je nachdem, in welchem Verhältnis sich der Durchschnitt des EBIT im Ausgangsjahr und den drei Folgejahren zu dem EBIT des Ausgangsjahres verhält.

Für aufgeschobene Zahlungen wurden im Geschäftsjahr 2011 folgende Beträge als Verbindlichkeiten berücksichtigt: Dr. Uwe Schroeder-Wildberg 458 T €, Manfred Bauer 367 T €, Reinhard Loose (seit 1. Februar 2011) 321 T €, Muhyddin Suleiman: 367 T €.

In vertraglich näher bestimmten Grenzen unterliegen die Sofortauszahlung und die aufgeschobene Zahlung darüber hinaus einem in das Ermessen des Aufsichtsrats gestellten Anpassungsrecht. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, nach seinem billigen Ermessen aufgrund der Bewertung der individuellen Leistungen des Vorstandsmitglieds oder aufgrund außerordentlicher Entwicklungen die Sofortauszahlung um bis zu 30 % und die aufgeschobene Auszahlung um bis zu 10 % zu reduzieren oder zu erhöhen.

Der Anstellungsvertrag sieht darüber hinaus für die Sofortauszahlung und die aufgeschobene Zahlung jeweils einen in € bestimmten Maximalbetrag („Cap“) vor. Hinsichtlich beider Bonusteile ist ein Maximalbetrag von 150 % des Ausgangsbetrages bei einem unterstellten EBIT von 100 Mio. € vorgesehen.

Auch nach dem neuen Vergütungssystem haben die Vorstände Anspruch auf einen Dienstwagen zur unbeschränkten Nutzung sowie auf die Leistungen aus einer Todesfall- und Invaliditätsversicherung. Die vorgenannten Mitglieder des Konzernvorstands, Manfred Bauer und Reinhard Loose, erhalten weiterhin arbeitgeberfinanzierte, beitragsorientierte Zusagen zur betrieblichen Altersvorsorge.

Auch die Anstellungsverträge nach der neuen Systematik enthalten Change-of-Control-Klauseln, die zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigen, wenn

- sich Stimmrechtsanteile an der Gesellschaft entsprechend der §§ 21, 22 Wertpapierhandelsgesetz verändern.
- der Falle einer Umwandlung der Gesellschaft nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes (UmwG) eintritt. Dies gilt nicht für den Formwechsel der Gesellschaft, Ausgliederungen nach § 123 (3) UmwG und Verschmelzungen nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes, bei denen die Gesellschaft aufnehmender Rechtsträger ist.

Kündigt ein Vorstandsmitglied unter den vorgenannten Voraussetzungen, steht ihm, wie bereits ausgeführt, seit der Anpassung der Anstellungsverträge mit Mitgliedern des Vorstands im Geschäftsjahr 2011 eine Abfindung in Höhe maximal zwei Jahresvergütungen zu, sofern die Kündigung mehr als zwei Jahre vor Beendigung des Vertrages erfolgt. Danach gelten die Regeln pro rata temporis.

### Individualisierte Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2011

Alle Angaben in T€	Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil/ (Sofortauszahlung)	Gesamt
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	528	119	647
Manfred Bauer	382	95	478
Reinhard Loose (seit 1. Februar 2011)	269	83	352
Ralf Schmid (bis 31. März 2011)	118	20	138
Muhyddin Suleiman	379	95	474
<b>Gesamt</b>	<b>1.676</b>	<b>413</b>	<b>2.089</b>

### Individualisierte Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2010

Alle Angaben in T€	Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil/ (Sofortauszahlung)	Gesamt
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	528	267	795
Gerhard Frieg (bis 31. März 2010)	139	40	179
Manfred Bauer (seit 1. Mai 2010)	253	128	382
Ralf Schmid	380	214	594
Muhyddin Suleiman	379	214	593
<b>Gesamt</b>	<b>1.680</b>	<b>863</b>	<b>2.542</b>

Für ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands bestanden zum 31. Dezember 2011 Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.743 T€ (Vorjahr: 7.533 T€).

Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands erhielten Abfindungen in Höhe von 1.260 T€ (Vorjahr: 0 T€).

### Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Alle Angaben in T€ (ohne USt.)	Vergütung 2011	Vergütung 2010
Dr. Peter Lütke-Bornefeld (Vorsitzender)	135	160
Dr. h. c. Manfred Lautenschläger (stellvertretender Vorsitzender)	100	100
Dr. Claus-Michael Dill	105	80
Johannes Maret	80	80
Norbert Kohler	40	40
Maria Bähr	40	40
<b>Gesamt</b>	<b>500</b>	<b>500</b>

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten satzungsgemäß neben dem Ersatz ihrer Auslagen für das jeweilig abgelaufene Geschäftsjahr eine jährliche feste Vergütung von 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Zweifache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache. Für die Tätigkeit im Bilanzprüfungs- und im Personalausschuss wird zusätzlich eine gesonderte Vergütung gewährt. Diese beträgt im Bilanzprüfungsausschuss 25.000 € und im Personalausschuss 15.000 €. Der Vorsitzende des jeweiligen Ausschusses erhält das Zweifache der vorgenannten Vergütung. Der feste Vergütungsbestandteil wird nach Ablauf des Geschäftsjahres ausgezahlt. Im Rahmen der Aufsichtsratsstätigkeit erhält kein Aufsichtsratsmitglied variable oder aktienbasierte Vergütungsbestandteile.

Im Geschäftsjahr 2011 fielen 25 T€ (Vorjahr: 19 T€) Ersatz für Auslagen an.

# Jahresabschluss

JAHRESABSCHLUSS	56
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 2011	57
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011	58
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011	60
Allgemeine Angaben	60
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	63
Erläuterungen zur Bilanz	66
Sonstige Angaben	72



# Gewinn- und Verlustrechnung für 2011

Alle Angaben in T€

	Anhang	2011	2010
1. Sonstige betriebliche Erträge	[1]	11.764	11.804
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	[2]	-6.952	-4.578
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 1.206 T€ (Vorjahr: 1.160 T€)	[2]	-1.333	-1.308
3. Abschreibungen	[3]		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-4.371	-4.650
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	[4]	-10.682	-10.430
<b>5. Ergebnis der betrieblichen Geschäftstätigkeit</b>		<b>-11.574</b>	<b>-9.162</b>
6. Erträge aus Beteiligungen			
davon aus verbundenen Unternehmen 2.268 T€ (Vorjahr: 850 T€)	[5]	2.268	850
7. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	[5]	53.848	42.962
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	[5]	103	443
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
davon aus verbundenen Unternehmen: 222 T€ (Vorjahr: 170 T€)	[5]	2.752	4.282
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	[5]	-151	-1.373
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
davon an verbundene Unternehmen: 18 T€ (Vorjahr: 6 T€)	[5]	-2.190	-3.571
<b>12. Finanzergebnis</b>		<b>56.630</b>	<b>43.593</b>
<b>13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<b>45.056</b>	<b>34.431</b>
14. Außerordentliche Aufwendungen	[6]	-231	-231
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	[7]	-15.936	-12.525
16. Sonstige Steuern		-134	-133
<b>17. Jahresüberschuss</b>		<b>28.755</b>	<b>21.542</b>
18. Gewinnvortrag			
a) Bilanzgewinn Vorjahr		32.363	27.584
b) Dividendenausschüttung		-32.363	-26.969
19. Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen		35.972	10.207
<b>20. Bilanzgewinn</b>		<b>64.727</b>	<b>32.363</b>

# Bilanz zum 31. Dezember 2011

## Aktiva

Alle Angaben in T€

	Anhang	2011	2010
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>			
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
	[8]		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0	1
<b>II. Sachanlagen</b>			
	[8]		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		51.675	54.875
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		5.484	6.383
		<b>57.158</b>	<b>61.257</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	[9]	199.437	148.817
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	[10]	10.003	0
		<b>209.440</b>	<b>148.817</b>
		<b>266.598</b>	<b>210.075</b>
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>			
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	[11]	55.599	44.203
2. Sonstige Vermögensgegenstände	[12]	6.319	20.173
		<b>61.919</b>	<b>64.376</b>
<b>II. Wertpapiere</b>			
Sonstige Wertpapiere	[13]	0	15.792
		<b>0</b>	<b>15.792</b>
<b>III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>			
	[14]	<b>105.891</b>	<b>146.925</b>
		<b>167.810</b>	<b>227.093</b>
<b>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>			
		<b>222</b>	<b>157</b>
<b>D. AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHUNG</b>			
	[20]	<b>77</b>	<b>71</b>
		<b>434.707</b>	<b>437.396</b>

## Passiva

Alle Angaben in T€

	Anhang	2011	2010
<b>A. EIGENKAPITAL</b>			
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	[15]		
Stammstückaktien		<b>107.878</b>	<b>107.878</b>
<b>II. Kapitalrücklage</b>	[16]	<b>134.525</b>	<b>134.525</b>
<b>III. Gewinnrücklagen</b>	[18]		
1. Gesetzliche Rücklage		3.097	3.097
2. Andere Gewinnrücklagen		105.824	141.796
		<b>108.921</b>	<b>144.893</b>
<b>IV. Bilanzgewinn</b>	[19]	<b>64.727</b>	<b>32.363</b>
		<b>416.051</b>	<b>419.659</b>
<b>B. RÜCKSTELLUNGEN</b>	[20]		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.775	7.535
2. Steuerrückstellungen		1.035	490
3. Sonstige Rückstellungen		5.849	4.022
		<b>14.659</b>	<b>12.047</b>
<b>C. VERBINDLICHKEITEN</b>	[21]		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		954	341
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		2.030	2.009
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern 235 T€ (Vorjahr: 465 T€)		1.013	3.339
		<b>3.997</b>	<b>5.690</b>
		<b>434.707</b>	<b>437.396</b>

# Anhang für das Geschäftsjahr 2011

## Allgemeine Angaben

### Angaben zur Gesellschaft

Die MLP AG hat ihren satzungsmäßigen Sitz in Wiesloch, mit der Adresse Alte Heerstr. 40, 69168 Wiesloch. Sie ist unter der Nummer HRB 332697 im Handelsregister Mannheim eingetragen. Gegenstand der Gesellschaft ist die Leitung einer Unternehmensgruppe, die in den Bereichen der Beratung und Vermittlung von Finanz- und ähnlichen Dienstleistungen aller Art tätig ist. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden, Schätzungen und Annahmen

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfordert Schätzungen und Annahmen, die die Beträge der Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag sowie die Erträge und Aufwendungen des Berichtsjahres beeinflussen können.

### Allgemeine Angaben

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß den §§ 242 ff., 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. von § 267 Abs. 3 HGB.

Die dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 zugrunde liegenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden bis auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt unverändert zum Vorjahr beibehalten.

Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e. V. (DPR) hat den Jahresabschluss 2010 der MLP AG für das Geschäftsjahr 2010 einer anlassunabhängigen Stichprobenprüfung unterzogen. Gemäß Feststellung der DPR waren die im Jahresabschluss zum 31.12.2010 bilanzierten Steuerforderungen um insgesamt 8,4 Mio. € zu hoch angesetzt.

Im Gefolge einer steuerlichen Außenprüfung für die Veranlagungszeiträume 2002 bis 2006 hat die Finanzverwaltung Ende 2009 Nachzahlungen für Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer wegen nicht anerkannter Teilwertabschreibungen auf Forderungen gegen Auslandstöchter festgesetzt. MLP erachtet die Steuernachforderung in Höhe eines Teilbetrages von 7,1 Mio. € zuzüglich Zinsen von 1,3 Mio. € als unbegründet und hat gegen die betreffenden Bescheide form- und fristgerecht Einspruch eingelegt. Gestützt auf ein Gutachten einer renommierten Steuerberatungsgesellschaft hat die Gesellschaft zum 31. Dezember 2009 das Bestehen einer überwiegend wahrscheinlichen Steuerschuld verneint und auf den Ansatz einer Rückstellung für die bestrittene Nachzahlungsverpflichtung verzichtet. Im Einklang mit dieser Würdigung des Steuersachverhalts wurde für die in 2010 geleistete Zahlung in Höhe von 8,4 Mio. € eine Forderung aktiviert. Der Ausweis erfolgte in den sonstigen Vermögensgegenständen. MLP hat sich aus verfahrensökonomischen Gründen entschieden, die bilanzierte Forderung im Geschäftsjahr 2011 zulasten der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und der sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen zu korrigieren. Ungeachtet dieser Korrektur geht MLP weiterhin davon aus, in der Auseinandersetzung mit der Finanzverwaltung der eigenen Rechtsposition Geltung verschaffen zu können.

Die Bilanz wird nach dem in § 266 HGB kodifizierten Gliederungsschema erstellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB sowie mit Ergänzungen durch § 277 Abs. 3 HGB für die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen aufgestellt.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Zwischen der MLP AG (Organträger) einerseits und der MLP Finanzdienstleistungen AG, der TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH, der ZSH GmbH Finanzdienstleistungen, der MLP Media GmbH, der Feri AG (vormals Feri Finance AG für Finanzplanung und Research), der Feri Trust GmbH (vormals Feri Family Trust GmbH), der Feri EuroRating Services AG, der Feri Institutional & Family Office GmbH (vormals Feri Beteiligungsgesellschaft mbH) und der Feri Investment Services GmbH besteht eine körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaft. Der Steueraufwand wird daher, soweit er auf den Zeitraum der Organschaft entfällt, nur auf Ebene des Organträgers ermittelt und ausgewiesen. Steuern, die auf Zeiträume vor Bestehen der Organschaft entfallen, werden auf Ebene der jeweiligen Gesellschaft ausgewiesen. Es werden keine Steuerumlagen vorgenommen.

Die Wertangaben in den tabellarischen Darstellungen werden grundsätzlich in Tausend-Euro-Beträgen (T€) dargestellt. Abweichungen von dieser Darstellungsweise werden direkt bei den einzelnen Tabellen vermerkt. Sowohl Einzel- als auch Summenwerte stellen den Wert mit der kleinsten Rundungsdifferenz dar. Bei Additionen der dargestellten Einzelwerte können deshalb Differenzen zu den ausgewiesenen Summen auftreten.

### Angabe der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die einzelnen Bilanzposten

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren wesentlich die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend unter Berücksichtigung der seit 2010 verpflichtend anzuwendenden Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Gegenstände des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen angesetzt.

Die Anschaffungskosten enthalten neben Anschaffungsnebenkosten jeweils den nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten Teil der auf die Zugänge entfallenden und in Rechnung gestellten Umsatzsteuer.

Die Abschreibungen werden entsprechend der voraussichtlichen bzw. betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear über folgende Zeiträume vorgenommen:

<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5 Jahre
<b>Sachanlagen</b>	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	
Verwaltungsgebäude	25–33 Jahre
Außenanlagen	15–25 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
Raumausstattungen	10–25 Jahre
EDV-Hardware / EDV-Verkabelung	3–13 Jahre
Büroeinrichtungen / Büromaschinen	8, 10–13 Jahre

Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen pro rata temporis.

Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 150 € werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand erfasst. Selbstständig nutzbare Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungskosten vermindert um den darin enthaltenen Vorsteuerbetrag 150 €, nicht aber 1.000 € netto übersteigen, werden unabhängig von Wertminderungen, Veräußerungen oder Entnahmen der Wirtschaftsgüter einheitlich über 5 Jahre mit jeweils 20% abgeschrieben. Die geringwertigen Anlagegüter, die im Zusammenhang mit der Einrichtung und Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes in Wiesloch in 2001 angeschafft wurden, werden über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibung erfolgt pro rata temporis.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert.

Die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 253 Abs. 3 HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalwert bzw. mit dem Barwert angesetzt. Soweit erforderlich werden alle risikobehafteten Posten wertberichtigt.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G) mit dem Teilwert bewertet ermittelt. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Im Rahmen der erstmaligen Anwendung des BilMoG im Geschäftsjahr 2010 hat sich die Bewertung der Pensionsverpflichtungen geändert. Die hieraus resultierende Zuführung zu den Pensionsrückstellungen wurde in Anwendung von § 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB im Geschäftsjahr zu 1/15 als außerordentlicher Aufwand erfasst. Die Rückstellungen für Pensionen werden mit den entsprechenden Ansprüchen aus Rückdeckungsversicherungen verrechnet, da diese die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 HGB erfüllen.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Die sonstigen Rückstellungen sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz gemäß RückAbzinsV abgezinst.

Die Ermittlung der latenten Steuern wird seit dem Geschäftsjahr 2010 nach dem bilanzorientierten Ansatz (temporary-Konzept) vorgenommen. Dies sieht eine Betrachtung der Buchwertdifferenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen der Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie deren steuerlichen Wertansätzen für temporäre und quasi-permanente Differenzen vor.

Für die Bewertung der latenten Steuern wurde der kombinierte Steuersatz von 29,25 % zugrunde gelegt. Aktive latente Steuern resultieren aus unterschiedlichen Wertansätzen von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten, Forderungen gegenüber Kunden, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, sonstigen Vermögensgegenständen und sonstigen Rückstellungen.

Passive latente Steuern resultieren aus dem aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung, Pensionsrückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten. Insgesamt werden die passiven latenten Steuern durch aktive Steuerlatenzen überkompensiert. In

Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde der nach Saldierung entstehende Überhang aktiver Steuerlatenzen nicht bilanziert.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### [1] Sonstige betriebliche Erträge

Alle Angaben in T€

	2011	2010
Konzernumlagen	794	957
Mieterträge und Nebenkosten	9.522	9.547
Gewinne aus dem Abgang von Wertpapieren	894	5
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	428	833
Sonstige	125	462
	<b>11.764</b>	<b>11.804</b>

### [2] Personalaufwand

Alle Angaben in T€

	2011	2010
Löhne und Gehälter	6.952	4.578
Soziale Abgaben	127	149
Aufwendungen für Altersversorgung	1.206	1.160
	<b>8.285</b>	<b>5.886</b>

Die Löhne und Gehälter umfassen neben den festen und variablen Vergütungsbestandteilen der Mitarbeiter auch Aufwendungen für die Beendigung von Arbeitsverhältnissen. Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl, ermittelt gemäß § 267 Abs. 5 HGB, betrug für das Geschäftsjahr 2011 12 Mitarbeiter (Vorjahr: 14 Mitarbeiter).

### [3] Abschreibungen

Alle Angaben in T€

	2011	2010
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1
Sachanlagen	4.370	4.650
	<b>4.371</b>	<b>4.650</b>

#### [4] Sonstige betriebliche Aufwendungen

Alle Angaben in T€

	2011	2010
Verwaltungsbetrieb	1.438	1.465
EDV-Betrieb	400	428
Instandhaltung	1.393	841
Beratung	856	1.109
Repräsentation und Werbung	578	670
Versicherungsbeiträge	598	750
Sonstige Personalkosten	412	401
Konzernumlagen	1.220	1.336
Übrige	3.787	3.430
	<b>10.682</b>	<b>10.430</b>

Der Posten Verwaltungsbetrieb umfasst Aufwendungen für den Betrieb des Verwaltungsgebäudes sowie Telefon- und Bürokosten. Die Beratungsaufwendungen beinhalten allgemeine Beratungs- sowie Rechts- und Steuerberatungskosten. Die Sonstigen Personalkosten enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für das Betriebsrestaurant.

#### [5] Finanzergebnis

Die Erträge aus Beteiligungen betreffen die Dividendenausschüttung der Feri AG für das Geschäftsjahr 2010.

Aus dem 2011 geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag zwischen der MLP AG und Feri AG ist für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Gewinn in Höhe von 19.713 T€ abzuführen. Gemäß Ergebnisabführungsvertrag zwischen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG ist für das abgelaufene Geschäftsjahr von der MLP Finanzdienstleistungen AG ein Gewinn in Höhe von 34.135 T€ (Vorjahr: 42.962 T€) abzuführen.

In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen ist ein Betrag in Höhe von 711 T€ (Vorjahr: 1.396 T€) aus der Auflösung der Rückstellung für Zinsswaps enthalten. Die enthaltenen Beträge aus verbundenen Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus der Verzinsung von Verrechnungskonten. Weiterhin sind in diesem Posten Zinserträge aus Festgeldanlagen sowie Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen enthalten. Im Vorjahr waren darüber hinaus Zinsen auf Steuerguthaben der abgeschlossenen Betriebsprüfung enthalten.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens gehen im Wesentlichen auf Anteile an Investmentfonds zurück, deren Rücknahme ausgesetzt war bzw. die sich in Liquidation befanden.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf die Korrektur der im Geschäftsjahr 2010 bilanzierten Steuerforderung sowie den Zinsaufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen.

#### [6] Außerordentliche Aufwendungen

Aus der Anwendung von Art. 66 und Art. 67 Abs. 1 bis 5 EGHGB (Übergangsvorschriften zum BilMoG) resultieren außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 231 T€.



## **[7] Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind Beträge in Höhe von 7.142 T€ enthalten, die Vorjahre betreffen und im Zusammenhang mit Feststellungen aus einer steuerlichen Außenprüfung für die Veranlagungszeiträume 2002 bis 2006 stehen. Für das laufende Geschäftsjahr entfallen 4.381 T€ auf Körperschaftsteuer (Vorjahr: 6.659 T€) und 4.241 T€ auf Gewerbesteuer (Vorjahr: 5.863).

In 2006 war aufgrund gesetzlicher Vorschriften ein Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 5.020 T€ zu aktivieren. Das Körperschaftsteuerguthaben wird über einen Zeitraum von zehn Jahren, beginnend in 2008, zurückgezahlt und das noch verbleibende Guthaben jährlich unter Verwendung eines fristadäquaten risikolosen Zinssatzes diskontiert. Zum 31.12.2011 beträgt das abgezinste Körperschaftsteuerguthaben nach der ratierlichen Auszahlung von 4/10 noch 2.210 T€.

## Erläuterungen zur Bilanz

### [8] Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

#### Anschaffungs- und Herstellungskosten

Alle Angaben in T€

	1.1.2011	Zugänge	Umbuchung	Abgänge	31.12.2011
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	27	0	0	0	27
	<b>27</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>27</b>
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	89.606	33	0	2	89.637
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.198	240	0	1	20.436
	<b>109.803</b>	<b>273</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>110.073</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	149.801	50.620	0	0	200.420
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	0	10.003	0	0	10.003
	<b>149.801</b>	<b>60.623</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>210.423</b>
	<b>259.631</b>	<b>60.896</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>320.523</b>

#### Kumulierte Abschreibungen

Alle Angaben in T€

	1.1.2011	Zugänge	Abgänge	Zuschreibung	31.12.2011
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	26	1	0	0	27
	<b>26</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>27</b>
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	34.731	3.232	1	0	37.962
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.815	1.139	1	0	14.953
	<b>48.546</b>	<b>4.370</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>52.915</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	984	0	0	0	984
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0	0	0	0
	<b>984</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>984</b>
	<b>49.556</b>	<b>4.371</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>53.925</b>

## Buchwerte

Alle Angaben in T€

	31.12.2011	31.12.2010
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0	1
	<b>0</b>	<b>1</b>
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	51.675	54.875
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.484	6.383
	<b>57.158</b>	<b>61.257</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	199.437	148.817
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	10.003	0
	<b>209.440</b>	<b>148.817</b>
	<b>266.598</b>	<b>210.075</b>

### [9] Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Tochtergesellschaft der MLP Finanzdienstleistungen AG, die MLP Private Finance plc., London, Großbritannien, befindet sich zum Bilanzstichtag in Liquidation.

Die MLP AG hat im April 2011 die noch ausstehenden 43,4 % an der Feri AG planmäßig übernommen. Der Kaufpreis für die Anteile, die ausschließlich bei den Feri-Partnern lagen, beträgt vorläufig 50,6 Mio. €. MLP hatte im Herbst 2006 56,6 % an Feri erworben.

### [10] Wertpapiere des Anlagevermögens

Der Posten enthält eine variabel verzinsliche Schuldverschreibung mit zweijähriger Laufzeit in Höhe von 10.003 T€ (Vorjahr: 0 T€).

### [11] Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Der Posten beinhaltet größtenteils Forderungen gegen die MLP Finanzdienstleistungen AG und die Feri AG im Zusammenhang mit den zwischen diesen Gesellschaften und der MLP AG bestehenden Ergebnisabführungsverträgen.

### [12] Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben in Höhe von 1.581 T€ eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr (Vorjahr: 2.241 T€). Der Posten beinhaltet Ertragsteuerforderungen/-erstattungsansprüche in Höhe von 5.952 T€ (Vorjahr: 19.478 T€), darin enthalten ist das Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 2.210 T€ (Vorjahr: 2.867 T€), das aufgrund gesetzlicher Vorgaben in 2006 mit dem Barwert zu aktivieren war. Die Veränderung resultiert aus der in 2008 begonnenen, über 10 Jahre linear zu verteilenden Rückzahlung des Guthabens.

### [13] Sonstige Wertpapiere

Die im Vorjahr im Posten „Sonstige Wertpapiere“ enthaltenen Investmentfonds in Höhe von 15.792 T€ wurden im Laufe des Berichtsjahres vollständig veräußert. Auf die Wertpapiere wurden Abschreibungen in Höhe von 151 T€ (Vorjahr: 1.373 T€) vorgenommen. Im Rahmen der Veräußerung wurden Erlöse von 889 T€ erzielt.

### [14] Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Alle Angaben in T€

	2011	2010
Kassenbestand, Guthaben Kontokorrent	891	21.925
Festgeldanlagen	105.000	125.000
	<b>105.891</b>	<b>146.925</b>

### [15] Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital setzt sich aus 107.877.738 (31. Dezember 2010: 107.877.738) Stammstückaktien der MLP AG zusammen. Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Wandlungsrechte ausgeübt. Insgesamt wurden durch Umtausch von Wandelschuldverschreibungen bisher 258.665 neue Stückaktien ausgegeben.

#### Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Mai 2010 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 19. Mai 2015 das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien einmalig oder mehrmals gegen Bar- oder Sacheinlagen um bis zu 22.000.000 € zu erhöhen. Dieser Beschluss ersetzt denjenigen der Hauptversammlung vom 31. Mai 2006.

#### Bedingtes Kapital

Die Hauptversammlung der MLP AG vom 28. Mai 2002 hat das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 1.700.000 € durch Ausgabe von bis zu insgesamt 1.700.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 1 € je Aktie bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Umtauschrechten an die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die aufgrund des gefassten Ermächtigungsbeschlusses von der Gesellschaft ausgegeben werden. Die Ausgabe der Aktien an die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen erfolgt zu dem im Ermächtigungsbeschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2002 festgelegten Modus zur Bestimmung des Wandlungspreises.

Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Hauptversammlungsbeschluss vom 28. Mai 2002 ausgegeben werden, von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen.

Die Gesellschaft hat in den Jahren 2002 bis 2005 als Teil des MLP-Incentive-Programms 2002 für Mitglieder des Vorstands, Mitglieder der Geschäftsführung und Arbeitnehmer der MLP AG sowie als selbstständige Handelsvertreter tätige MLP-Berater und Arbeitnehmer von mit der Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen unverzinsliche Inhaber-Wandelschuldverschreibungen im Nennwert von je 1 € begeben, die das Recht zum Bezug von Aktien der MLP AG verbriefen. Die Laufzeit betrug maximal sechs Jahre (davon drei Jahre

Wartezeit und drei Jahre Ausübungszeitraum). Nach Erreichen der Ausübungshürde konnten die Berechtigten von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen und jede Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von 1 € gegen Zahlung des Wandlungspreises gegen eine Stammstückaktie der MLP AG umtauschen.

Insgesamt wurden in den Jahren 2002 bis 2005 1.651.188 € bzw. Stücke Wandelschuldverschreibungen zugeteilt.

Die Ausübungshürde für die letzte im Geschäftsjahr 2005 ausgegebene Tranche 2005 wurde in 2006 erreicht. Die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen waren während des Ausübungszeitraums vom 16. August 2008 bis zum 15. August 2011 berechtigt, von ihrem Recht auf Wandlung Gebrauch zu machen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden insgesamt 25.018 Wandlungsrechte ausgeübt und in Aktien der MLP AG gewandelt. Der Nennbetrag (452.736 Stücke bzw. €) wurde in 2011 an die Berechtigten zurückgezahlt. Zum Bilanzstichtag standen keine Wandelschuldverschreibungen aus (Vorjahr: 453 T€)

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2011 wurden insgesamt 258.665 Wandlungsrechte ausgeübt. Das bedingte Kapital wurde am 8. November 2011 aufgehoben. Es beträgt damit 0 € (Vorjahr: 1.441.335 €).

Einzelheiten des Programms enthält die nachstehende Tabelle:

	<b>Tranche 2005</b>
Ausübungszeitraum	
Beginn	16.8.2008
Ende	15.8.2011
Basispreis (€)	13,01
Gezeichnete Stücke	577.806
Ausübung Wandlungsrechte (€ bzw. Stück):	
gesamt	25.018
* davon in 2011	0
Rückzahlung (€ bzw. Stück):	
gesamt	552.788
* davon in 2011	452.736
Wandelschuldverschreibungen 31.12.2011 (€ bzw. Stück)	0

## [16] Kapitalrücklage

Alle Angaben in T€

	2011	2010
Stand 1. Januar	134.525	134.525
Zuführung	0	0
Stand 31. Dezember	<b>134.525</b>	<b>134.525</b>

## [17] Eigene Anteile

Die Hauptversammlung vom 10. Juni 2011 hat den Vorstand ermächtigt, bis zum 9. Dezember 2013 durch ein- oder mehrmaligen Rückkauf Aktien der Gesellschaft mit einem auf diese entfallenden anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu Euro 10.787.773 zu erwerben. Der Erwerb ist auch unter Einsatz von Eigenkapitalderivaten möglich. Die von der Hauptversammlung am 20. Mai 2010 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien ist damit gleichzeitig aufgehoben worden. Bisher wurde von diesem Vorratsbeschluss kein Gebrauch gemacht.

## [18] Gewinnrücklagen

### Andere Gewinnrücklagen

Die anderen Gewinnrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

Alle Angaben in T€

	2011	2010
Stand 1. Januar	141.796	152.003
Einstellung/Entnahme für eigene Anteile	0	0
Entnahme für Dividende	-35.972	-10.207
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	0	0
Stand 31. Dezember	<b>105.824</b>	<b>141.796</b>

## [19] Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn entwickelte sich aufgrund der Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen und des Jahresüberschusses 2011 wie folgt:

Alle Angaben in T€

	2011	2010
Bilanzgewinn zum 1. Januar	32.363	27.584
Dividendenausschüttung	-32.363	-26.969
Entnahme aus Gewinnrücklage	35.972	10.207
Einstellung in Gewinnrücklage	0	0
Jahresüberschuss	28.755	21.542
Bilanzgewinn zum 31. Dezember	<b>64.727</b>	<b>32.363</b>

## Ausschüttungssperre

Der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände im Sinne von § 246 Abs. 2 Satz 2 übersteigt deren Anschaffungskosten. Der daraus, unter Berücksichtigung von latenten Steuern, resultierende Betrag in Höhe von 25 T€ unterliegt nach § 268 Abs. 8 HGB einer potenziellen Ausschüttungssperre, die aufgrund der vorhandenen freien Rücklagen nicht zur Anwendung kommt.

## [20] Rückstellungen

Aus der Saldierung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB von Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen mit den Ansprüchen aus Rückdeckungsversicherungen, die ausschließlich der Erfüllung der Altersvorsorgeverpflichtung dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, resultierte eine Verminderung der Rückstellung und ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung. Der beizulegende Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs besteht aus dem sogenannten geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Versicherungsunternehmens zuzüglich eines etwa vorhandenen Guthabens aus Beitragsrückerstattungen (sogenannte Überschussbeteiligung).

Angaben zur Verrechnung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB:

Alle Angaben in T€

	31.12.2011
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	5.003
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	4.832
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände	4.866
Verrechnete Aufwendungen	1.462
Verrechnete Erträge	1.217

Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen werden zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen berücksichtigt. Dabei gehen wir derzeit von jährlichen Anpassungen von 2,00 % bei den Entgelten und von 1,8 % bei den Renten aus. Der zugrunde gelegte Rechnungszins für die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen beläuft sich zum 31.12.2011 auf 5,14 %; es handelt sich um den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren.

Unter Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus der Änderung der Rückstellungsbilanzierung nach §§ 249 Abs. 1 Satz 1, 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB durch das BilMoG ergebende Zuführungsbetrag über den Höchstzeitraum von 15 Jahren gleichmäßig verteilt. Zum 31. Dezember 2011 sind deshalb Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 3.004 T€ (Vorjahr: 3.235 T€) nicht ausgewiesen.

Die Steuerrückstellungen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr mit insgesamt 1.035 T€ (Vorjahr: 490 T€) zu dotieren.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen im Personalbereich, unter anderem für Abfindungen und variable Vergütungen, in Höhe von 3.467 T€ (Vorjahr: 463 T€) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 1.710 T€ (Vorjahr: 1.660 T€). Die Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 0 T€ (Vorjahr: 711 T€). Die drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften resultierten aus Zinsswaps, die im Geschäftsjahr 2011 abgelaufen sind.

## [21] Verbindlichkeiten

### Zusammensetzung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011

Alle Angaben in T€

Art der Verbindlichkeit	Gesamt- betrag	Mit einer Restlaufzeit von ...			Davon gesicherte Beträge	Art der Sicher- heit
		bis zu 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahren		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen <sup>1)</sup>	954	954	-	-	0	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen <sup>2)</sup>	2.030	2.030	-	-	0	-
Sonstige Verbindlichkeiten <sup>3)</sup>	1.013	1.013	-	-	0	-
	3.997	3.997	-	-	0	-

### Zusammensetzung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010

Alle Angaben in T€

Art der Verbindlichkeit	Gesamt- betrag	Mit einer Restlaufzeit von ...			Davon gesicherte Beträge	Art der Sicher- heit
		bis zu 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahren		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen <sup>1)</sup>	341	341	-	-	0	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen <sup>2)</sup>	2.009	2.009	-	-	0	-
Sonstige Verbindlichkeiten <sup>3)</sup>	3.339	3.339	-	-	0	-
	5.690	5.690	-	-	0	-

<sup>1)</sup> Es bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte.

<sup>2)</sup> Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden je Gesellschaft zusammengefasst und in einer Summe als Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen. Sie bestehen gegenüber der MLP Consult GmbH und der MLP Media GmbH Verlag und Werbeagentur.

<sup>3)</sup> Der Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Tantiemезahlungen für Mitglieder des Vorstands.

## Sonstige Angaben

### [22] Ergebnisabführungsverträge

Am 18. April 2007 wurde zwischen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG ein Ergebnisabführungsvertrag nach § 291 AktG abgeschlossen. Die Zustimmung der Hauptversammlungen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG erfolgte am 31. Mai 2007 und am 2. Mai 2007. Die Eintragung in das für die MLP Finanzdienstleistungen AG zuständige Handelsregister wurde am 13. Juni 2007 vorgenommen.

Am 19. April 2011 wurde zwischen der MLP AG und der Feri AG (vormals Feri Finance AG für Finanzplanung und Research) ein Gewinnabführungsvertrag nach § 291 AktG abgeschlossen. Die Zustimmung der Hauptversammlungen der MLP AG und der Feri AG erfolgte am 10. Juni 2011 und am 8. Juni 2011. Die Eintragung in das für die Feri AG zuständige Handelsregister wurde am 18. Juli 2011 vorgenommen.



### [23] Auslagerung von betrieblichen Funktionen

Die MLP AG hat betriebliche Funktionen aus Kostengesichtspunkten an die MLP Finanzdienstleistungen AG ausgelagert. Betroffen sind Dienstleistungen für Finanzbuchhaltung, Rechnungswesen, Recht, Steuern, Personalwesen, Einkauf und Hausverwaltung.

### [24] Außerbilanzielle Geschäfte

Die MLP AG hat Operating-Leasingverträge für Fahrzeuge abgeschlossen. Die Laufzeit der Verträge liegt bei durchschnittlich fünf Jahren.

Aus den Verträgen resultieren folgende Verpflichtungen:

Alle Angaben in T€

	2012	2013	> 2013	Summe
Kfz-Leasing	77	51	35	163
	77	51	35	163

### [25] Sonstige nicht aus der Bilanz ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in folgender Höhe:

Alle Angaben in T€

	2012	2013	> 2013	Summe
Bestellobligo	294	0	0	294
Sonstige Mieten	6	1	0	7
	300	1	0	301

Darüber hinaus gab es keine weiteren sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

### [26] Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag besteht eine gesamtschuldnerische Haftung der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG für die seitens mehrerer Kreditinstitute beiden Gesellschaften gewährte Barkreditlinie von 20.000 T€. Zum 31. Dezember 2011 ist diese Kreditlinie nicht in Anspruch genommen worden.

Im Rahmen von § 2a Abs 6 KWG hat sich die MLP AG durch eine harte Patronatserklärung gegenüber der MLP Finanzdienstleistungen AG verpflichtet, der MLP Finanzdienstleistungen AG unverzüglich Eigenmittel im Sinne von § 10 Abs. 2 Satz 1 KWG bis zu dem für die MLP Finanzdienstleistungen AG auf Einzelinstitutsebene erforderlichen Maß auszustatten. MLP rechnet aufgrund der derzeitigen bestehenden Eigenmittelausstattung sowie der derzeitigen Risikosituation der MLP Finanzdienstleistungen AG nicht mit einer finanziellen Inanspruchnahme aus diesem Sachverhalt.

Es besteht eine Freistellungserklärung gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. zugunsten der MLP Finanzdienstleistungen AG. Die MLP AG rechnet derzeit nicht mit einer Inanspruchnahme.

Die MLP AG bürgt gesamtschuldnerisch für die Verpflichtungen aus dem zwischen der MLP Private Finance Limited und Towry Law geschlossenen Kaufvertrag. Nach derzeitigem Stand besteht ein maximales Risiko in Höhe von 1 Million britische Pfund. Die MLP AG rechnet derzeit nicht mit einer Inanspruchnahme aus diesem Sachverhalt.

Mit Datum vom 15. April 2011 hat MLP den vorläufigen Basiskaufpreis zuzüglich Zinsen zum Kauf der restlichen Anteile an der Feri AG beglichen. Die Vorläufigkeit des Kaufpreises resultiert aus der noch nicht erzielten Einigung der Vertragsparteien hinsichtlich der Höhe einer variablen Kaufpreiskomponente. MLP rechnet mit keinen weiteren Zahlungen. Gemäß Kaufvertrag hat die Gesellschaft daher am 7. Oktober 2011 einen Schiedsgutachter angerufen. Ein entsprechendes Schiedsgutachten lag bis zur Abschlusserstellung noch nicht vor. Ungeachtet des Schiedsgutachtens hat ein Teil der Verkäufer Ansprüche in Höhe von 51.472 T€ geltend gemacht. Hiergegen hat MLP am 20. Januar 2012 beim Landgericht Frankfurt eine negative Feststellungsklage eingereicht. Nach Einschätzung von MLP entbehren die Ansprüche jeder rechtlichen Grundlage.

Zum Bilanzstichtag sind Schadensersatzklagen wegen unrichtiger Angaben in den vom Unternehmen vorwiegend in den Jahren 2000 bis 2002 veröffentlichten Kapitalmarktinformationen in nicht unbedeutender Höhe anhängig. MLP ist davon überzeugt, dass die Klagen keinen Erfolg haben.

Über die genannten Sachverhalte hinaus gab es keine weiteren Haftungsverhältnisse.

### **[27] Berichterstattung nach § 285 Nr. 18 HGB für derivative Finanzinstrumente**

Aufgrund der fehlenden handelsrechtlichen Definition des Begriffs „Finanzinstrument“ wurden die Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS) analog herangezogen.

Nach IAS 32.11 (2008) ist ein Finanzinstrument ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verpflichtung oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Ein derivatives Finanzinstrument ist gemäß IAS 39.9 (2008) ein Finanzinstrument, dessen Wert sich infolge einer Änderung eines festgelegten Zinssatzes, Wertpapierkurses, Rohstoffpreises, Wechselkurses, Preis- oder Zinsindexes, Bonitätsratings oder Kreditindexes oder einer ähnlichen Variable (auch „Basisobjekt“ genannt) verändert, das verglichen mit anders gearteten Verträgen, die in ähnlicher Weise auf Änderungen der Marktbedingungen reagieren, keine oder nur eine geringe anfängliche Netto-Investition erfordert und das zu einem späteren Zeitpunkt beglichen wird.

### **Bilanzierung und Bewertung**

Der erstmalige Ansatz derivativer Finanzinstrumente erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert. Die beizulegenden Zeitwerte (Marktwerte) ergeben sich im Rahmen der Barwertmethode auf Basis der aktuellen Swapkurse.

### **Ausweis**

Nach den handelsrechtlichen Grundsätzen werden Swaps in dem Bilanzposten „Sonstige Rückstellungen“ ausgewiesen, wenn ein negativer beizulegender Zeitwert vorliegt.

Die Gewinne bzw. Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert fließen in das Finanzergebnis ein. Der anteilige beizulegende Zeitwert der Zinsswaps beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 0 T€ (Vorjahr: -711 T€).

## [28] Organe der MLP AG

Vorstand	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
<b>Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Heidelberg</b> <b>Vorsitzender</b> zuständig für Strategie, Interne Revision, Kommunikation/Investor Relations, Marketing, Personal, Recht	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Feri AG, Bad Homburg v.d.H. (Vorsitzender)</li> </ul>	-
<b>Reinhard Loose, Berlin</b> zuständig für Controlling, IT und Einkauf, Rechnungswesen, Risikomanagement (seit 1.2.2011)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Feri AG, Bad Homburg v.d.H (seit 8.6.2011)</li> </ul>	-
<b>Manfred Bauer, Leimen</b> zuständig für Produktmanagement	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Feri AG, Bad Homburg v.d.H (bis 31.12.2011)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MLP Hyp GmbH, Schwetzingen</li> </ul>
<b>Muhyddin Suleiman, Rauenberg</b> zuständig für Vertrieb	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Feri AG, Bad Homburg v.d.H (bis 8.6.2011 und ab 22.11. bis 31.12.2011)</li> </ul>	-
<b>Ralf Schmid, Gaiberg</b> zuständig für Operations (bis 31.3.2011)	-	-

Aufsichtsrat	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
<b>Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Everswinkel</b> Vorsitzender	<ul style="list-style-type: none"> <li>• VPV Lebensversicherungs-AG, Stuttgart</li> <li>• General Reinsurance AG, Köln</li> <li>• Delvag Rückversicherungs-AG, Köln</li> <li>• Deutsche Insurance Asset Management Oppenheim VAM Kapitalanlagegesellschaft mbH, Köln</li> <li>• MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch (Vorsitzender)</li> </ul>	-
<b>Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Gaiberg</b> stellvertretender Vorsitzender	-	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Universitätsklinikum Heidelberg, Heidelberg (Aufsichtsrat)</li> </ul>
<b>Dr. Claus-Michael Dill, Berlin</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• General Reinsurance AG, Köln (Vorsitzender)</li> <li>• Damp Holding AG, Hamburg/Ostseebad Damp</li> <li>• Württembergische Lebensversicherungs AG, Stuttgart (bis 31.12.2011)</li> <li>• HUK-COBURG AG, Coburg (seit 2.7.2011)</li> <li>• HUK-COBURG a.G., Coburg (seit 1.7.2011)</li> <li>• Polygon AB, Stockholm, Schweden (seit 13.9.2011)</li> </ul>	-
<b>Johannes Maret, Burgbrohl</b>	-	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gebrüder Rhodius KG, Burgbrohl (Beiratsvorsitzender)</li> <li>• The Triton Fund, Jersey, GB (Investment Committee Member)</li> <li>• Basler Fashion Holding GmbH, Goldbach (Beiratsvorsitzender)</li> <li>• BEX Beteiligungs GmbH, Bad Oeynhausen (Beiratsvorsitzender)</li> </ul>
<b>Maria Bähr, Sandhausen</b> Arbeitnehmervertreterin, Mitarbeiterin bei der MLP Finanzdienstleistungen AG	-	-
<b>Norbert Kohler, Hockenheim</b> Arbeitnehmervertreter, Teamleiter bei der MLP Finanzdienstleistungen AG	-	-

## [29] Bezüge von Aufsichtsrat und Vorstand

Hinsichtlich der detaillierten Ausgestaltung des Vergütungssystems und der Vergütungen für Vorstand und Aufsichtsrat wird auf den Vergütungsbericht, der im Kapitel „Corporate Governance“ zu finden ist, verwiesen. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts.

### Vorstand

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands beträgt 3.601 T€ (Vorjahr 2.699 T€). Davon entfallen auf den festen Vergütungsbestandteil 1.676 T€ (Vorjahr 1.680 T€) und auf den variablen Vergütungsbestandteil 1.925 T€ (Vorjahr 1.020 T€). Im Geschäftsjahr wurden Aufwendungen in Höhe von 278 T€ (Vorjahr: 100 T€) für die betriebliche Altersvorsorge getätigt. Ausgeschiedene Vorstandsmitglieder erhielten Abfindungen in Höhe von 1.260 T€ (Vorjahr 0 T€).

Für ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands bestanden zum 31. Dezember 2011 Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.743 T€ (Vorjahr 7.533 T€) sowie ein aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung in Höhe von 9 T€ (Vorjahr: 0 T€). Der sich aufgrund der Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ergebende, noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder auf 2.600 T€ (Vorjahr: 2.744 T€).

Im Rahmen des Long Term Incentive-Programms erhielten die Mitglieder des Vorstands in den Jahren 2005 bis 2010 Performance Shares (virtuelle Aktien). Die Performance Shares der Tranche 2008 sind im Geschäftsjahr verfallen. Mit der Umstellung der Verträge aller Mitglieder des Vorstands mit Wirkung für 2011 auf das neue Vorstandsvergütungssystem entfällt eine Teilnahme am Long Term Incentive-Programm. Anzahl und Wert der virtuellen Aktien sind, soweit diese nicht ausbezahlt wurden oder verfallen sind, der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Alle Angaben in Stück

	Tranche 2009	Tranche 2010
beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung	7,59 €	7,54 €
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	65.876	66.313
Reinhard Loose	-	-
Manfred Bauer	-	-
Muhyddin Suleiman	39.526	39.788
Gesamt	105.402	106.101

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung 2011 für Vorstände erfasste Aufwand für das Long Term Incentive-Programm beträgt 0 T€ (Vorjahr: 155 T€).

### Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für ihre Tätigkeit in 2011 eine erfolgsunabhängige Vergütung in Höhe 500 T€ (Vorjahr 500 T€). Darüber hinaus fielen 25 T€ (Vorjahr 19 T€) Ersatz für Auslagen und Schulungen an.

### [30] Aktionärskreis zum Bilanzstichtag

Alle Angaben in T€

	Stammaktien		Anteil am Grundkapital	
	2011	2010	2011	2010
	Stück	Stück	%	%
Dr. h. c. Manfred Lautenschläger	25.205.534	25.205.534	23,36	23,36
Sonstige Aufsichtsratsmitglieder	161.597	51.597	0,15	0,05
Vorstand	16.254	11.254	0,02	0,01
Übrige Aktionäre	82.494.353	82.609.353	76,47	76,58
<b>Gesamt</b>	<b>107.877.738</b>	<b>107.877.738</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>

### [31] Honorare Abschlussprüfer

Aufwendungen für Honorare im Zusammenhang mit Leistungen von Gesellschaften, die mit der Jahresabschlussprüfung beauftragt wurden, sind den entsprechenden Angaben im Konzernanhang zu entnehmen.

### [32] Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft, [www.mlp-ag.de](http://www.mlp-ag.de), dauerhaft zugänglich gemacht.

### [33] Angaben zu Mitteilungen gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 WpHG

Herr Manfred Lautenschläger, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwelle von 25 % unterschritten hat und zu diesem Tag 23,38 % (25.205.534 Stimmrechte) beträgt. Davon sind ihm 20,98 % (22.618.932 Stimmrechte) der Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH, Gaiberg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. April 2008 die Schwellen von 15 % und 20 % überschritten hat und zu diesem Tag 23,08 % (22.618.932 Stimmrechte) beträgt.

Die M.L. Stiftung gGmbH, Gaiberg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 7. Dezember 2007 die Schwelle von 3 % überschritten hat und zu diesem Tag 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) beträgt. Davon werden ihr 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) der Manfred Lautenschläger Stiftung gGmbH gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Frau Angelika Lautenschläger, Deutschland, hat uns gem. § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 7. Dezember 2007 die Schwelle von 3 % und 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 5,97 % (6.500.000 Stimmrechte) beträgt. Davon werden ihr 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) der M. L. Stiftung gGmbH gemäß §§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 22 Abs. 1 Satz 2 WpHG zugerechnet. Der M.L. Stiftung gGmbH werden 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) aus von der Manfred Lautenschläger Stiftung gGmbH gehaltenen Aktien nach § 22 Abs. 1 S.1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Barmenia Krankenversicherung a. G., Wuppertal, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und an diesem Tag 6,67 % (dies entspricht 7.197.664 Stimmrechten) beträgt. Davon werden der Barmenia Krankenversicherung a. G. 0,27 % (dies entspricht 290.000 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Swiss Life Beteiligungs GmbH, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 15 % und 10 % unterschritten hat und nun 9,90 % (dies entspricht 10.679.892 Stimmrechten) beträgt.

Die Swiss Life Holding AG, Zürich, Schweiz, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 15 % und 10 % unterschritten hat und nun 9,90 % (dies entspricht 10.679.892 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden ihr gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der Swiss Life Beteiligungs GmbH zugerechnet.

Die Berenberg Bank, Joh. Berenberg Gossler & Co. KG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 18. November 2009 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und nun 4,84 % (dies entspricht 5.223.957 Stimmrechten) beträgt.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und zu diesem Tag 4,72 % (5.090.989 Stimmrechte) betrug. Davon sind ihr 4,18 % (4.503.693 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen und weitere 0,54 % (587.296 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i.V.m. Satz 2 WpHG zuzurechnen.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich, hat uns des Weiteren mitgeteilt, dass die zugerechneten Stimmrechte dabei über folgende Konzernstruktur kontrolliert werden: Die AXA S.A., Paris, Frankreich, ist Konzernmutter und kontrolliert die Vinci B.V., Utrecht, Niederlande; diese kontrolliert die AXA Konzern AG, Köln, Deutschland; diese wiederum kontrolliert die AXA Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG Folgendes mitgeteilt:

Der Stimmrechtsanteil der AXA Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 21. August 2008 die Schwelle von 3 % überschritten und beträgt nun 4,60 % (dies entspricht 4.503.693 Stimmrechten).

Der Stimmrechtsanteil der AXA Konzern AG, Köln, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 21. August 2008 die Schwelle von 3 % überschritten und beträgt nun 4,60 % (dies entspricht 4.503.693 Stimmrechten). Die Anrechnung dieser Stimmrechte erfolgt dabei gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG.

Der Stimmrechtsanteil der Vinci B.V., Utrecht, Niederlande, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 21. August 2008 die Schwelle von 3 % überschritten und beträgt nun 4,60 % (dies entspricht 4.503.693 Stimmrechten). Die Anrechnung dieser Stimmrechte erfolgt dabei gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG.

Der Stimmrechtsanteil der AXA S.A., Paris, Frankreich, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 21. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und beträgt nun 5,17 % (dies entspricht 5.063.489 Stimmrechten). Davon sind der AXA S.A. 4.503.693 (4,60 %) Stimmrechte

gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen und weitere 559.796 (0,57 %) Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i.V.m. Satz 2 WpHG.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich hat uns des Weiteren mitgeteilt, dass die zugerechneten Stimmrechte dabei über folgende Konzernstruktur kontrolliert werden: Die AXA S.A., Paris, Frankreich, ist Konzernmutter und kontrolliert die Vinci B.V., Utrecht, Niederlande; diese kontrolliert die AXA Konzern AG, Köln, Deutschland; diese wiederum kontrolliert die AXA Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland.

Die Allianz SE, München, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten) betrug. Die Stimmrechte wurden ihr gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die ihr zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr betrug, gehalten: Allianz Deutschland AG, Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Allianz Lebensversicherung AG.

Zugleich hat uns die Allianz SE gemäß §§ 21 Abs. 1 i.V.m. 24 WpHG mitgeteilt:

Der Stimmrechtsanteil der Allianz Deutschland AG, München, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und betrug 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten). Diese Stimmrechte wurden der Allianz Deutschland AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die der Allianz Deutschland AG zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr betrug, gehalten: Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Allianz Lebensversicherung AG.

Der Stimmrechtsanteil der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, München, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und betrug 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten). Diese Stimmrechte wurden der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr betrug gehalten: Allianz Lebensversicherung AG.

Der Stimmrechtsanteil der Allianz Lebensversicherung AG, Stuttgart, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und betrug 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten).

Die HDI-Gerling Sach Serviceholding AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 04. August 2010 die Schwellen von 5 % und 3 % unterschritten hat und nun 0 % (dies entspricht 0 Stimmrechten) beträgt.

Die HDI-Gerling Pensionskasse AG, Köln, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,39 % (dies entspricht 10.132.969 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Pensionskasse AG hält 0,50 % (dies entspricht 539.000 Stimmrechten) direkt.



Die Aspecta Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,40 % (dies entspricht 9.054.969 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die Aspecta Lebensversicherung AG hält 1,50 % (dies entspricht 1.617.000 Stimmrechten) direkt.

Die CiV Lebensversicherung AG, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,65 % (dies entspricht 10.408.201 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die CiV Lebensversicherung AG hält 0,24 % (dies entspricht 263.768 Stimmrechten) direkt.

Die neue leben Lebensversicherung AG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,16 % (dies entspricht 9.878.255 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die neue leben Lebensversicherung AG hält 0,74 % (dies entspricht 793.714 Stimmrechten) direkt.

Die neue leben Holding AG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,16 % (dies entspricht 9.878.255 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 0,74 % (dies entspricht 793.714 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Proactiv Holding AG, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67 % (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22 % (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die HDI-Gerling Industrie Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49 % (dies entspricht 10.231.552 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Industrie Versicherung AG hält 0,41 % (dies entspricht 440.417 Stimmrechte) direkt.

Die HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49 % (dies entspricht 10.231.552 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG hält 0,41 % (dies entspricht 440.417 Stimmrechten) direkt.

Die HDI Direkt Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49 % (dies entspricht 10.231.553 Stimmrechte)

gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI Direkt Versicherung AG hält 0,41 % (dies entspricht 440.416 Stimmrechte) direkt.

Die Talanx Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67 % (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22 % (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechte) über 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WpHG zugerechnet.

Die Hannover Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. Satz 2 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67 % (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22 % (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechte) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. Satz 2 WpHG zugerechnet.

Die Harris Associates L.P., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 20. April 2011 die Schwelle von 10 % überschritten hat und an diesem Tag 10,02 % (dies entspricht 10.813.991 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden der Harris Associates L.P. gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet. Von folgenden Aktionären, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr beträgt, werden ihr dabei Stimmrechte zugerechnet: Oakmark International Small Cap Fund.

Die Oakmark International Small Cap Fund, Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Oktober 2010 die Schwelle von 3 % überschritten hat und an diesem Tag 3,05 % (dies entspricht 3.286.623 Stimmrechten) beträgt.

Die Gerling Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Köln, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. Oktober 2010 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 2,45 % (2.642.500 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG über die Talanx Beteiligungs-GmbH & Co. KG und 7,44 % (8.029.469 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet.

Die Talanx Deutschland Bancassurance GmbH, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 25. August 2011 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 1,22 % (1.321.250 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 8,67 % (9.350.719 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet, wovon bei der Zurechnung gem. § 22 Abs. 2 WpHG 3 % oder mehr der Aktien über die HDI-Gerling Lebensversicherung AG zugerechnet werden.

Die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 04. Oktober 2011 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 9,65 % (10.408.201 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Gem. § 22 Abs. 2 WpHG werden 3 % oder mehr von der HDI-Gerling Lebensversicherung AG zugerechnet.

### [34] Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungsverhältnisse zum 31. Dezember 2011 stellen sich wie folgt dar:

#### Unmittelbarer Anteilsbesitz

Name, Sitz	Buchwert	Buchwert	Anteil	Eigenkapital	Ergebnis
	1.1.2011	31.12.2011		zum 31.12.2011	
	T€	T€	%	T€	T€
MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch <sup>1)</sup>	79.005	79.005	100	79.548	34.135
MLP Consult GmbH, Wiesloch	2.350	2.350	100	2.382	24
Feri AG, Bad Homburg <sup>1)</sup>	67.462	118.082	100	19.808	19.713
	<b>148.817</b>	<b>199.437</b>			

<sup>1)</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Darstellung vor Ergebnisabführung.

## Mittelbarer Anteilsbesitz

Name, Sitz	Sitz	Anteil	Eigenkapital zum 31.12.2011		Ergebnis
			%	€	
MLP Media GmbH Verlag und Werbeagentur <sup>1)</sup> (100%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Wiesloch	100	26	-8	
Academic Networks GmbH (100%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Wiesloch	100	-659	0	
TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH <sup>1)</sup> (100%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Hamburg	100	314	1.977	
ZSH GmbH Finanzdienstleistungen <sup>1)</sup> (100% Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Heidelberg	100	1.190	2.203	
MLP Hyp GmbH (49,8%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Schwetzingen	49,80	4.875	1.875	
Feri Trust GmbH <sup>2)</sup> (100%-Tochter der Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	5.458	20.963	
Feri Institutional and Family Office GmbH <sup>2)</sup> (100%-Tochter der Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	25	83	
Feri EuroRating Service AG <sup>2)</sup> (100%-Tochter der Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	958	32	
Feri Investment Services GmbH (100%-Tochter der Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	27	2	
Feri Trust AG (Schweiz) <sup>3)</sup> (100%-Tochter der Feri AG)	St. Gallen	100	TCHF -479	TCHF -300	
Private Trust Management Company S.à.r.l. (100%-Tochter der Feri AG)	Luxemburg	100	257	375	
Family Private Fund Management Company S.à.r.l. (100%-Tochter der Feri AG)	Luxemburg	100	443	660	
Feri S.à.r.l. <sup>3)</sup> (99,6%-Tochter der Feri EuroRating Service AG)	Paris	100	46	-10	
Feri Corp. <sup>3)</sup> (100%-Tochter der Feri EuroRating Service AG)	New York	100	TUSD 87	TUSD -24	
Heubeck-Feri Pension Asset Consulting GmbH <sup>3)</sup> (45% gehalten von Feri Trust GmbH sowie 5% gehalten von Feri AG)	Bad Homburg v. d. H.	50	234	138	
Ferrum Fund Management Company S.à.r.l. (100%-Tochter der Feri AG)	Luxemburg	100	240	303	
FPE Private Equity Beteiligungs-Treuhand GmbH <sup>3)</sup> (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	232	100	
FPE Private Equity Koordinations GmbH <sup>3)</sup> (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	84	59	
FPE Direct Coordination GmbH <sup>3)</sup> (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	76	17	
Feri Private Equity GmbH & Co. KG <sup>3)</sup> (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	37	4	
Feri Private Equity Nr. 2 GmbH & Co. KG <sup>3)</sup> (100%-Tochter der Feri Trust GmbH)	München	100	6	0	
Institutional Trust Management Company S.à.r.l. (100%-Tochter der Feri AG)	Luxemburg	100	833	1.163	
Ferrum Pension Management S.à.r.l. (100%-Tochter der Feri AG)	Luxemburg	100	426	608	

<sup>1)</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der MLP Finanzdienstleistungen AG. Darstellung vor Ergebnisabführung

<sup>2)</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Feri AG. Darstellung vor Ergebnisabführung.

<sup>3)</sup> Eigenkapital und Jahresüberschuss aus Jahresabschluss 2010.

Zum 31. Dezember 2011 bestanden keine weiteren wesentlichen Beteiligungen der MLP AG oder der hier abgebildeten Unternehmen, die nach § 285 Nr. 11 HGB eine Angabepflicht bedingen. Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB wurde Gebrauch gemacht.

### [35] Ergebnisverwendungsvorschlag der MLP AG

Der Vorstand schlägt gemäß § 170 Abs. 2 Aktiengesetz vor, den im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 64.726.642,80 € wie folgt zu verwenden:

	<b>31.12.2011</b>
	<b>€</b>
Ausschüttung an die Aktionäre	64.726.642,80
Einstellung in Gewinnrücklagen	-
Gewinnvortrag	-
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>64.726.642,80</b>

Wiesloch, den 13. März 2012

MLP AG

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Manfred Bauer

Reinhard Loose

Muhyddin Suleiman

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der MLP AG, Wiesloch, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MLP AG, Wiesloch. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 14. März 2012

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hübner  
Wirtschaftsprüfer

Fust  
Wirtschaftsprüfer

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.“

Wiesloch, den 13. März 2012

MLP AG

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Manfred Bauer

Reinhard Loose

Muhyddin Suleiman

## **Finanzkalender 2012**

### **14. November 2012**

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse in den ersten 9 Monaten und zum 3. Quartal

MLP veröffentlicht den Zwischenbericht für die ersten 9 Monate und zum 3. Quartal.

### **9. August 2012**

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse im 1. Halbjahr und zum 2. Quartal 2012

MLP veröffentlicht den Zwischenbericht zum 1. Halbjahr und zum 2. Quartal.

### **26. Juni 2012**

Hauptversammlung MLP AG in Mannheim

Die MLP AG hält ihre ordentliche Hauptversammlung im Rosengarten Mannheim ab.

### **10. Mai 2012**

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse zum 1. Quartal

MLP veröffentlicht den Zwischenbericht zum 1. Quartal.

### **22. März 2012**

Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2011

MLP veröffentlicht den Geschäftsbericht für das Jahr 2011.

### **29. Februar 2012**

Jahrespressekonferenz und Analystenkonferenz in Frankfurt

MLP gibt die vorläufigen Ergebnisse des Geschäftsjahres 2011 auf der Jahrespressekonferenz in Frankfurt bekannt.



## **Impressum**

Herausgeber

MLP AG

Alte Heerstraße 40

69168 Wiesloch

[www.mlp-ag.de](http://www.mlp-ag.de)

## **Kontakt**

### **Investor Relations**

Telefon +49(0)6222-308-8320

Telefax +49(0)622-308-1131

### **Public Relations**

Telefon +49(0)6222-308-8310

Telefax +49(0)622-308-1131